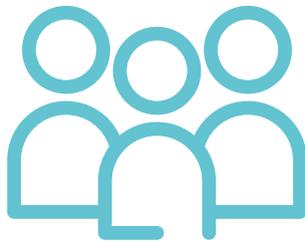


Werte und Grundsätze der Volkspartei

Woher wir kommen. Wer wir sind.
Wohin wir gehen



Elisabeth Mayerhofer

edition noir

Elisabeth Mayerhofer

Werte und Grundsätze der Volkspartei

Woher wir kommen.
Wer wir sind.
Wohin wir gehen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	11
1. Einführung	15
a) Ideologien	16
b) Die Bedeutung von Grundsatzprogrammen	20
2. Die ÖVP – Sammelbewegung aus liberalen, konservativen und christlich-sozialen Wurzeln	25
a) Konservative Traditionen und ihre Bedeutung für die Volkspartei	25
b) Liberale Traditionen und ihre Bedeutung für die Volkspartei	27
c) Christlich-soziale Traditionen und ihre Bedeutung für die Volkspartei	33
3. Das christlich-humanistische Menschenbild – Grundlage der Volkspartei	39
4. Werte und Grundsätze	45
5. Unser Wirtschaftsmodell – die Ökosoziale Marktwirtschaft	53

Impressum:

© 2021 edition noir
6. durchgesehene und ergänzte Auflage
Verlag noir, 1120 Wien, Tivoligasse 73
www.verlagnoir.at

Redaktion: Christian Moser-Sollmann
Druck: Gröbner Druck
Printed in Austria

ISBN: 978-3-9504939-1-7

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Speicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

6. Geschichte und Struktur der Volkspartei	57
a) Entwicklung der Programmatik	64
b) Obmänner im Überblick	66
c) Struktur und Organisation	84
d) Mitglied der Europäischen Volkspartei	90
7. Parteien in Österreich	93
a) Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	93
b) Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	96
c) Die Grünen	99
d) NEOS	101
8. Grundsatzprogramme im Vergleich	105
a) Volkspartei-Grundwerte	105
b) SPÖ-Grundwerte	106
c) FPÖ-Grundwerte	106
d) Grüne-Grundwerte	107
e) NEOS-Kernwerte	107
9. Anhang: Grundsatzprogramm 2015	113



Werte und Wurzeln im Bildungsraum online

In **Videos** erklären die Vorstandsmitglieder der Politischen Akademie ihre persönlichen Zugänge zu den Werten und Wurzeln der neuen Volkspartei. Sie erklären, wie sie diese interpretieren, und wie sie in ihr tägliches Tun und Wirken für die Partei einfließen.

Außerdem finden Sie im Bildungsraum online ein **fünfteiliges Tutorial** mit informativen Lerneinheiten zum Wertefundament und dem christlich-humanistischen Menschenbild der neuen Volkspartei sowie zu ihren drei Wurzeln, ihren fünf Grundsätzen und ihren sieben Grundwerten.

Die Werte und Wurzeln-Angebote online:
<https://bildungsraum.politische-akademie.at>





Bildungsraum online

<https://bildungsraum.politische-akademie.at>

Digitale Lernformate punkten mit der Unabhängigkeit von Raum und Zeit. Der Bildungsraum online bietet Ihnen vielfältige Möglichkeiten zur individuellen Weiterentwicklung:

- ▣ In Ihrem personalisierten Lernumfeld „Meine Kurse“ finden Sie alle Kurse, ob E-Learning oder Präsenzseminar, die Sie an der Politischen Akademie besucht haben.
- ▣ Auf den Kursseiten finden Sie alle Unterlagen zu Ihren Kursen und haben die Möglichkeit, Ihr Zertifikat zum Kurs auszudrucken.
- ▣ Unter „Online-Angebote“ finden Sie unser Angebot an E-Learning-Kursen, Veranstaltungsmitschnitten, Podcasts und Materialien zu verschiedensten Themen.

Lernen und
informieren.
Wann wir wollen.
Und wo wir wollen.



→ Vorwort

Vorwort

Fest in den Wurzeln. Offen für Neues.

Staatsbürgerliche politische Bildung im breitesten Sinn ist der gesetzliche Auftrag der Politischen Akademie der Volkspartei. Wir wollen dazu einladen, die Welt besser zu verstehen. Als Raum für Bildung setzen wir Angebote für Funktionärinnen und Funktionäre genauso wie für alle politisch Interessierten. Als Raum für Neues sind wir Türöffnerin für neue Menschen und neue Ideen. Und als Raum für Werte pflegen wir die Wurzeln und Werte unserer Volkspartei.

In diesem Buch beschreiben wir die historischen und philosophischen Wurzeln der Volkspartei sowie ihre Werte und Grundsätze. Wie auch die Gesellschaft insgesamt, ist die Volkspartei in stetigem Wandel. Dabei steht sie jedoch stets auf dem klaren bürgerlichen Wertefundament des christlich-humanistischen Menschenbilds, getragen von der christlichen Tradition und Geschichte unseres Kontinents sowie der europäischen Philosophie der Aufklärung. Diese bürgerlichen Werte sind weder „alt“ noch „neu“, sie sind zeitlos. Sie zu vermitteln, zu reflektieren, weiterzuentwickeln sehen wir als unsere Aufgabe als Wertezentrum der Volkspartei.

Persönlich habe ich die Volkspartei immer als Gemeinschaft voller Energie und Leidenschaft erlebt, wo uns Lust an der Verantwortung und Freude am Gestalten einen. Das ist wohl der schönste Ausdruck unserer gemeinsamen bürgerlichen Wertebasis. In diesem Sinne wünsche ich viel Freude dabei, unsere Werte und Grundsätze mit diesem Buch zu ergründen und viel Leidenschaft dabei, unsere Gesellschaft positiv zu gestalten.



Mag. Bettina Rausch, MBA
Präsidentin der Politischen Akademie

Vorwort

Österreich gestalten

Es ist in einer pluralistischen Gesellschaft gar nicht mehr einfach zu sagen, welche Partei für welche Inhalte steht. In der Vergangenheit beschworene politische „Dogmen“, wie etwa die Links/Rechts-Achse, haben viel an Anziehungskraft und Bedeutung eingebüßt. Sie sind oft zu Klischees verkommen.

In der neuen Volkspartei verstehen wir uns als staatstragende Organisation und wollen Österreich mitgestalten. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist es für alle Akteure wichtig, sich aktiv weiterzubilden.

Für die Volkspartei ist es wichtig, dass unser politisches Handeln auf bestimmten Werthaltungen aufbaut. Daher hat die Volkspartei 2015 nach 20 Jahren ein neues Grundsatzprogramm beschlossen, das die zeitlosen christdemokratischen und bürgerlichen Werte und Grundsätze ins 21. Jahrhundert übersetzt und Orientierung für politischen Entscheidungen bietet.

Mit dem vorliegenden Buch der Politischen Akademie möchten wir alle, die sich im Sinne der Volkspartei engagieren wollen dabei unterstützen und Orientierung in einer immer komplexeren Welt anbieten.



Mag. Elisabeth Mayerhofer
Direktorin der Politischen Akademie

→ 1. Einführung

1. Einführung

Die Behauptung der „Ideologielosigkeit“ ist die herrschende Ideologie unserer Zeit. Mit dieser Spitze hat der bekannte Philosoph Konrad Paul Liessmann treffend umschrieben, dass mit Ideologiedebatten heute kaum noch das Blut von Funktionärinnen und Funktionären und Stammtischen in Wallung gebracht wird. Die Wählerin und der Wähler wollen von der Politik einfache Lösungen für spezifische und konkrete Probleme im Alltag, im Beruf und für ihre Familien. Dieses alltagstaugliche Politikverständnis als Problemlöser für die Menschen ist seither der Trumpf der Bürgermeisterpartei Volkspartei. Die Menschen werden in ihrer jeweiligen Lebenswelt abgeholt.

Aber die Volkspartei ist mehr! Unsere ideologischen Urväter standen an der Wiege der demokratischen Bewegung der Donaumonarchie. Mit der Revolution 1848 begann durch liberale, konservative und christlich-soziale Kräfte der Umbau der Monarchie in eine repräsentative Demokratie in vielen kleinen Schritten. Die Einführung von Grundrechten, freie Wahlen und letztlich die Ausrufung der Ersten Republik 1918 waren die Folge. Die damals existierenden Parteien gibt es längst nicht mehr. Aber ihre politischen Errungenschaften leben noch heute in der Volkspartei fort. Nicht als direkt weitergeführtes Gedankengut oder Programmatik, sondern als wichtige Grundwerte wie etwa Freiheit, Verantwortung und Solidarität.

Ideologien galten in den vergangenen Jahrzehnten meist als etwas, das sich überlebt hat. Pragmatismus und Sachkenntnis galten lange Jahre als politischer Königsweg. Durch den Klimawandel hat sich dies allerdings geändert: Die Menschen erwarten sich von der Politik wieder mehr grundsätzliche Antworten. Neben der konkreten Hilfestellung wollen Menschen nun auch wieder über politische Grundsätze und diesen Grundsätzen zugrunde liegende Werte, Überzeugungen und Ideen (also eben Ideologien) Bescheid wissen und diese verstehen.

a) Ideologien

Jede Gesellschaft beruht auf Vorstellungen über Gut und Böse, über das Gerechte und das Ungerechte, kurz: auf einem Wertesystem. Der Begriff Ideologie bezeichnet eine Weltanschauung oder ein System von Wertvorstellungen. Eine politische Ideologie im engeren Sinn ist ein System von Grundsätzen mit weltanschaulichem, politischem und wertendem Charakter. In ihr spielen neben theoretischen Überlegungen auch praktische Elemente eine wichtige Rolle. Eine Ideologie möchte die Welt nicht nur erklären, sondern auch gestalten. Sie nimmt maßgeblichen Einfluss auf das politische Verhalten der Menschen. Alle politischen Entscheidungen enthalten daher – bewusst oder unbewusst – Wertentscheidungen über die Zukunft der Gesellschaft.

Im Alltag ist der Begriff meist negativ besetzt, um eine nicht geteilte Weltanschauung als nicht „objektiv“ zu kritisieren. Eine Ideologie ist ein fixes Weltbild, das auf fest stehenden Grundannahmen beruht. Menschen, die eine Ideologie für quasi naturgegeben halten bzw. aus dieser einen Wahrheitsanspruch ableiten, werden positiv als Idealisten und negativ als Ideologen bezeichnet. Daher ist es von besonderer Bedeutung für die Politik, dass politische Gruppierungen ihre Ideologien regelmäßig prüfen, mit der Wirklichkeit vergleichen und weiterentwickeln. Das starre Festhalten an einmal gezogenen ideologischen Schlüssen wird als Dogmatismus bezeichnet. Fundamentalistische bzw. extremistische Ideologen erklären die komplexe Wirklichkeit anhand einzelner oder weniger Phänomene. Dabei werden wichtige Details, die diesem Muster widersprechen ausgeblendet oder vernachlässigt. Man spricht dann von einem „ideologischen Blickwinkel“. Stark ideologisierte Erklärungen tendieren dazu, „Patentrezepte“ anzubieten, mit denen eine Vielzahl von Problemen durch einfache Lösungen beseitigt werden könnte. Beispiele dafür sind der Marxismus und der Liberalismus, die sich auf die Spannung zwischen Individualismus und Kollektivismus zurückführen lassen.

Individualismus und Kollektivismus sind sozusagen die beiden Pole, zwischen denen Ideologien („Parteien“) verortet werden. Daher werden wir uns kurz mit diesen Polen befassen.

Individualismus

Der Individualismus stellt – wie der Name sagt – das Individuum, also den Einzelnen in das Zentrum. Der Mensch ist älter als der Staat. Im vorgeschichtlichen Idealzustand sei der Mensch sein eigener Herr gewesen, habe uneingeschränkte Freiheit besessen und habe ebenso uneingeschränkt über sein Eigentum verfügt. Gemäß dem Individualismus müsse der Mensch von Zwängen, Gewohnheiten, Dogmen usw. befreit werden. Der Wert der Person steht über dem Wert der Gemeinschaft: Staat, Wirtschaft und Gesellschaft müssten daher so organisiert werden, dass sich das individuelle Selbstinteresse ohne Hemmnisse entfalten kann. Wenn alle ihr Selbstinteresse verfolgen, kommt es zum „größten Glück der größten Zahl“. Die Gesellschaft ist nicht mehr als eine Summe von Einzelpersonen; es wird auf die Selbstregulierungskräfte von Wirtschaft und Gesellschaft vertraut. Die Freiheit des einen endet jedoch dort, wo die Freiheit des anderen beginnt. Wir haben auch die Verantwortung, die Grenzen unserer Freiheit im Sinne der Gemeinschaft anzuerkennen und dafür einzustehen. Eine politische Ideologie, die auf dem Individualismus beruht, ist der Liberalismus. Ein Wirtschaftssystem, das auf der Kraft des Einzelnen aufbaut, ist der Kapitalismus.

Der politische Liberalismus setzte sich historisch für Gewaltenteilung (Legislative – Exekutive – Judikative), Volkssouveränität (der Staat bleibt in all seinen Befugnissen dem Volk verantwortlich) und den Rechtsstaat ein. Die strikte Trennung von Gesellschaft und Staat beschränkt diesen auf die Aufrechterhaltung der äußeren und inneren Ordnung („Nachtwächterstaat“); alles andere könnten die freien Individuen im Rahmen der Freiheitsrechte untereinander organisieren. Das betrifft auch das Wirtschaftsleben, das sich durch das Spiel von Angebot und Nachfrage, von Löhnen und Preisen ganz von selbst („mit unsichtbarer Hand“) in bestmöglicher Weise regelt.

In seiner wirtschaftlichen Variante tritt der Liberalismus als Kapitalismus auf. Dieses System wird definiert als das von Privatinitiative getragene Streben nach Profitmaximierung, mithilfe eines freien Wettbewerbs von Angebot und Nachfrage bei geringem Staatseinfluss. Der heute gerne gebrauchte Begriff Neoliberalismus bezeichnete ursprünglich eine Neu-

belegung des Liberalismus in den 1930er und 1940er Jahren, als Gegengewicht zu Kommunismus und Nationalsozialismus. Er strebt eine vorwiegend marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung mit den Gestaltungsmerkmalen Privateigentum, freie Preisbildung, Vertragsfreiheit und Gewerbefreiheit an.

Betont wird der wechselseitige Zusammenhang von politischer und wirtschaftlicher Freiheit sowie die Notwendigkeit einer Rechtsordnung, die den Wettbewerb fördert und das Entstehen von privaten Machtpositionen verhindern soll.

Seit der Globalisierung ist der Begriff Neoliberalismus in Misskredit geraten und meint vor allem angebotsorientierte Wirtschaftspolitik ohne Rücksicht auf die „Schwächeren“ der Gesellschaft. Als neoliberal werden heute all jene Positionen bezeichnet, die im politischen Diskurs unerwünscht sind. Der Buchautor Gerhard Willke meinte daher, dass der Begriff Neoliberalismus ein Phantom ist: Es gibt keine Anhänger von ihm, nur Kritiker. Außerdem weiß keiner, was neoliberale Politik will. Auch wenn der heutige Begriff etwas anderes meint als die Widerstandsbewegung der 1930er Jahre gegen den Nationalsozialismus, ist es politisch nicht sinnvoll, politische Positionen mittelfristig als neoliberal zu bezeichnen, da dieser Begriff hochgradig negativ besetzt ist.

Kollektivismus

Das Gegenstück zu individualistischen Ideologien bilden die kollektivistischen. Unter Kollektivismus wird ein System von Werten und Normen verstanden, in dem das Wohlergehen der Gruppe (des Kollektivs) mehr zählt als das Wohlergehen des Einzelnen. Die Interessen des Individuums werden hier jenen der Gruppe untergeordnet. Das Kollektiv kann eine Klasse, ein Volk oder jede andere Art von Gemeinschaft sein. Die individuelle Seite des Menschen, seine persönlichen Stärken und Bedürfnisse werden zurückgedrängt. Politische Ideologien, die auf dem Primat des Kollektivs aufbauen, sind Nationalsozialismus, Sozialismus und Marxismus.

Der Marxismus denkt den Menschen vom Arbeitsprozess her, in dem er steht. Der Mensch sei ein Produkt seiner ökonomischen und sozialen Verhältnisse, die seine materiell-ökonomische Basis bildeten und durch die seine existenzielle Situation völlig bestimmt werde. Immaterielle Komponenten der Existenz, wie etwa Sinnstiftung, werden ausgeklammert. Religion, Gesellschaft, Kunst, Recht, Staat und Familie sind für den Marxismus alle in den Produktionsverhältnissen grundgelegt. Die wahre Wirklichkeit des Menschen sei daher nicht die individuelle Person, sondern die Gesellschaft. Religion beispielsweise wirke als „Opium“ für das Volk – sie würde verschwinden, wenn das Elend der Bevölkerung beseitigt wäre. Die gesellschaftliche Realität sei durch kapitalistische Ausbeutung und den Klassengegensatz gekennzeichnet. Dieser Klassengegensatz habe seinen Ursprung im privaten Eigentum an Produktionsmitteln. Privateigentum führe dazu, dass das Verfügen über Dinge zu einem Verfügen über Menschen werde. Als politisches Ziel skizzierte Marx die Überwindung des Klassengegensatzes in Form einer „klassenlosen Gesellschaft“. Diese wäre durch den Klassenkampf der „Arbeiterklasse“ (Gesamtheit der Werktätigen, Proletariat) gegen die „Ausbeuter“ (Besitzende, Arbeitgeber, Bourgeoisie) herzustellen, an dessen Ende die Abschaffung von Privateigentum als Verfügungsmacht stünde. Im Kampf sind individuelle Schicksale oder Bedürfnisse zweitrangig. Die der Gemeinschaft eingeräumte Vorrangstellung führt zu „Patentrezepten“ und zum „Gießkannenprinzip“; sie unterdrückt den Einzelnen (Bevormundung).

Im Nationalsozialismus nahm hingegen die „Volksgemeinschaft“ die Rolle der „Klasse“ ein. Seine wesentlichen Elemente waren der Führerstaat (totale Unterordnung des Individuums), die Beseitigung pluralistischer Erscheinungsformen wie Parteien oder Gewerkschaften und die Gleichschaltung aller Interessen auf ein Ziel hin.

Liberalismus und Marxismus haben Teilwahrheiten absolut gesetzt: Wollte der Liberalismus den Menschen bloß auf das Individuum beschränken, reduzierte ihn der Marxismus auf das Produkt ökonomischer Verhältnisse.

b) Die Bedeutung von Grundsatzprogrammen

Erkennbar werden die ideologischen Wurzeln und die Menschenbilder von Parteien in deren Grundsatzprogrammen. Parteien sind wesentliche Träger der repräsentativen Demokratie (im Unterschied zur direkten Demokratie); es gehört zu ihrem Wesen, durch die Übernahme von Positionen in den verfassungsmäßig vorgesehenen Organen (Parlamente, Regierungen), Staat und Gesellschaft nach bestimmten Vorstellungen zu gestalten. Im demokratischen System ist dies vom Erfolg bei Wahlen abhängig. Parteien treten untereinander in einen Ideenwettbewerb, sie sind Mittler zwischen verschiedenen Interessen, zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie den staatlichen Institutionen. Eine Partei muss ihren Wählerinnen und Wählern daher sagen, welche Politik sie verfolgen will. Theorie und Praxis sind auch in der Politik nicht voneinander zu trennen.

Theorie bleibt ohne Praxis im „luftleeren Raum“, wird nicht wirksam. Umgekehrt muss Praxis ohne theoretischen Unterbau falsch werden, weil es nur in Routinefällen möglich wäre zu handeln, ohne vorher über dieses Handeln nachgedacht zu haben. Da es aber nicht möglich ist, vor jeder einzelnen politischen Handlung die jeweiligen damit in Zusammenhang stehenden Grundsätze zu reflektieren, ergibt sich die Notwendigkeit eines „Denkens auf Vorrat“ (Programmatik). Theorie und Praxis müssen im Einklang miteinander stehen, denn ohne programmatischen Unterbau verkommt politische Praxis zu Opportunismus und Beliebigkeit. Zur Programmatik und zur Praxis tritt als drittes „P“ in der Mediengesellschaft immer stärker auch die Person in den Vordergrund. Aber auch hier gilt: Wer Wasser predigt, aber Wein trinkt, verliert rasch das Vertrauen der Wähler. Ohne Verankerung in den Grundsätzen der Partei verliert auch eine charismatische Person sehr bald an Glaubwürdigkeit. Grundsatzprogramme sind zusammenfassend gesagt Wertesysteme, die auf historisch gewachsenen und sich entwickelnden Ideologien beruhen.

Das Wertefundament hinter politischen Aussagen und Handlungen ist nicht immer auf den ersten Blick erkennbar. Grundsatzprogramme helfen, die Unterschiede zwischen den Parteien aufzuzeigen. Ein Grundsatzprogramm (oder Parteiprogramm) ist also die Zusammenstellung grundsätzlicher Forderungen, Ziele und Werte einer Partei. Es definiert

die Identität einer Partei. Allerdings sind Parteien auch Orte unterschiedlicher Meinungen und Auffassungen. So unterscheiden sich die Interessen des Wirtschaftsbundes in bestimmten Fragen zum Teil von jenen des Bauernbundes oder des Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbundes. Und so sammelt das Grundsatzprogramm schließlich jene Werte, über die sich sämtliche Mitglieder einer Partei einig sind. Es ist quasi ein Kompass, der die grundsätzliche Richtung im Dickicht der Tagespolitik anzeigt. Grundsatzprogramme sind nicht in Stein gemeißelt. Sie ändern sich, so wie sich die Gesellschaft oder die Herausforderungen für die Politik ändern. So gesehen sind Parteiprogramme immer „Kinder ihrer Zeit“. Das erste Grundsatzprogramm der Volkspartei waren die „15 Leitsätze“ aus dem Jahr 1945. 1958 wurde das „Innsbrucker Programm“ beschlossen. 1972 folgte das „Salzburger Programm“, das 1995 durch das Wiener Programm ersetzt wurde. Das aktuelle Grundsatzprogramm stammt aus dem Jahr 2015.

Im tagespolitischen Geschäft oder bei Wahlen wird eine Partei allerdings anhand ihrer politischen Forderungen, ihrer Spitzenkandidaten und ihrer aktuellen Lösungsansätze identifiziert. Kaum ein Bürger macht sich die Mühe, sich vor einer Wahl mit den Grundsatzprogrammen der Parteien auseinanderzusetzen. Die tagesaktuelle Politik, Konzepte, Ideen und Forderungen entstehen ihrerseits aber natürlich nicht im „luftleeren Raum“, sondern berufen sich auf die grundsätzlichen Ansichten und Konzepte, weswegen Programme unterschiedlich gestaltet sein können:

- ▣ Grundsatzprogramme (langfristig, gesellschaftliche Analyse und wertende Schlussfolgerung) sind ein „Koordinatensystem“ für zukünftiges politisches Handeln,
- ▣ Aktionsprogramme (kurzfristig, konkret),
- ▣ Wahlprogramme (beschreiben die Ziele der Partei für die kommende Legislaturperiode),
- ▣ Regierungsprogramme (überparteiliche Handlungsübereinkommen) usw.

Ein Grundsatzprogramm hat zwei Wirkrichtungen:

1. Es richtet sich an die Wählerinnen und Wähler (Außenwirkung):

- ☉ **Transparenz (Offenheit):** Absichten erkennbar, Übereinstimmung Wort – Tat kontrollierbar
- ☉ **Orientierung:** Entscheidungshilfe anhand objektiverer „Produktangebote“: Was will diese Partei?
- ☉ **Werbung:** Grund für Engagement und Beitritt
- ☉ **Profil:** Wie unterscheidet sich diese Partei von anderen?

2. Es richtet sich an die Funktionäre und Mitglieder (Innenwirkung):

- ☉ **Handlungsanleitung:** Instrumentarium für die Auseinandersetzung im politischen Wettbewerb
- ☉ **Entscheidungshilfe:** Wie ist ein Sachverhalt zu beurteilen?
- ☉ **Integration:** Es verbindet verschiedene innerparteiliche Gruppen
- ☉ **Identifikation:** Es erzeugt Selbstverständnis (Wir-Gefühl) und bindet Anhänger an die Partei
- ☉ **Legitimation:** Die Parteiführung kann sich auf ein Programm berufen

Parteiprogramme sind also wesentlich für den Erfolg oder Misserfolg einer Partei mitverantwortlich. Um vom Wähler auch verstanden zu werden, sollten sie allgemein verständlich und klar formuliert werden und keinen „Politjargon“ verwenden.

→ **2. Die Volkspartei – Sammelbewegung aus liberalen, konservativen und christlich-sozialen Wurzeln**

2. Die Volkspartei – Sammelbewegung aus liberalen, konservativen und christlich-sozialen Wurzeln

Die Volkspartei versteht sich seit ihrer Gründung am 17. April 1945 als Sammelbewegung für alle Österreicherinnen und Österreicher. Die ideengeschichtliche Heimat der Volkspartei setzt sich seit ihrem Bestehen aus einem christlich-sozialen, einem liberalen und einem konservativen Lager zusammen. Jedes dieser drei Lager hat zum Schmelztiegel Volkspartei beigetragen. Diese drei sich manchmal ergänzenden, sich manchmal aber auch widersprechenden Ideologiestränge in eine Partei zu integrieren, ergibt die Besonderheit der Österreichischen Volkspartei.

a) Konservative Traditionen und ihre Bedeutung für die Volkspartei

„Konservatismus ist nicht ein Hängen an dem, was gestern war, sondern ein Leben aus dem, was immer gilt.“ Antoine de Rivarol

Der Begriff „konservativ“ ist schillernd und besitzt sehr viele Bedeutungsebenen. In der Alltagssprache verwenden Menschen den Begriff „konservativ“ heute positiv als „bewahrend“ oder negativ im Sinne von „langweilig“ und „verstockt“. Mit dieser abwertenden Bezeichnung ist aber nur das Wort „strukturkonservativ“ angemessen umschrieben. Der Strukturkonservatismus ist eine Grundeinstellung, die eine vorherrschende Gesellschaftsordnung und politisch wohlerworbene Rechte beibehalten will. Strukturkonservatismus richtet sich also gegen Änderungen, auch wenn diese eine Gesellschaft weiterbringen und positiv verändern könnten. Strukturkonservatismus will bewahren, weil für ihn jede Änderung eine Änderung zum Schlechteren bedeutet. In diesem Sinne können auch Parteien wie die Grünen, die Sozialdemokratie, die FPÖ oder die Gewerkschaft strukturkonservativ handeln.

Eine zweite Spielart des Konservatismus kann mit dem Wort Wertekonservatismus beschrieben werden. Wertekonservativ zu sein, heißt mit den Worten von Altbundeskanzler Wolfgang Schüssel Folgendes: „Wer Gutes bewahren will, muss manches verändern.“ Um das Gute in einer Gesellschaft zu erhalten, müssen die politischen und gesellschaftlichen Strukturen an die jeweiligen Erfordernisse der Zeit angepasst werden, damit das Volk davon profitieren kann. Konservativ sein heißt aber auch, an überzeitlichen Wahrheiten und Geboten (Nächstenliebe, Anerkennung der Zehn Gebote) festzuhalten und diese zu verteidigen. Als Gegenposition zum Werterelativismus glauben Konservative an gewisse Regeln und Wahrheiten, die es zu verteidigen gilt. So hat etwa der ehemalige Vizekanzler Josef Pröll mit einer neuen Interpretation des Begriffes „konservativ“ überrascht: „Konservativ zu sein bedeutet auch, Neues zu schaffen, was künftige Generationen als bewahrenswert betrachten. Und so ist Innovation keine Gefahr für den Konservatismus, sondern Voraussetzung für seinen Bestand.“ Ähnlich argumentiert die deutsche Christdemokratin und Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen. Sie bezeichnet sich selbst als „wertkonservativ, aber nicht als strukturkonservativ“. Wertkonservativ insofern, als sie an den hohen Wert der Familie glaubt und dass Kinder in einer funktionierenden Gesellschaft immer willkommen sein müssen. Nicht aber strukturkonservativ, da für Ursula von der Leyen Kindererziehung nicht ausschließlich Frauensache ist, sondern Kinderbetreuung auch staatliche Einrichtungen (Ganztagsschulen, ganztägige Kinderbetreuung etc.) und Väter gleichermaßen in die Pflicht nehmen soll. An diesem Beispiel wird die Spannung klar ersichtlich. Strukturkonservative werden das Familienbild von Ursula von der Leyen mitunter als „neumodisch“ kritisieren, während sie aber anerkennen müssen, dass das Hochhalten familiärer Werte einem wertkonservativen Grundsatz entspricht. Auch sonst ist der Begriff „konservativ“ nicht immer ganz genau. So wies etwa die aufkeimende Ökologiebewegung durchaus konservative Züge auf. Für den Schutz von Natur und Umwelt einzutreten, ist im Auftrag der Bewahrung der Schöpfung als durchaus konservative Haltung zu bewerten.

„Wenn Worte ihre Bedeutung verlieren, verlieren Menschen ihre Freiheit“. Dieser Aphorismus von chinesischen Meisterdenker Konfuzius benennt exakt, was mit dem Begriff „konservativ“ passiert ist. Mit ihm

wird heute all das benannt, was niemand sein will: verstockt, altmodisch, außerhalb der Mode stehend. Auf jeden Fall hat das Wort meistens einen negativen Beigeschmack. Wie konnte es so weit kommen? Seit der Kulturrevolution des Jahres 1968 hat sich die politische Linke in Medien und veröffentlichter Meinung eine sprachliche Deutungshoheit gesichert, die den politischen Mitbewerber mit Sprachgeboten mundtot machen will. Selbst moderate konservative Positionen werden in inquisitorischer Manier an den Pranger gestellt.

Dabei gewinnt speziell in einer Zeit der Beschleunigung und des gesellschaftlichen Wandels der Konservatismus an Bedeutung. Als politische Überzeugung bürdet er Rechtfertigungszwänge jenen auf, die etwas verändern wollen und nicht jenen, die für den Erhalt bestimmter Haltungen und Überzeugungen auftreten. Das konservative Denken beharrt auf bestimmten unumstößlichen Überzeugungen und Wahrheiten. Konservative sehen Fortschritt in der schöpferischen Übernahme der Vergangenheit und nicht im Tabubruch und dem Neuen am besten verwirklicht. Nicht alles, was neu ist, ist auch automatisch gut und besser als das Traditionelle und uns Vertraute. Konservative Reformen wollen also eine Leistungsverbesserung des bestehenden Systems und nicht eine Überwindung oder Revolution des Vorhandenen. Es ist konservative Überzeugung, dass sich Menschen zu allen Zeiten an bestimmten ethischen Normen und Werten zu orientieren haben.

b) Liberale Traditionen und ihre Bedeutung für die Volkspartei

„Liberal sein heißt nicht nur die Freiheit für uns selber und zu unserem Vorteil zu verlangen, sondern sie auch anderen gegen uns zu unserem Nachteil einzuräumen.“ Franz von Holtzendorf

Liberalismus ist die individuelle Freiheit als normative Grundlage der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Wenn die Volkspartei mit liberalen Traditionen in Verbindung gebracht wird, dann meistens mit Aspekten des Wirtschaftsliberalismus. Das ist sicher richtig: Die Volkspartei steht für die Ökosoziale Marktwirtschaft, freies Unternehmertum,

Leistung und Wettbewerb und glaubt an den ehrbaren Kaufmann. Allerdings beschränkt sich das liberale Element nicht nur auf die Wirtschaft, sondern bezieht sich in Verfassung und Grundrechtsverständnis auf die großen liberalen Traditionen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und damit auf eine weitgehende Freiheit vom Staat. Liberalismus in diesem klassischen Sinn tritt aktiv für den Wert von Wahlfreiheit und Selbstbestimmung ein. Der Liberalismus als ideengeschichtliches Kind von Aufklärung und französischer Revolution stellt die Freiheiten des einzelnen Menschen in den Vordergrund und lehnt jede Form des geistigen, sozialen, politischen oder staatlichen Zwangs ab.

Die vier wichtigsten Prinzipien des Liberalismus sind:

- ❑ Recht auf Selbstbestimmung auf der Basis von Vernunft und Einsicht
- ❑ Beschränkung politischer Macht
- ❑ Freiheit gegenüber dem Staat
- ❑ Selbstregulierung der Wirtschaft auf der Basis persönlichen Eigentums

Grundlage des Liberalismus ist der Kernwert der Freiheit (siehe Volkspartei Grundsatzprogramm) und der Selbstbestimmung des Menschen. Diese muss begrenzt sein durch die Freiheit des Nächsten, um am Ende nicht beim Recht des Stärkeren zu enden. Der Grundwert der Leistung (siehe Volkspartei Grundsatzprogramm) wird in der altliberalen Bedeutung doppelt aufgefasst. Einerseits bezieht sich Leistung auf die Leistungsfähigkeit des Einzelnen. Wer fleißig und tüchtig ist und sich mit seiner Hände Arbeit Eigentum und Vermögen aufbaut, ist ein Leistungsträger der Gesellschaft. Allerdings reduziert sich Leistung nicht nur auf den einzelnen Menschen. Auch der Mitmensch, die Gesellschaft und die Umwelt müssen mitgedacht werden. Der Leistungswille des Einzelnen erfordert also ein stark ausgeprägtes ethisches Bewusstsein von den Grenzen und Möglichkeiten des Machbaren. Leistung ohne Ver-

antwortung für das Geleistete widerspricht den ethischen und sozialen Grundprinzipien. Die Leistung des einzelnen Menschen dient nicht dem bloßen Selbstzweck, sondern orientiert sich am gemeinsamen Wohl der Gesellschaft.

Der Liberale glaubt an die schöpferische Kraft des Einzelnen; das macht ihn zum Fürsprecher der Menschenrechte. Würde, Freiheit und Eigentum sind die höchsten Grundwerte. Liberale orientieren sich am mündigen Menschen und treten für Wahlmöglichkeiten und Wahlfreiheit ein. Staatliche Bevormundung lehnen sie entschieden ab. Liberale wissen, dass es die Steuergelder der Einzahler – der Arbeitnehmer und Selbstständigen – sind, die den Sozialstaat erst ermöglichen. Sie erwarten sich daher von der Ausweitung von Sozialleistungen und Staatshilfen nicht mehr soziale Gerechtigkeit. Mehr Steuern und eine höhere Abgabenquote für den Einzelnen führen nicht zu einer gerechteren Gesellschaft. Liberale Christdemokraten glauben nicht an die Möglichkeit der Gestaltung der Gesellschaft, aber sie glauben an die Rechtsprechung. Die Bindung jeder Macht an das Recht und die Unabhängigkeit der Justiz gehört zu ihren Überzeugungen. Die Erwartungshaltungen an den Staat sind bescheiden, der liberale Bürger glaubt nicht, dass Bürokratie alle seine Probleme lösen kann und soll. Er gibt nicht struktureller Diskriminierung, dem Staat oder fremden Mächten die Schuld, sondern sucht Verantwortung für sein Handeln bei sich selbst. Bürokratische Vorschriften empfindet er als Bevormundung und unrechtmäßige Einmischung in seine Privatsphäre.

Der Staat kann nicht alle Probleme lösen: Daher müssen öffentliche Aufgaben immer wieder auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden. Es ist das liberale Ziel, öffentliche Ausgaben zu beschränken und zu senken. Eine hohe Staatsquote und hohe Steuerquoten für den einzelnen Bürger sind ungerecht. Nur die Freiheit des Einzelnen stärkt die Leistungsfähigkeit und verlangt von den Menschen, Entscheidungen zu treffen.

Liberalsein hat also nichts mit Neoliberalismus, Konsumismus oder nicht gedeckten Krediten zu tun. Leitbild des Liberalismus ist der ehrbare Kaufmann und nicht der angestellte Manager. Der Unternehmer ist der, der als Erster aufsteht und vom Markt seine Ware holt, selber seinen

Laden aufsperrt und sich für seine Mitarbeiter persönlich verantwortlich fühlt.

Liberaler nehmen aber Anteil am Schicksal der Mitmenschen, weshalb sich die Freiheit des Einzelnen nicht im Egoismus erschöpft. Freiheit bedeutet also Verantwortung, Verantwortung für sich und die Mitmenschen. Wer auf Kosten anderer lebt, die Gesellschaft ausnützt und strukturelle Ungleichheiten für sein Schicksal verantwortlich macht, ist nicht liberal.

Das liberale Menschenbild ist somit ein realistisch-bescheidenes, es geht davon aus, dass Wohlstand mittel- und langfristig nur durch harte Arbeit, Fleiß und Einsatz zustande kommt.

Der liberale Bürger weiß, dass Freiheit und Wohlstand stets aufs Neue errungen werden müssen. So formulierte der Gründervater der Sozialen Marktwirtschaft, Ludwig Erhard: „Die stärkste Stütze einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist der Wille der Individuen, sich die Freiheit ihrer Lebensführung zu bewahren und sich nicht in allen Lebensäußerungen schablonisieren, uniformieren und kollektivieren zu lassen.“

Die liberale Wurzel der Volkspartei versteht liberal also im Sinn der „Freiheit vom Staat.“ Daraus ergeben sich für uns besondere Bezugspunkte.

- ❑ Staatliches Handeln darf nur auf Grundlage von Gesetzen erfolgen (Art. 18 B-VG).
- ❑ Es gilt das rechtsstaatliche Prinzip.
- ❑ Die verfassungsrechtlich gewährleisteten Grundrechte sind doppelt für den einzelnen Bürger abgesichert. Sie können nur unter erschwerten Bedingungen aufgehoben werden und Beschwerden können direkt an den Verfassungsgerichtshof abgegeben werden. Nur diese Prinzipien schützen den Bürger vor staatlicher Willkür.

Exkurs: Was ist eigentlich „der Staat“, wie wir ihn verstehen?

„Der Staat“ als Begriff kommt auch in diesem Buch permanent vor. Einmal in Verbindung mit der Freiheit vom Staat, dann wieder in Verbindung mit dem Begriff „Solidarität“, wo man vom Staat verlangt, dort einzuspringen, wo dem bedürftigen Individuum geholfen werden muss. Dann wieder bei den Begriffen „Daseinsvorsorge“ und „Subsidiarität“.

Immer spielt der Staat eine entscheidende Rolle, geht es doch in der Politik streng rechtlich gesehen um staatliche Willensbildung und -durchsetzung. Was ist aber „der Staat“?

Nach der Staatslehre setzt sich der Staat aus drei Elementen zusammen:

1. Dem Staatsgebiet
2. Dem Staatsvolk
3. Der Staatsgewalt

Kern des Staates ist die Souveränität. Das bedeutet, dass wir die Regeln unseres Zusammenlebens – in diesem Fall vor allem Gesetze – (nur) für unser eigenes Staatsgebiet bestimmen können. Die Einmischung anderer Staaten in die Frage „Wie wollen wir unser Zusammenleben gestalten?“ ist grundsätzlich nicht zulässig. Diese Frage ist in Zusammenschau mit der Europäischen Union natürlich besonders zu beachten. Unsere Mitgliedschaft dort bringt uns viel Mitsprache und Vorteile vor allem bei international zu lösenden Fragen, aber natürlich in einigen Bereichen auch eine Aufgabe von Souveränität. Daher stellte der Beitritt zur Europäischen Union auch eine „Gesamtänderung der Bundesverfassung“ dar, die 1994 einer Volksabstimmung nach Art. 44 (3) B-VG unterzogen werden musste.

Die Staatsform bestimmt die Staatsgewalt. Das sind im Falle Österreichs, geprägt durch das demokratische und das republikanische Grundprinzip, in unserer Verfassung Bundespräsident und Bundesregierung, Landesregierungen und in den Gemeinden die Gemeindevertretungsorgane (Bürgermeister und Gemeinderat). Diese Exekutiv-Organen werden

periodisch mittelbar oder unmittelbar vom Staatsvolk gewählt. Neben freien demokratischen Wahlen sind die Grundpfeiler unseres Staates die Gewaltenteilung, der Rechtsstaat und ein gewachsenes System von „Checks and Balances“. In anderen Staaten oder in früheren Zeiten ist diese Staatsform autoritär geprägt, als Diktatur, Monarchie oder Oligarchie.

Spätestens seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges (Westfälischer Frieden 1648) beginnt sich generell ein Staatsbegriff zu entwickeln, wo die Bürger Steuern entrichten und von der Staatsgewalt dafür im Gegenzug Ordnung erwarten. Eine Ordnung im Sinne von innerer und äußerer Sicherheit, einem Staatswesen und einer Durchsetzung von Rechtsfrieden entstand.

Dafür wurde dem Staat ein Gewaltmonopol eingeräumt. Nur der Staat darf grundsätzlich Zwangsmaßnahmen einsetzen, um Ordnung herzustellen. Dazu bedient sich der Staat seiner Befehls- und Zwangsgewalt, die er zum Beispiel über beamtete Vollzugsorgane wie Richter, Polizei, Heer und Justizwache ausübt. Wir vergessen in unserer von Individualismus, Freiheit und Unabhängigkeit geprägten Zeit viel zu oft, dass letztlich erst (die Androhung von) Gewalt – Zwangsmaßnahmen in den verschiedensten Ausprägungen – die Ordnung sichert. Dort wo sich der Staat zurückzieht bedeutet das nicht ein Ende der Gewalt, sondern, dass die Gewalt von anderen ausgeübt wird, um „ihre“ Form der Ordnung herzustellen und zu wahren. Diskussionen, wie weit die Staatsmacht gehen darf, muss es in einer lebendigen Demokratie immer wieder geben.

c) Christlich-soziale Traditionen und ihre Bedeutung für die Volkspartei

„Ich wage zu behaupten, dass es allein die christdemokratischen Parteien sind, die nach einem gesellschaftlichen Modell Politik machen. Für die Volkspartei waren soziale Grundsätze immer eine Selbstverständlichkeit.“
Alois Mock

So wie sich die Kirche heute nicht an eine politische Partei bindet oder sich von einer solchen vereinnahmen lässt, ist es ein entscheidendes Merkmal der Volkspartei, dass sie – im Gegensatz etwa zum politischen Katholizismus der Zwischenkriegszeit – keine konfessionelle (in starker inhaltlicher Abhängigkeit von der Kirche) bzw. klerikale (in starker organisatorischer Verschränkung mit der Kirche) Politik betreibt, sondern als säkulare Partei Religion als ethisch-religiösen Impuls für ihr politisches Handeln versteht.

Die Volkspartei bekennt sich stark zu ihren sozialreformatoren Wurzeln. Wir haben von unserem Selbstverständnis her immer auch die soziale Frage im Blick. So hat die Volkspartei mit dem Familienbonus Plus einen sozialpolitischen Meilenstein verwirklicht. Der Familienbonus entlastet Familien und ist ein politisches Signal, dass Familien in Österreich einen besonders hohen Stellenwert besitzen. Und wir erinnern auch daran, dass es in Deutschland Bismarck war, der das System der Sozialversicherung mit dem Prinzip der Selbstverwaltung eingeführt hat – und nicht die Sozialdemokratie.

Den entscheidenden Durchbruch erzielten christdemokratische Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg, als sie sich von inhaltlich und organisatorisch eng mit der Kirche verschränkten konfessionellen Parteien (politischer Katholizismus) zu überkonfessionellen Volksparteien weiterentwickelten. Sie übernahmen in vielen Staaten Regierungsverantwortung und initiierten die europäische Integration, deren Gründung untrennbar mit den Namen Robert Schuman, Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi verbunden ist. Auch in außereuropäischen Ländern, insbesondere in Lateinamerika, entstanden gleichartige Parteien. In Großbritannien und in den USA hingegen wurde die Christdemokratie

nie zum Markenzeichen einer politischen Partei.

Versöhnung von Individualismus und Kollektivismus – die Christdemokratie

Die Christdemokratie hat basierend auf dem christlich-humanistischen Menschenbild einen dritten politischen Weg entwickelt, der auf den Erkenntnissen der christlichen Soziallehre aufbaut. Die Entwicklung der christlichen Soziallehre ist die Antwort der Kirche auf negative Auswirkungen der industriellen Revolution, Verstädterung und der prekären Lage der Arbeiterschaft. Damals entstanden neue Freiheiten für den Einzelnen, neue Arbeitsformen, aber auch neue soziale Probleme. In einem umfassenden Verständnis ist die christliche Soziallehre so alt wie das Christentum selbst und durch das Wirken Jesus vorgelebt. Im Unterschied zum Marxismus sucht die christliche Soziallehre eine Lösung gesellschaftlicher Probleme nicht in revolutionären, sondern in evolutionären Kategorien, das heißt in der ständigen Verbesserung und Weiterentwicklung des bestehenden politischen Systems. Als Geburtsstunde der Soziallehre gilt die Enzyklika „Rerum Novarum“ Papst Leos XIII. vom 15. Mai 1891. Wesentliche Ansätze der Katholischen Soziallehre sind hier begründet, unter anderem:

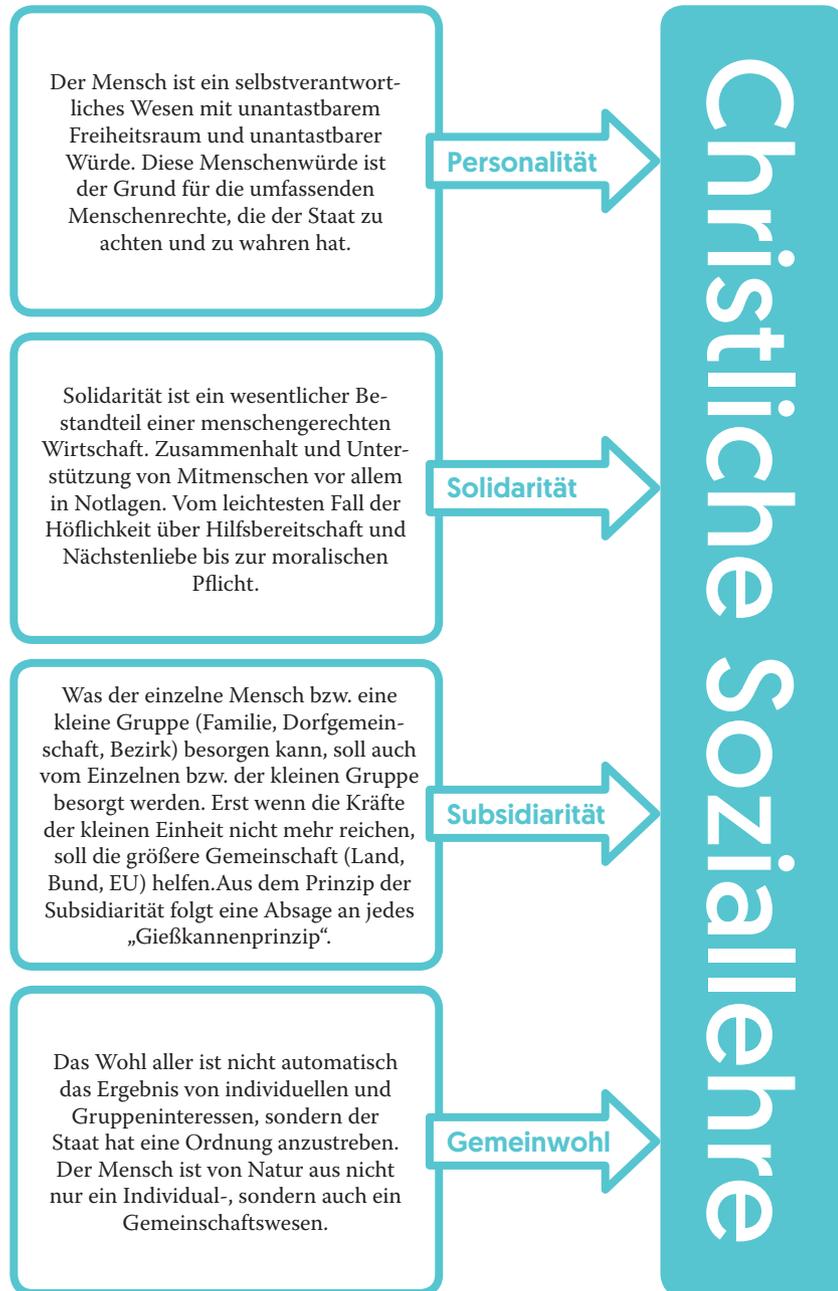
- ▣ Das Recht auf Privateigentum
- ▣ Der Vorrang des Menschen vor dem Staat
- ▣ Die Wahrung der Würde des Menschen am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft
- ▣ Die Ablehnung von Klassenkampf und Gleichmacherei
- ▣ Die Pflicht des Staates zur sozialen Gesetzgebung

Die christliche Soziallehre

Die zeitlose Faszination, die vom Neuen und Alten Testament auf die Menschen abstrahlt, erstreckt sich nicht bloß auf Christen. Sie bietet für viele Menschen einen überzeugenden Kanon von Regeln für ein gerechtes menschliches Miteinander. Besonders faszinierend an den ethischen Regeln der Bibel ist ihre Anschaulichkeit. So veranschaulicht das Gleichnis vom barmherzigen Samariter (Lukas 10,25-37) den Wert der Nächstenliebe. In diesem Gleichnis wird ein Mann auf dem Weg von Jerusalem von Räubern überfallen. Diese plündern ihn aus und lassen ihn schwer verletzt liegen. Ein vorüberkommender Priester sieht ihn und geht weiter, ebenso ignoriert ihn ein Levit. Schließlich findet ihn der barmherzige Samariter. Er versorgt den Überfallenen, bringt ihn zu einer Herberge und kommt für die Kosten der Übernachtung und der Heilung auf. Jesus Christus zeigt mit diesem Gleichnis, worauf es beim Helfen ankommt: für seinen Mitmenschen da zu sein, wenn dieser in Not ist. Zu handeln und nicht Verantwortung an andere Mitmenschen abzuschieben.

Dieses spontane und uneigennützig Handeln ist zentral zum Verständnis der christlichen Soziallehre. Und der Wert der Solidarität bildet den Schlüssel zum Verständnis der christlichen Soziallehre. Im Christentum ist der Mensch einerseits Ebenbild Gottes, gleicht aber in seiner Vergänglichkeit den übrigen Geschöpfen. Der Mensch kann als freie und selbstverantwortliche Person selbstbestimmt handeln und die Unterscheidung zwischen Gut und Böse treffen. Er ist verantwortlich für sein Tun und Lassen – vor sich selbst, vor seinen Mitmenschen und vor Gott. Er besteht in seinem Wesen aus einer Individual- und einer Sozialnatur (Gemeinschaftswesen Mensch). Der Gedanke der Würde des Menschen nimmt von hier seinen Ausgang.

Mit diesen vier Prinzipien unterscheidet sich die Soziallehre von den extremen Auffassungen des Sozialismus und Kapitalismus. Der Kapitalismus sichert zwar die Freiheit, nicht aber die Wohlfahrt, der Sozialismus sichert weder Wohlfahrt noch Freiheit des Einzelnen. Die christliche Soziallehre versöhnt hingegen die Interessen des Einzelnen mit den Interessen der Gemeinschaft.



→ 3. Das christlich-humanistische Menschenbild – Grundlage der Volkspartei

3. Das christlich-humanistische Menschenbild – Grundlage der Volkspartei

Die Frage „Wie wollen wir Politik machen?“ oder vereinfacht „Wie wollen wir leben?“ hängt untrennbar mit der Frage zusammen, wie wir „den Menschen“ sehen. Je nachdem, wie wir diese Frage beantworten, bestimmt sich unser Umgang mit anderen Menschen.

Die Nationalsozialisten etwa glaubten entsprechend ihrem Menschenbild an eine Herrenrasse. Daraus folgten letztlich die Unterdrückung, Ausbeutung und Tötung aller Menschen, die nicht dem Ideal dieser Herrenrasse entsprachen.

Vertreter des Kommunismus verfolgten die Idee des Kollektivismus – der Einzelne geht im Kollektiv auf. Daraus folgt ein Menschenbild, bei dem Freiheit, Eigenverantwortung und die schöpferische Kraft des Einzelnen nichts zählen.

Unser christlich-humanistisches Menschenbild hat seinen Ursprung in der Vorstellung, dass Gott den Menschen nach seinem Ebenbild geschaffen hat und dass vor Gott alle Menschen gleich sind. Daraus ergibt sich die Würde des Menschen, die der Mensch im Unterschied zu Sachen genießt.

Im modernen Sinne versteht man darunter, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft oder anderer Merkmale, wie Geschlecht oder Alter, denselben Wert haben, da sie sich alle durch ein dem Menschen einzig gegebenes Merkmal auszeichnen, ihrer „Würde“. Die Würde jedes Menschen kann von seinen Mitmenschen oder der Politik weder zugesprochen noch genommen werden. Sie ist jedem Menschen vom Anfang bis zum Ende seines Lebens eigen.

Unser Menschenbild und die Würde des Menschen insgesamt aber nur aus der religiösen Vorstellung vom Ebenbild Gottes abzuleiten, wäre zu kurz gegriffen. Denn in einer säkularisierten Welt genügt uns eine Beru-

fung auf Gott nicht mehr – wir benötigen auch vernunftgeleitete Argumente für die Herleitung der Menschenwürde. Das moderne Verständnis von Menschenwürde wird auf zwei Arten begründet.

1. Wir leiten die Würde des Menschen und damit unser Menschenbild direkt aus der normativen Kraft der Gesetze ab. Artikel 1 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948) – in Österreich im Verfassungsrang – erklärt: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“

Hier ist also die Universalität der Menschenwürde bestimmt. Diese juristische Lesart hat allerdings einen Nachteil: Gesetze können geändert werden.

2. Wir schlagen beim Philosophen Immanuel Kant nach: Der große Denker hat das christlich-jüdische Menschenbild in der Aufklärung für den modernen Rechtsstaat weiterentwickelt. Kant hat in seiner Abhandlung „Grundlegung zur Metaphysik der Sitten“ die Achtungswürdigkeit und die Menschenwürde an sich im weitesten Sinne definiert.

Das Grundprinzip der Menschenwürde besteht für Kant in drei Ausprägungen:

- in der Achtung vor dem Anderen,
- der Anerkennung seines Rechts zu existieren und
- in der Anerkennung einer prinzipiellen Gleichwertigkeit aller Menschen.

Kant geht davon aus, dass der Mensch ein Zweck an sich sei und demnach nicht einem ihm fremden Zweck unterworfen werden darf. Das heißt: Die Menschenwürde wird verletzt, wenn ein Mensch einen ande-

ren bloß als Mittel für seine eigenen Zwecke benutzt – etwa durch Unterdrückung oder Betrug. Wenn Menschen ihre Mitmenschen verzwecken und bereit sind, andere nur als Mittel zum – auch vermeintlich guten – Zweck zu missbrauchen, handeln sie also falsch und unredlich.

Aus diesem verbindlichen Grundsatz, wie Menschen miteinander umgehen sollen, leitet sich auch die „goldene Regel“ (Behandle andere so, wie du von ihnen behandelt werden willst) ab. Dieser Grundsatz der praktischen Ethik wurde somit aufbauend auf das christlich-jüdische Weltbild durch die Philosophen der Aufklärung – wie beispielsweise Jean Jacques Rousseau, David Hume und Immanuel Kant – zur Grundlage der heutigen Verfassung. Das christlich-humanistische Menschenbild ist der Maßstab unseres politischen Handelns. Im Mittelpunkt dieses Menschenbildes steht die Überzeugung von der Unantastbarkeit der Menschenwürde. Es ist dies eine jedem Menschen in gleicher Weise zugesprochene Würde, ganz unabhängig von körperlicher oder geistiger Leistungskraft, Religionsbekenntnis, sexueller Orientierung, Befindlichkeit, Hautfarbe, Herkunft und Einkommen.

Der Begriff der Menschenwürde ist für die Volkspartei deshalb so zentral, weil daraus alle unsere Grundwerte und politischen Überzeugungen abgeleitet werden können. Schwierige ethisch-politische Fragen, wie der Schutz ungeborenen Lebens, die Frage der Sterbehilfe, die Ablehnung der Todesstrafe oder ähnlich komplexe Themen, können nur unter Rückgriff auf den Begriff der Menschenwürde ganzheitlich und der Natur des Menschen angemessen diskutiert werden. Die Menschenwürde ist als Maßstab für eine menschenwürdige Gesellschaft notwendig und unverzichtbar, weil es den Anspruch der Unbedingtheit gegen jeden Versuch der Einschränkung menschlicher Würde verteidigt. Dass diese Gefahr für die Menschheit immer besteht, haben die Diktaturen des zwanzigsten Jahrhunderts bewiesen.

Für die Volkspartei steht das christlich-humanistische Menschenbild am Anfang ihres Politikverständnisses (siehe dazu auch das Grundsatzprogramm der Volkspartei). Der Begriff der Menschenwürde ist für die Volkspartei nicht verhandelbar:

- ❑ Der Mensch hat von Natur aus ein unaufhebbares Recht auf Leben und freie Entfaltung.
- ❑ Die Menschenwürde ist der Ausgangspunkt unseres politischen Handelns.
- ❑ Wir stehen für einen Anspruch auf Freiheit, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Mitsprache.
- ❑ Der Mensch ist eingebunden in Gesellschaften, denen gegenüber er persönlich Verantwortung trägt.
- ❑ Die Verfolgung ausschließlich egoistischer Interessen zerstört Grundlagen demokratischer Selbstbestimmung und gefährdet das Gemeinwohl.
- ❑ Der Mensch ist Teil der Schöpfung, eingebunden in den Kreislauf der Natur.
- ❑ Der Mensch ist verpflichtet zu einem sorgsamem Umgang mit Natur und trägt Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung.

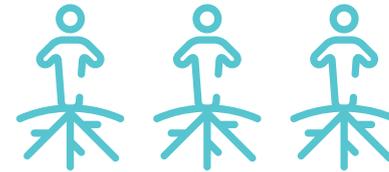
→ 4. Werte und Grundsätze

4. Werte und Grundsätze

Die Grundlage unserer Politik bietet die sogenannte 1/3/5/7 „Formel“



1 Menschenbild



3 Wurzeln



5 Grundsätze



7 Werte



Das Fundament unseres Wertesystems ist ein christlich-humanistisches Menschenbild.



Unsere drei Wurzeln sind christlich-sozial, konservativ und liberal.



Wir handeln nach fünf politischen Grundsätzen:

- ❑ Der Staat ist für die Bürgerinnen und Bürger da und nicht umgekehrt.
- ❑ Wir schreiben zweitens den Menschen nicht vor, wie sie zu leben haben. Wir bieten Orientierung.
- ❑ Wir sehen drittens für jeden Menschen eine Aufgabe in unserer Gesellschaft.
- ❑ Wir sind viertens die Partei der Ökosozialen Marktwirtschaft.
- ❑ Und wir handeln fünftens als Österreichische Volkspartei europäisch.



Die sieben Grundwerte der Volkspartei sind Freiheit, Verantwortung, Nachhaltigkeit, Leistung, Solidarität, Subsidiarität und Gerechtigkeit.

Werte können als die handlungsleitenden und wünschenswerten Orientierungsmaßstäb menschlichen Lebens beschrieben werden. Wertvorstellungen oder kurz Werte sind Eigenschaften, die Dingen, Ideen, Sachverhalten und Handlungen zugeordnet werden. Man unterscheidet zwischen materiellen (z.B. Lohn) Werten und immateriellen (z.B. Treue, Verlässlichkeit, Ehrlichkeit) Werten. Werte dienen als Orientierung für den einzelnen Bürger, aber auch für die Gesellschaft insgesamt. Auf der individuellen Ebene geben Werte Orientierung. Ohne Werte ist das soziale und politische Zusammenleben von Menschen unmöglich. Erst durch Werte konstituiert sich die Gesellschaft: Werte ordnen und geben Sinn.

Die Werte der Österreichischen Volkspartei bauen auf dem christlich-humanistischen Menschenbild auf. Dabei ist klar, dass Werte niemals absolut gesetzt werden dürfen, sondern nach den Anforderungen der Zeit zu interpretieren und zu gestalten sind. Die wichtigsten Grundwerte der Volkspartei sind Maßstab unseres politischen Handelns. Die einzelnen Werte der Christdemokratie begrenzen und ergänzen einander, stehen aber auch in einem Spannungsfeld zueinander. Ihre Gewichtung untereinander sinnvoll zu gestalten, ist Aufgabe und Kern unserer politischen Arbeit. Nachfolgend werden die Werte des aktuellen Grundsatzzprogrammes kurz vorgestellt.

Nachhaltigkeit

Unser Verständnis von Verantwortung für die Schöpfung reicht über die Gegenwart hinaus. Wir bekennen uns mit dem Wert der Nachhaltigkeit zur Verantwortung für die Umwelt sowie die Zukunftschancen der künftigen Generationen. Nachhaltigkeit steht für Denken und Handeln, das Bedürfnisse der Gegenwart deckt, ohne dadurch künftige Entwicklungschancen zu schmälern. Wir setzen uns in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik für zukunftsverträgliche Entwicklungen ein. Die Politik soll den Anforderungen und Bedürfnissen der nächsten Generation entsprechen. Der nachhaltige Umgang mit der Natur und eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung sind keine Gegensätze, sie bedingen einander. Eine Politik des geprüften Fortschritts ist gerade mit Blick auf den Nachhaltigkeitsgedanken wichtig: Neues muss in der Gesellschaft die Chance

bekommen, sich auch unter dem Nachhaltigkeitsaspekt zu bewähren. Im Sinn der Wahrung der Schöpfung ist uns auch der Schutz der Tiere ein Anliegen.

Leistung

Leistung ist selbstverständlicher Teil persönlicher Entfaltung und Kreativität. Leistung wird in vielfältigen Zusammenhängen erbracht: in den Familien, in Bildung und Beruf, im Wirtschafts- und Arbeitsleben, in Vereinen, im Ehrenamt. Die Leistungs- und Entwicklungsbereitschaft des einzelnen Menschen ermöglicht und erhöht die Gestaltungs- und Zukunftsfähigkeit der Gemeinschaft. Deshalb fördern wir Fleiß und Leistungswillen und die Bereitschaft zum unternehmerischen Risiko. Unternehmerisches Denken und Handeln im Sinn des „ehrbaren Kaufmanns“ soll in allen gesellschaftlichen Bereichen Leitbild sein: Nachhaltig denken und handeln, den anderen respektvoll zu behandeln und Verantwortung für das eigene Tun zu übernehmen, sind allgemein gültige Prinzipien. Leistung muss sich lohnen und darf nicht bestraft werden. Wer Leistung nicht oder nicht mehr erbringen kann, hat Anspruch auf Hilfe der Solidargemeinschaft.

Solidarität

Der Wert der Solidarität fußt auf dem Wissen um unsere gegenseitige Abhängigkeit als Menschen und findet im christlichen Grundsatz der Nächstenliebe ihren besonderen Ausdruck. Wir sehen für jeden Menschen, unabhängig von seiner Leistungsfähigkeit, eine Aufgabe und einen Platz in der Gesellschaft. Wer die Hilfe der Gemeinschaft braucht, soll sie auch bekommen. Solidarität ist keine ausschließlich staatliche Aufgabe. Eigenvorsorge und staatlich verbürgte Solidarität müssen im Gleichgewicht sein. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Uns ist nicht nur die Solidarität mit jenen wichtig, die soziale Leistungen in Anspruch nehmen müssen, sondern auch mit jenen, die soziale Leistungen finanzieren und erbringen. Der Einzelne darf von der Gemeinschaft nur das fordern, was er aus eigener Kraft nicht leisten kann. Wir lehnen eine Trittbrettfah-

rer-Mentalität in allen Bereichen ab. Wer sich gegen die in der Verfassung verankerten Werte der Gesellschaft grundsätzlich stellt, soll auch nicht von ihren daraus abgeleiteten solidarischen Leistungen profitieren.

Subsidiarität

Subsidiarität bedeutet Vorrang für Eigenverantwortung und die kleinere Einheit. Die Einzelnen und kleine Gemeinschaften sollen befähigt werden, ihre Aufgaben möglichst eigenverantwortlich zu lösen. Größere Einheiten sollen jene Aufgaben und Kompetenzen übernehmen, die nur von ihnen zu bewältigen sind. Subsidiarität fördert lebensnahe Lösungen und entlastet übergeordnete Gemeinschaften und den Staat. Dem Subsidiaritätsprinzip soll daher die Aufgabenteilung zwischen lokaler, regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene folgen. Daher treten wir für selbstständige Länder und leistungsfähige Gemeinden ein. Subsidiarität ist ein Schlüsselwert im gemeinsamen Europa. Sie ist auch Garant gegen zentralistische Tendenzen in der Europäischen Union.

Gerechtigkeit

Basis der Gerechtigkeit ist die Gleichheit der Menschen in ihrer Würde und Freiheit. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und müssen den gleichen Zugang zum Recht besitzen. Ungleich sind die Menschen in ihren Anlagen, Fähigkeiten, Begabungen und Interessen. Das ist Ausdruck der Einmaligkeit und Individualität des Menschen. Die große Herausforderung liegt für uns darin, Chancengerechtigkeit für alle Menschen zu fördern. Wir versprechen nicht gleiche Ergebnisse, sondern arbeiten für gerechte Chancen. Wir treten für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf allen Ebenen ein. Die Werte der Österreichischen Volkspartei bauen auf dem christlich-humanistischen Menschenbild auf. Dabei ist klar, dass Werte niemals absolut gesetzt werden dürfen, sondern nach den Anforderungen der Zeit zu interpretieren und zu gestalten sind. Die wichtigsten Grundwerte der Volkspartei sind Maßstab unseres politischen Handelns. Die einzelnen Werte der Christdemokratie begrenzen und ergänzen einander, stehen aber auch in einem Spannungsfeld zueinander.

ander. Ihre Gewichtung untereinander sinnvoll zu gestalten, ist Aufgabe und Kern unserer politischen Arbeit. Nachfolgend werden die Werte des aktuellen Grundsatzprogrammes kurz vorgestellt.

Freiheit

Jeder Mensch ist eine freie und deshalb auch für sein Handeln verantwortliche Person. Freiheit bedeutet Selbstbestimmung, die sich auf das Gewissen und die Vernunft jedes Einzelnen stützt. Freiheit entfaltet sich in Gemeinschaft: Die Freiheit des einen endet dort, wo die Freiheit des anderen beginnt. Die wichtigste Aufgabe des liberalen Rechtsstaates ist es, die Freiheit des Menschen zu schützen. Wir treten gegen jede Form staatlicher Bevormundung und für den konsequenten Schutz privaten Eigentums als Ausdruck persönlicher Freiheit ein. Freiheits- und Eigentumsrechte sowie die Privatsphäre müssen auch angesichts technologischer Entwicklungen gesichert und weiterentwickelt werden.

Verantwortung

Es gibt keine Freiheit ohne Verantwortung. Durch seine Freiheit ist der Mensch für sich und für die Gemeinschaft verantwortlich. Die Herausforderungen der Zukunft sind nur dann lösbar, wenn wir Verantwortung im Privatleben, im Beruf, in Gesellschaft und Politik ernst nehmen. Wir treten für eine aktive Bürgergesellschaft ein, die Verantwortung nicht abgibt, sondern wahrnimmt. Soziales Verantwortungsbewusstsein sowie Gestaltungs- und Veränderungsbereitschaft gehen Hand in Hand. Wir vertrauen zuallererst auf die Fähigkeiten der Menschen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln.

→ 5. Unser Wirtschaftsmodell – die Ökosoziale Marktwirtschaft

5. Unser Wirtschaftsmodell – die Ökosoziale Marktwirtschaft

Wirtschaft gibt es immer und überall dort, wo Menschen zusammen leben. Sie umgibt uns, ohne dass wir es bewusst merken – wie Wasser für Fische. Das erfolgreichste Wirtschaftsmodell seit dem Zweiten Weltkrieg ist die Ökosoziale Marktwirtschaft.

Der CDU-Politiker Ludwig Erhard gilt als der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft. In seiner programmatischen Schrift „Wohlstand für Alle“ aus dem Jahr 1957 entwarf der deutsche Politiker ein Wirtschaftsmodell, das auf Basis einer marktwirtschaftlichen Ordnung zur Überwindung der Armut und einer allgemeinen Wohlstandssteigerung führt. Erhard fasst Ökonomie gewissermaßen als Friedensprojekt auf, da sie in einer neuen Gesellschaftsordnung münden soll, in der die wirtschaftliche und persönliche Freiheit des Einzelnen an oberster Stelle stehen. Grundlage seines Wirtschaftsmodells ist das Bekenntnis zum freien Markt. Aber überall, wo der Markt versagt, soll der Staat regulierend und schützend eingreifen. Der Staat soll also mit „Rahmenbedingungen“ einen funktionierenden Markt schaffen.

Bis in die achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts war die Soziale Marktwirtschaft in Österreich sehr erfolgreich. Ab Mitte der 1980er Jahre erkannten die Bürger und die Politik aber, dass die rasante Industrialisierung schwere ökologische Schäden mit sich brachte: Klimawandel, Waldsterben, Gewässerverschmutzung, Feinstaubbelastung, wachsende Müllberge und ähnliche Probleme bewirkten einen Nachdenkprozess. Die Soziale Marktwirtschaft musste um einen ökologischen Aspekt ergänzt werden.

1987 gilt als das Geburtsjahr der Ökosozialen Marktwirtschaft in Österreich. Im „Manifest für eine Ökosoziale Agrarpolitik in Österreich“ formulierte der damalige Landwirtschaftsminister und spätere Vizekanzler Josef Riegler erstmals die Ziele der Ökosozialen Marktwirtschaft. Nach seiner Wahl zum Bundesparteiobmann wurde 1989 das sogenannte Rieg-

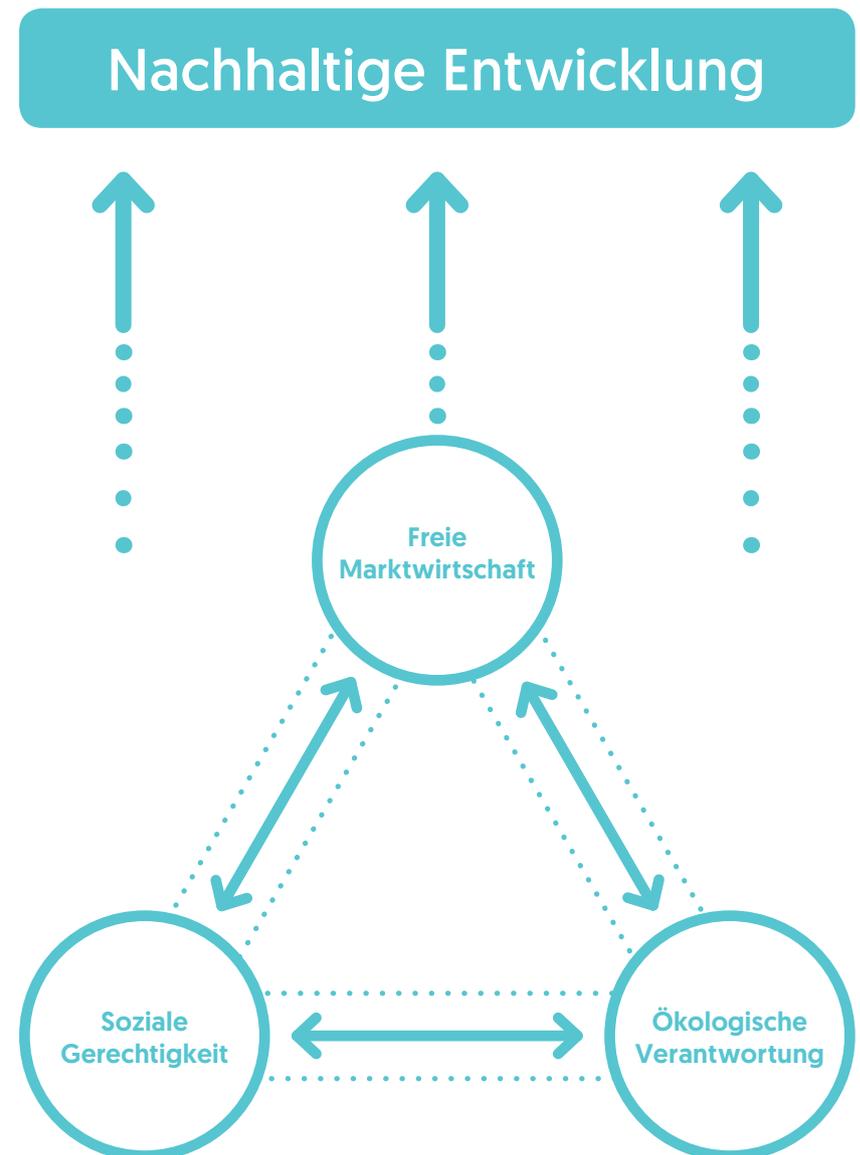
ler-Modell, die „Ökosoziale Marktwirtschaft“, beim Zukunftsparteitag der Volkspartei in Graz beschlossen.

Es handelt sich dabei um ein Drei-Komponenten-Modell, dessen Prinzipien der ökologischen Verantwortung und sozialen Gerechtigkeit unter der Bedingung einer freien Marktwirtschaft zu einer nachhaltigen Entwicklung führen sollen. Die Ökosoziale Marktwirtschaft baut auf die drei Säulen Marktwirtschaft, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung auf. An erster Stelle steht dabei die Erkenntnis, dass es ohne die Marktwirtschaft keinen Sozialstaat und ohne den Sozialstaat keine soziale Gerechtigkeit gibt.

Eine völlig freie Marktwirtschaft basierend auf den Ideen des Liberalismus kennt kaum Einschränkungen, was die Nutzung begrenzter Ressourcen (Erdöl, Erdgas usw.) betrifft. Doch braucht die Marktwirtschaft Spielregeln und Einschränkungen, die neben dem Verhältnis der Menschen im Arbeitsprozess zueinander (Arbeitnehmer – Arbeitgeber, Mitarbeiterverantwortung) auch das Verhältnis der Menschen zu ihrem Lebensraum regelt. „Nachhaltiges Wirtschaften“ bedeutet, dass die jetzt lebenden und wirtschaftenden Menschen die Erde so nutzen sollen, dass die nachfolgenden Generationen ebenfalls den Lebensraum nutzen können. Aus der Forstwirtschaft kennen wir das Prinzip: Es soll nur so viel aus dem Boden entnommen werden, wie auch wieder dem Boden zurückgegeben wird. Wirtschaftlich gedacht heißt Nachhaltigkeit, dass die Menschen von den Zinsen des Kapitals leben und nicht das Kapital vernichten, sondern erhalten sollen. Nachhaltige Wirtschaftspolitik heißt, solide mit den Staatsfinanzen hauszuhalten und generationengerechte Budgets zu erstellen. Die Ökosoziale Marktwirtschaft ist demnach die um den Aspekt der Nachhaltigkeit erweiterte Soziale Marktwirtschaft.

Ökosoziale Marktwirtschaft steht für eine Balance von ökologischer, sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit. Ökosoziale Wirtschaftspolitik ist zukunftsfähig, d. h. verantwortungsvoll gegenüber den nächsten Generationen. Weltweit alle Menschen und auch künftige Generationen haben das Recht auf ein gutes Leben in einer intakten Umwelt.

Grundlagen der Ökosozialen Marktwirtschaft



Die Ökosoziale Marktwirtschaft zielt auf eine nachhaltige Gesellschaft, die im jeweiligen kulturellen Kontext dreifach zukunftsfähig agiert: ökologisch, sozial und ökonomisch. In diesem Sinne steht sie auch im Einklang mit dem Artikel 3 (3) des Vertrages von Lissabon.

Die Marktwirtschaft ist das Wirtschaftsmodell, welches der Natur des Menschen und seinen Bedürfnissen am meisten entspricht, weshalb es auch als natürliches Wirtschaftsmodell bezeichnet wird.

→ 6. Geschichte und Struktur der Volkspartei

6. Geschichte und Struktur der Volkspartei

Gründung	1945
Farbe	Türkis
Vorsitzender	Sebastian Kurz
Mitglieder	600.000
Europapartei	Europäische Volkspartei (EVP)

Die am 17. April 1945 im Wiener Schottenstift von einem kleinen Personenkreis rund um Leopold Figl, Felix Hurdes, Leopold Kunschak, Hans Pernter, Julius Raab und Lois Weinberger gegründete Österreichische Volkspartei koppelte sich programmatisch bewusst von der Christlichsozialen Partei der Ersten Republik ab und bekannte sich zu einer klaren Trennung von Partei und Kirche. Schon bei ihrer Gründung verstand sich die Volkspartei als breite bürgerliche Sammelbewegung, die vor allem die politischen Ansätze der christlichen Soziallehre, des Konservatismus und des Liberalismus in sich vereinte. Der soziodemografische Fokus auf Gewerbe, Angestellte, Bauern und Beamte spiegelte sich auch in der Parteistruktur mit sechs Bünden wider. Ziel war es, zur Sammelpartei aller Stände und Bevölkerungsgruppen zu werden. Männer, Frauen, Christen, Selbstständige, Arbeitnehmer, Landwirte, Jugendliche, Senioren und Industrielle fanden und finden heute noch in der Volkspartei ihre politische Heimat. Der Begriff „Volkspartei“ ist nicht völkisch gemeint, sondern bringt ihr Selbstverständnis als Integrationspartei zum Ausdruck. Die Politik der Volkspartei will die Interessen und Anliegen aller Alters- und Berufsgruppen abdecken. Gemeinsame Werte und nicht Standesinteressen bestimmen dabei das politische Handeln. In den Werten wird unser Selbstverständnis als Integrationspartei am besten nachvollziehbar.

Die Volkspartei stellte nach 1945 in 15 von 32 Bundesregierungen den Bundeskanzler. Zwischen 1945 und 1966 gab es eine große Koalition zwischen Volkspartei und SPÖ mit den Volkspartei-Kanzlern Leopold Figl, Julius Raab und Alfons Gorbach. Die Volkspartei verantwortete den Wiederaufbau und zeichnete durch umsichtige Wirtschaftspolitik für das Wirtschaftswunder hauptverantwortlich. In den 1950er Jahren entwickelte die Volkspartei den Raab-Kamitz-Kurs. Dieses Wirtschaftsprogramm war ausgerichtet auf Sparsamkeit und eine harte Schilling-Währung. Bei den Nationalratswahlen 1966 gewann die Volkspartei die absolute Mehrheit. Josef Klaus führte die erste Alleinregierung der Zweiten Republik zwischen 1966 und 1970. Der gesellschaftliche Wandel Ende der 1960er Jahre führte 1970 zu einem politischen Machtwechsel in Österreich und die Volkspartei ging für 17 Jahre in die Opposition. Alois Mock gelang es in der Opposition die Volkspartei neu zu positionieren. Der große Erfolg des Volkspartei-Volksbegehrens zur „Erlassung eines Konferenzzentrum-Einsparungsgesetzes“, hohe Steuer- und Abgabenbelastungen für breite Bevölkerungsschichten sowie eine falsche Wirtschaftspolitik der SPÖ („Verstaatlichte Industrie“) führten 1983 zum Verlust der absoluten Mandatsmehrheit der SPÖ, die anschließend zum ersten Mal bis 1987 mit der FPÖ koalierte. Zwischen 1987 und 2000 regierte wieder die Große Koalition mit der Volkspartei als Juniorpartner. Bei den Nationalratswahlen 1999 gelang es Wolfgang Schüssel für die Volkspartei erstmals seit 30 Jahren nach langen Verhandlungen den Kanzler zurückzugewinnen. In der Ära Schüssel I und II zwischen 2000 und 2007 erreichte die Volkspartei für Österreich ein Nulldefizit, eine Pensionsreform sowie zahlreiche wirtschaftspolitische Modernisierungen. Schüssel führte die Volkspartei nach zwei erfolgreichen Legislaturperioden auch in die Nationalratswahlen 2006, wo die Volkspartei unglücklich und nach hartem Negativ Campaigning verlor. Ab 2007 gab es in Österreich wieder eine Große Koalition mit der Volkspartei als Juniorpartner, die nach den Nationalratswahlen 2008 und 2013 fortgesetzt wurde. Im Jahr 2017 hat Sebastian Kurz für die neue Volkspartei nach mehr als einem Jahrzehnt wieder das Bundeskanzleramt zurückerobert.

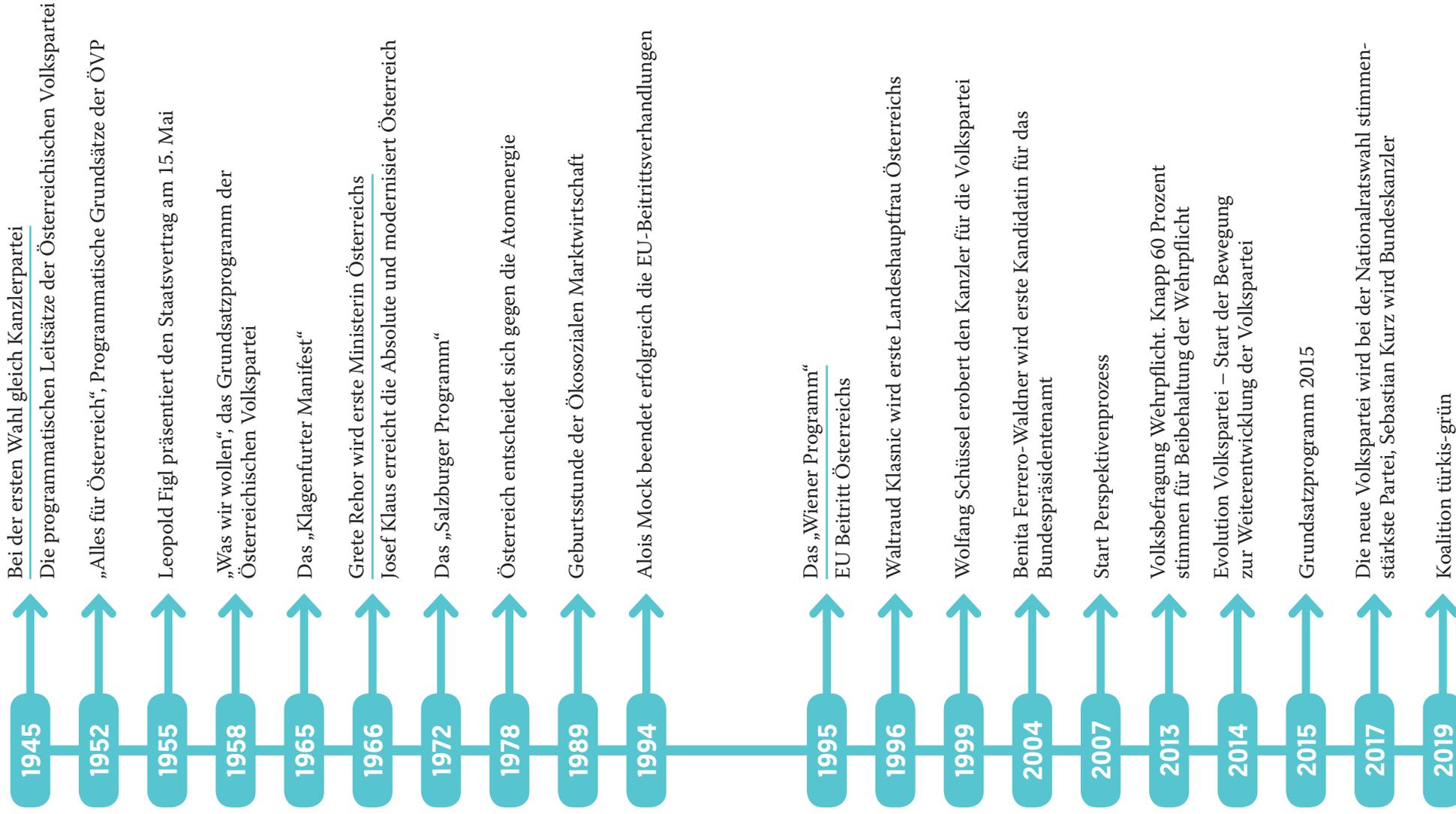
Was ist neu an der neuen Volkspartei?

Neu an der neuen Volkspartei ist weniger das Was, also die Werte und Inhalte der Partei, sondern das Wie. Das christlich-humanistische Menschenbild und die Werte und Grundsätze aus dem Parteiprogramm bestimmen auch unter Sebastian Kurz die Zielsetzungen unserer Politik. Die gewachsenen Werte der Volkspartei bleiben so auch in einer pluralistischen Gesellschaft erhalten, werden aber durch die Öffnung und Weiterentwicklung der Parteiorganisation für breitere Bevölkerungsschichten und mehr Bürgerinnen und Bürger als bisher attraktiv. Kurz hat die bündische DNA der Volkspartei zu einer hybriden Parteistruktur weiterentwickelt. Neben den sechs Bünden und neun Landesparteien wurde die Partei durch die Bewegung für Sebastian Kurz auch für Personen und Sympathisanten geöffnet, denen eine lebenslange Bindung an eine Partei und eine Mitgliedschaft wenig verlockend erscheint. Bei der Bewegung Kurz können sich Interessierte niederschwellig und ohne weitergehende Verpflichtungen mit E-Mail anmelden und je nach Interessenlage und Zeitbudget engagieren. Mit dieser Öffnung der Partei hat Sebastian Kurz den Nerv der Zeit getroffen: Mehr als 200.000 Mitglieder der Bewegung für Sebastian Kurz sind seitdem neben den 600.000 Parteimitgliedern zur Volkspartei-Familie gestoßen. Interessierte können sich mit ihrer E-Mail-Adresse jederzeit unter <https://www.sebastian-kurz.at> der Bewegung anschließen.

Statt durch das Schlechtreden der Mitbewerber will die neue Volkspartei mit Inhalten und Ideen für Österreich die Wählerinnen und Wähler überzeugen. Die Wahrheit ist dem Wähler zumutbar, und Probleme müssen klar und deutlich angesprochen werden und dann politisch gelöst werden. Inhaltlich verfolgt die neue Volkspartei klare Vorstellungen, wie sich Österreich entwickeln soll.

→ Zeittafel Volkspartei

Seit 1945 hat die Volkspartei als staatstragende Partei die Geschichte des Landes wesentlich mitgestaltet.



a) Entwicklung der Programmatik

- 1945** „Programmatische Leitsätze“: Bekenntnis zu Österreich; Integration aller Schichten und Stände; christdemokratische Akzentuierung ohne Bindung an die Kirche.
- 1952** „Alles für Österreich“: Betonung des „Solidarismus“ in Abgrenzung zu Kollektivismus und Individualismus; Soziale Marktwirtschaft; breite Vermögensstreuung, etwa durch Wohnungseigentum („Entproletarisierung der Nichtbesitzenden“ statt „Verproletarisierung der Besitzenden“).
- 1958** „Was wir wollen“: Festschreibung des marktwirtschaftlichen Raab-Kamitz-Kurses; Wirtschaftswachstum als zentrale Zukunftsperspektive; Abwehr der Bedrohung des Menschen durch die „wachsende Macht des Staates“; Eintreten für ein „europäisches Engagement“.
- 1972** „Salzburger Programm“: Reaktion auf 1968, Auseinandersetzung mit gestiegenem Wunsch nach politischer Mitbestimmung; Definition als „Partei der fortschrittlichen Mitte“; Ableitung des Gestaltungswillens „aus einem christlich begründeten Verständnis von Mensch und Gesellschaft“; sechs Werte: Freiheit, Gleichheit, Leistung, Partnerschaft, Aufgabenteilung und Partizipation; Programmprozess begleitet von breiter, intensiver Diskussion, Publikationen usw.
- 1989** „Ökosoziale Marktwirtschaft“: Begrenztheit der natürlichen Ressourcen, Einbeziehung des Faktors Umwelt in die Soziale Marktwirtschaft durch Bewertung der Umweltkosten.
- 1995** „Wiener Programm“: wesentliche gesellschaftliche und politische Veränderungen – z.B. geänderte innenpolitische Landschaft, Fall des Eisernen Vorhangs 1989, Umweltprobleme, Grenzen der Finanzierbarkeit von Sozial- und Gesundheitssystemen, Veränderung des familiären Zusammenlebens, Migration, „Alterung“ der Gesellschaft, Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungs-

gesellschaft, Informationsgesellschaft, EU-Beitritt, Abnahme der „belastbaren Solidarität“ in der Gesellschaft.

- 2015** „Grundsatzprogramm 2015“ (im vollen Wortlaut im Anhang des Buches abgedruckt).

Exkurs: Aufarbeitung der Geschichte

Über die schwierige Frage, wer innerhalb der Volkspartei vor ihrer Gründung Mitglied der NSDAP war, hat sich die Volkspartei mit einer Studie Klarheit verschafft. Das Karl von Vogelsang Institut hat im Forschungsprojekt „Zur Repräsentanz von Politikern und Mandataren mit NS-Vergangenheit in der Österreichischen Volkspartei 1945-1980“ untersucht, in welchem Ausmaß Personen mit einer früheren Mitgliedschaft in der NSDAP als Mandatäre und Politiker in der ÖVP von 1945 bis 1980 tätig waren.

Um ein konkretes und prominentes Beispiel herauszugreifen: Reinhard Kamitz wird laut dieser Studie zum Kreis jener Personen gezählt, bei denen eine NSDAP-Mitgliedschaft festgestellt werden konnte. Eine Zuordnung als „Alter Kämpfer“ bzw. „Illegaler“ lässt sich nicht lückenlos nachweisen und bleibt trotz mancher Indizien in den Akten widersprüchlich. Dasselbe gilt für seine SS-Mitgliedschaft, weshalb Kamitz im Hinblick auf die beiden letzteren Personengruppen als „Zweifelsfall“ geführt wird. Reinhard Kamitz wurde 1947 als belastet gemäß § 17 Abs. 2 lit. b des Verbotsgesetzes 1947 eingestuft.

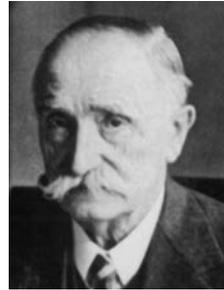
Die ganze Studie kann gratis unter <http://www.vogelsanginstitut.at/wp-content/uploads/2019/05/forschungsbericht.pdf> heruntergeladen werden.

b) Obmänner im Überblick

Auf den folgenden Seiten finden Sie einen Überblick der bisherigen Parteiobmänner.

Leopold Kunschak
Bundesparteiohmann 1945

Geb. 11. November 1871 in Wien
 Gest. 13. März 1953 in Wien



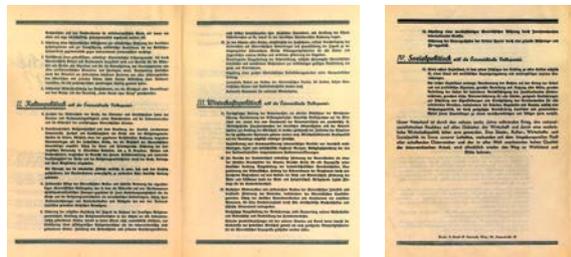
Der Gründer der christlichen Arbeiterbewegung Leopold Kunschak war bereits zur Jahrhundertwende aktiv und stellte nach dem Zweiten Weltkrieg eine Brücke zwischen Erster und Zweiter Republik dar.

Als überzeugter Demokrat war er ein Gegner der Heimwehrebewegung und stand der autoritären Politik von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß distanziert gegenüber. In den Jahren 1938 und 1944 wurde er von den Nationalsozialisten kurz verhaftet.

Leopold Kunschak unterzeichnete mit Karl Renner im April 1945 die Unabhängigkeitserklärung, mit der Österreich als demokratischer Staat wiedererstand. Kunschak war Mitbegründer der Österreichischen Volkspartei und wurde am 17. April 1945 erster Parteiohmann der Volkspartei. Gleichzeitig wurde Hans Pernter zum geschäftsführenden Parteiohmann bestellt. Kunschak wurde noch 1945 Vizebürgermeister von Wien. Von 1945 bis 1953 war Kunschak Erster Präsident des Nationalrates.



Die „15 programmatischen Leitsätze“ stellten 1945 das erste Parteiprogramm der Österreichischen Volkspartei dar



Leopold Figl
Bundesparteiohmann von 1945–1952

Geb. 2. Oktober 1902 in Rust im Tullnerfeld (NÖ)
 Gest. 9. Mai 1965 in Wien



Aus einer Bauernfamilie stammend, studierte Figl an der Universität für Bodenkultur in Wien. Bereits am 12. März 1938 wurde Figl von den Nationalsozialisten verhaftet und kam mit dem sogenannten „Prominententransport“ in die Konzentrationslager Dachau und Flossenbürg. Im Mai 1943 wurde er entlassen. Im Juli 1944 wurde Figl neuerlich inhaftiert und kam erst am 6. April 1945 aus der Todeszelle des Wiener Landesgerichts frei. Unmittelbar danach setzte sich Figl mit Gesinnungsgenossen in Verbindung, gründete den Bauernbund und war Mitbegründer der Österreichischen Volkspartei. Nach der Nationalratswahl im November 1945, die der Volkspartei die absolute Mehrheit brachte, wurde Figl österreichischer Bundeskanzler.

1953 löste ihn Julius Raab als Bundeskanzler ab und Figl wurde im Herbst 1953 Außenminister. In dieser Funktion unterzeichnete er am 15. Mai 1955 den Staatsvertrag. Figl richtete als erster Bundeskanzler der Zweiten Republik bei seiner Weihnachtsansprache im Dezember 1945 folgenden Appell an die Bevölkerung: „Ich kann Euch zu Weihnachten nichts geben, ich kann Euch für den Christbaum, wenn Ihr überhaupt einen habt, keine Kerzen geben, kein Stück Brot, keine Kohle zum Heizen, kein Glas zum Einschneiden. Wir haben nichts. Ich kann Euch nur bitten, glaubt an dieses Österreich.“



Die zerstörte Wiener Staatsoper mit einem Volkspartei-Plakat im Nationalratswahlkampf 1949

Julius Raab

Bundesparteiohmann von 1952–1960

Geb. 29. November 1891 in St. Pölten (NÖ)
Gest. 8. Jänner 1964 in Wien



Der Sohn eines Baumeisters studierte Hochbau an der Technischen Hochschule in Wien. Nach dem Ersten Weltkrieg engagierte sich Raab politisch und zog 1927 für die Christlichsozialen in den Nationalrat ein. Im Februar 1938 ernannte ihn Bundeskanzler Schuschnigg für wenige Wochen zum Handelsminister. Von den Nationalsozialisten wurde er nach dem „Anschluss“ mit Berufsverbot in Niederösterreich belegt. Unmittelbar nach Kriegsende 1945 engagierte sich Raab neuerlich politisch und war Gründer des Österreichischen Wirtschaftsbundes. Als Präsident der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft trug er ab 1947 gemeinsam mit dem ÖGB-Präsidenten Johann Böhm wesentlich zur Etablierung der Sozialpartnerschaft bei.

1953 löste er Figl als Bundeskanzler ab und stellte wirtschaftspolitisch mit Finanzminister Reinhard Kamitz entscheidende Weichen für den Wiederaufbau und Wohlstand Österreichs. Im Mai 1955 schließlich wurde der Staatsvertrag in Wien unterzeichnet. Julius Raab blieb bis 1961 Bundeskanzler.

In Raabs Kanzlerschaft fällt ein bemerkenswerter wirtschaftlicher Aufschwung Österreichs. Mit Einführung der Sozialen Marktwirtschaft gelang es die Währung zu stabilisieren und weitgehende Vollbeschäftigung zu erreichen. Besonders in Erinnerung ist Raab vor allem als Chef der Bundesregierung, die 1955 den Staatsvertrag und damit den Abzug der Besatzungstruppen erreichte.



Julius Raab kämpfte für ein besseres Leben für alle Österreicher

Alfons Gorbach

Bundesparteiohmann von 1960–1963

Geb. 2. September 1898 in Imst (Tirol)
Gest. 31. Juli 1972 in Graz



Der Jurist Alfons Gorbach, im Ersten Weltkrieg schwer verwundet, wurde als entschiedener Gegner des Nationalsozialismus sofort nach dem „Anschluss“ 1938 von den Nationalsozialisten verhaftet und verbrachte mehr als fünf Jahre in Konzentrationslagern, von wo er als überzeugter Befürworter der Zusammenarbeit aller politischen Lager zurückkehrte.

Bereits 1945 war er Obmann der Österreichischen Volkspartei in der Steiermark, zog nach der ersten Nationalratswahl ins Parlament ein und blieb bis 1961 dessen Dritter Präsident. Im Jahre 1960 wurde er zum Bundesparteiohmann der Volkspartei gewählt, von 1961 bis 1964 war der überzeugte Großkoalitionär Alfons Gorbach Bundeskanzler.

1965 war Gorbach der Volkspartei-Kandidat bei der Bundespräsidentenwahl und unterlag nur äußerst knapp gegen Franz Jonas.

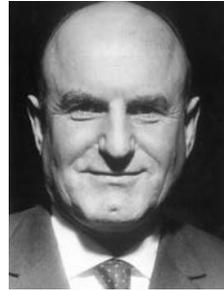
In seiner Obmannschaft zeichnet sich auch ein deutlicher Wechsel ab, von den Politikern der Aufbauzeit zu einer neuen, reformfreudigeren Generation.



Volkspartei-Plakat, Nationalratswahl 1962

Josef Klaus
Bundesparteiobmann von 1963–1970

Geb. 15. August 1910 in Mauthen (Kärnten)
Gest. 25. Juli 2001 in Wien



Der Jurist und gebürtige Kärntner Josef Klaus war vor der NS-Zeit als Experte in der Arbeiterkammer tätig. Nach Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft ließ er sich in Salzburg nieder und eröffnete eine Rechtsanwaltskanzlei in Hallein.

Josef Klaus trat der Volkspartei bei und wurde 1949 zum Salzburger Landeshauptmann gewählt. Von 1961 bis 1963 war er Finanzminister in der Regierung von Alfons Gorbach und erwies sich dabei als eiserner Sparmeister. Bei der Nationalratswahl 1966 erzielte Klaus für die Volkspartei die absolute Mehrheit und wurde zum Kanzler einer Volkspartei-Alleinregierung.

„Konservativ im Pflichtbewusstsein, modern in der Sache“, das war der Politikstil von Josef Klaus. Nicht zu Unrecht ging die Ära Klaus als Zeit der Reformen in die Geschichtsbücher ein. Manche dieser Reformschritte wie die Einführung einer Autosteuer und eine Weinsteuer kosteten die Volkspartei Stimmung und Stimmen und ermöglichten 1970 der SPÖ unter Bruno Kreisky stimmenstärkste Partei zu werden.

In die Zeit von Josef Klaus fallen etwa eine Steigerung des Sozialbudgets um 66 Prozent, steuerliche Freibeträge für alle; die Verdoppelung der Forschungsausgaben und die Gründung der Universitäten Linz, Salzburg und Klagenfurt; die Neuorganisation der verstaatlichten Industrie und ein Nachtarbeitsverbot für Frauen. Gesellschaftspolitisch verdankt Österreich Klaus die endgültige Abschaffung der Todesstrafe.



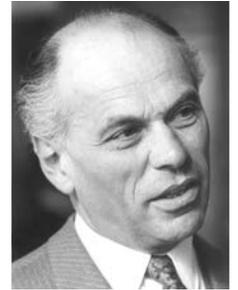
Klagenfurter Manifest,
 Aktionsprogramm 1965



Volkspartei-Plakat,
 1968

Hermann Withalm
Bundesparteiobmann von 1970–1971

Geb. 21. April 1912 in Gaweinstal (NÖ)
Gest. 19. August 2003 in Wolkersdorf (NÖ)



Der Jurist Hermann Withalm begann seine Karriere als Notar bereits vor dem „Anschluss“ im Jahre 1938. Von den Nationalsozialisten entlassen, konnte er erst nach dem Krieg wieder als Notar arbeiten, wobei er sich schon sehr bald politisch für die Volkspartei engagierte. Den Spitznamen „Eiserner Hermann“ verdankte Withalm seiner Unbeirrbarkeit in Grundsatzfragen. Von 1953 bis 1975 war Withalm Abgeordneter zum Nationalrat und von 1956 bis 1959 Staatssekretär im Finanzministerium.

Hermann Withalm ging als legendärer Generalsekretär, Klubobmann und Vizekanzler seiner Partei in die Geschichte ein. Nachdem die Volkspartei bei den Nationalratswahlen 1970 die Mehrheit verlor und die SPÖ unter Duldung der FPÖ eine Minderheitsregierung bildete, ging die Volkspartei in die Opposition. Der frühere Vizekanzler Hermann Withalm übernahm in dieser schwierigen Situation den Parteivorsitz und hatte somit als erster Volkspartei-Politiker im Laufe seines Lebens alle Schlüsselressorts der Partei innegehabt. Schließlich war es aber nur Withalms Aufgabe als Bundesparteiobmann gewesen, einen geordneten Übergang sicherzustellen. Withalm war danach bis 1988 Obmann des Österreichischen Seniorenbundes.

Withalm war einer der härtesten politischen Gegner der SPÖ und ein brillanter Redner. Seine geschliffenen Wortgefechte, etwa mit Bruno Pittermann, zählten zu den rhetorischen Glanzlichtern in der Geschichte des Hohen Hauses.



Volkspartei-Plakat,
 Nationalratswahl 1970

Karl Schleinzer

Bundesparteiohmann von 1971–1975

Geb. 8. Jänner 1924 in St. Gertraud (Kärnten)
Gest. 19. Juli 1975 in Bruck an der Mur (Autounfall)



Nach Absolvierung einer einjährigen Landwirtschaftsschule arbeitete Schleinzer am elterlichen Hof in Kärnten. Danach studierte er an der Hochschule für Bodenkultur in Wien. Von Bundeskanzler Alfons Gorbach in die Bundesregierung berufen, war er von 1961 bis 1964 Verteidigungsminister und schließlich von 1964 bis 1970 Landwirtschaftsminister.

Im Jahre 1971 löste Schleinzer Hermann Withalm als Bundesparteiohmann ab und wurde Oppositionsführer gegenüber einer absolut regierenden SPÖ. Als 1972 zum Jahr der Parteiarbeit erklärt wurde, nutzte die Volkspartei diese Chance zu einer programmatischen Neuorientierung, welche im „Salzburger Programm“ festgeschrieben wurde. Darin bekannte sich die Partei zu einer „partnerschaftlichen Gesellschaft“ und zur „progressiven Mitte“.

Sein Tod bei einem Autounfall, drei Monate vor den Wahlen 1975, war für die Volkspartei ein schwerer Schlag.



Die vier Pläne zur Lebensqualität werden unter Bundesparteiohmann Schleinzer zum programmatischen Motto der Volkspartei

Josef Taus

Bundesparteiohmann von 1975–1979

Geb. 8. Februar 1933 in Wien



Bereits während seines Studiums der Rechtswissenschaften in Wien arbeitete Josef Taus als Wirtschaftsredakteur. Daneben engagierte sich Taus im Kummer-Institut der Volkspartei und wurde 1966 als Nationalratsabgeordneter aufgestellt. Noch im selben Jahr wurde er von Bundeskanzler Josef Klaus zum Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und Verstaatlichte Unternehmungen bestellt. Von 1967 bis 1975 war Taus Vorsitzender im Aufsichtsrat der ÖIG bzw. ÖIAG.

Nach dem Unfalltod von Karl Schleinzer übernahm Josef Taus den Volkspartei-Partei-Vorsitz. Diese Personalentscheidung sollte die wirtschaftspolitische Kompetenz der Österreichischen Volkspartei betonen.

Taus führte die Volkspartei in ihrer Rolle als Oppositionspartei. In die Zeit von Josef Taus fällt auch die Volksabstimmung zum Kernkraftwerk Zwentendorf. Die Volkspartei warb für ein „Nein“ zur Inbetriebnahme des Kernkraftwerks – schließlich sprachen sich 50,2 Prozent gegen eine Inbetriebnahme aus.



Volkspartei-Plakate, Nationalratswahl 1979



Alois Mock Bundesparteiobmann von 1979–1989

Geb. 10. Juni 1934 in Euratsfeld (NÖ)
Gest. 1. Juni 2017



Nach dem Abschluss seines Studiums der Rechtswissenschaften trat Alois Mock in das Bundesministerium für Unterricht ein. Ab 1961 war er im Bundeskanzleramt als Referent für EWG- und EFTA-Fragen tätig. Im Jahre 1966 wurde er Kabinettschef bei Bundeskanzler Josef Klaus, 1969/70 Unterrichtsminister, 1970 Abgeordneter zum Nationalrat, 1971 Bundesobmann des ÖAAB und 1978 geschäftsführender Klubobmann der Volkspartei. Nach dem Rücktritt von Josef Taus 1979 wurde er Parteiobmann. Die Ära Mock brachte die Wende für die Partei: Bei den Wahlen von 1983 verlor die SPÖ ihre absolute Mandatsmehrheit. 1986 führte er die Volkspartei 1986 wieder in die Bundesregierung. Mock erkannte als einer der ersten westlichen Politiker die weltpolitischen Veränderungen innerhalb der osteuropäischen Staaten und deren Folgen für Europa. Im Sommer 1989 durchschritt er gemeinsam mit dem ungarischen Außenminister Gyula Horn den Eisernen Vorhang.

Als Politiker setzte er Meilensteine:

- In seiner Vorreiterrolle bei der Konfliktbewältigung im zerfallenen Jugoslawien und der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens.
- Als „Vater des österreichischen EU-Beitritts“ im Jahr 1995, wo er in vielen Punkten eine maßgebliche Rolle spielte.

Mocks Eintreten für Demokratie und Menschenrechte sowie sein Engagement für die EU-Erweiterung brachten ihm einen legendären Ruf als Staatsmann und Außenminister ein.

Karikatur zum TV-Duell zwischen Alois Mock und Franz Vranitzky vor der Nationalratswahl 1986, Ironimus 1986



Außenminister Alois Mock neben Bundeskanzler Franz Vranitzky und Botschafter Manfred Scheich auf Korfu im Jahr 1994

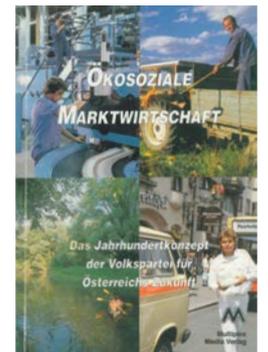
Josef Riegler Bundesparteiobmann von 1989–1991

Geb. 1. November 1938 in Judenburg (Stmk.)



Nach einem Studium an der Hochschule für Bodenkultur in Wien wurde Josef Riegler Direktor des Steirischen und schließlich des Österreichischen Bauernbundes. Ab 1976 war Riegler Agrarsprecher der Volkspartei im Nationalrat und von 1983 bis 1987 Landesrat in der Steiermark für Landwirtschaft, Umwelt und Wohnbau. 1987 wurde er Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft.

Im April 1989 löste Josef Riegler Alois Mock als Bundesparteiobmann ab und wurde Vizekanzler in einer Großen Koalition. Ein Markenzeichen seiner Politik war bereits damals, Umweltschutzmaßnahmen mit Innovationen in der Industrie zu verknüpfen. Mehr als das: Mit seinem Engagement für die „Lebenschancen im ländlichen Raum“, sowie zahlreichen Regionalprojekten, entwickelte Josef Riegler ein politisches Konzept, das später als Ökosoziale Marktwirtschaft zu einem politischen Postulat wurde. Riegler gilt als Vater der Ökosozialen Marktwirtschaft, einem Gesellschaftsmodell, das für die Volkspartei heute noch zentrale Bedeutung hat.



Die Ökosoziale Marktwirtschaft verbindet Wirtschaft, Umwelt und Soziales

Erhard Busek
 Bundesparteiobmann von 1991–1995

Geb. 25. März 1941 in Wien



Nach seinem Jurastudium arbeitete Erhard Busek ab 1964 auf Initiative von Hermann Withalm im Volkspartei-Parlamentsklub. Im Jahre 1969 wurde Busek von Rudolf Sallinger zum Generalsekretär des Wirtschaftsbundes bestellt. Von 1975 bis 1976 wirkte Busek als Generalsekretär der Volkspartei in der Parteizentrale. Er war einer der ersten Politiker der Volkspartei, der Umweltschutz in den 1970er Jahren zu einer politischen Kategorie erhob. 1976 wurde Busek zum Obmann der Wiener Volkspartei gewählt. Als Wiener Vizebürgermeister 1978 bis 1987 belebte Busek als „bunter Vogel“ die Wiener Kommunalpolitik.

Nach der Nationalratswahl 1990 übernahm Erhard Busek im Sommer 1991 die Führung an der Parteispitze. Der von Alois Mock und Franz Vranitzky erfolgreich eingeleitete Europakurs gipfelte 1994 bei der Volksabstimmung zum EU-Beitritt in einer großen Mehrheit (2/3 der Wähler) für den Beitritt Österreichs, der schließlich im Jahr 1995 vollzogen wurde. Zu den Erfolgen seiner Amtszeit gehörte neben dem EU-Beitritt auch die Wahl von Thomas Klestil zum Bundespräsidenten.

Als Vizebürgermeister prägte Busek das intellektuelle Klima Wiens. Als Außenminister verlieh Busek der Rolle Österreichs in Mitteleuropa und im Donauraum ein eigenes, unverwechselbares Gepräge.



Nach Jahren der Vorbereitung und Diskussion wurde am 30. Bundesparteitag im April 1995 ein neues Grundsatzprogramm beschlossen

Wolfgang Schüssel
 Bundesparteiobmann von 1995–2007

Geb. 7. Juni 1945 in Wien



Wolfgang Schüssel studierte Rechtswissenschaft und begann seine politische Karriere 1968 bis 1975 als Sekretär des Parlamentsklubs der Volkspartei. Von 1975 bis 1991 war er Generalsekretär des Wirtschaftsbundes. Im Jahre 1989 übernahm Wolfgang Schüssel das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Schüssel wurde nach der Nationalratswahl 1999 Bundeskanzler und damit der erste Volkspartei Regierungschef seit Josef Klaus 1966. Bei den Wahlen 2002 bescherte er der Volkspartei als Bundeskanzler einen Rekord-Zuwachs von 15,4 Prozent und ein Ergebnis von 42,3 Prozent. In einer schwarz-blauen (später schwarz-orangen) Koalition brachte Kanzler Schüssel viele Reformen auf den Weg. Hier sollen nur einige exemplarisch genannt werden:

- Wirtschaftsprogramm
- Abfertigung Neu
- Kindergeld
- NS Zwangsarbeiter-Entschädigung
- Pensionsreform

Durch seine Privatisierungs- und Steuerpolitik konnte Österreich nicht nur sein Haushaltsdefizit verringern, sondern auch die Grundlage für die positive Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in den folgenden Jahren legen.

Legendäres Volkspartei-Plakat, Nationalratswahl 2002



Plakat Sommerkampagne 2006

Wilhelm Molterer
Bundesparteiobmann von 2007–2008

Geb. 14. Mai 1955 in Steyr (OÖ)



Molterer studierte an der Johannes-Kepler-Universität Linz Sozialwissenschaft. Danach arbeitete er von 1981 bis 1984 im Österreichischen Bauernbund, dessen Direktor er in den Jahren 1989 bis 1993 war. Ab 1990 war Molterer Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat. Nach einer Tätigkeit als Volkspartei-Generalsekretär 1993/94 wurde Molterer von 1994 bis 2003 Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft.

Als die Volkspartei unter Wolfgang Schüssel stärkste Parlamentspartei wurde, wechselte Molterer 2003 bis 2006 als Volkspartei-Klubobmann in den Nationalrat. Nach den Nationalratswahlen 2006 trat Wolfgang Schüssel 2007, unmittelbar nach den Koalitionsverhandlungen, zurück. Sein Nachfolger und Vizekanzler wurde Wilhelm Molterer, der in dieser Zeit entscheidende Themen und Anliegen der Volkspartei innerhalb der Regierung durchsetzen konnte. Molterer initiierte die „Perspektivengruppen“, die sich mit Zukunftsfragen der Partei beschäftigten.



Volkspartei-Plakat 2007



Volkspartei-Plakat, Nationalratswahl 2008

Josef Pröll
Bundesparteiobmann von 2008–2011

Geb. 14. September 1968 in Stockerau (NÖ)



Im Jahre 1993 schloss Josef Pröll das Studium der Agrarökonomie an der Universität für Bodenkultur Wien ab. Pröll war später Direktor des Österreichischen Bauernbunds. Von 2003 bis 2008 war er unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel Landwirtschafts- und Umweltminister. Josef Pröll war Leiter der „Volkspartei-Perspektivengruppe“, die 2007 Vorschläge für eine Neuausrichtung der Partei ausarbeitete.

Nach Verlusten bei den vorgezogenen Neuwahlen 2008 trat Wilhelm Molterer zurück und schlug Josef Pröll als seinen Nachfolger vor, der im November 2008 kurz nach seinem 40. Geburtstag zum Obmann gewählt wurde. Unter Pröll kam es neuerlich zur großen Koalition mit der SPÖ. Bei den Wahlen zum EU-Parlament 2009 wurde die Volkspartei stärkste Kraft. Im April 2011 trat Pröll aus gesundheitlichen Gründen als Bundesparteiobmann zurück.

Pröll gelang die Budgetkonsolidierung in den schwierigen Zeiten nach der Wirtschaftskrise und eine Steuerreform 2009. Er weigerte sich bei Verhandlungen mit der SPÖ, Lohnnebenkosten zu erhöhen und Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögenssteuer wieder einzuführen.



Schaukastenplakat 2008

Michael Spindelegger
 Bundesparteiobmann von 2011–2014



Geb. 21. Dezember 1959 in Mödling (NÖ)

Der Jurist Michael Spindelegger leitete ab 1987 als Kabinettschef das Sekretariat von Robert Lichal im Bundesministerium für Landesverteidigung.

Ab 2006 war Spindelegger zweiter Nationalratspräsident, von 2009 bis 2011 Bundesobmann des ÖAAB, im Jahre 2008 wurde er Außenminister. Nachdem Josef Pröll im April 2011 als Volkspartei-Obmann und Vizekanzler zurückgetreten war, wurde Spindelegger im April 2011 dessen Nachfolger in beiden Positionen. Inhaltlich setzte Spindelegger sehr stark auf das Thema „Wirtschaft und Arbeitsplätze“ und ließ sich konsequenterweise von einer von ihm initiierten Wirtschaftsplattform „Unternehmen Österreich 2025“ wirtschaftspolitische Vorschläge erarbeiten.

Zu seinen größten Erfolgen zählten die erfolgreiche Bundesheer-Volksbefragung 2013, die er mit einer Mehrheit von 59,7 Prozent bei einer Beteiligung von 52,4 Prozent gewann sowie die EU-Wahl 2014, bei der die Volkspartei neuerlich stärkste Kraft wurde.

Einsatz für Österreich
Jetzt mitmachen!
 Ihr Einsatz für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes!
www.einsatz-fuer-oesterreich.at
 Am 20. Jänner 2013:
 Sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?

Am 20. Januar 2013 entschieden sich 59,7 Prozent aller abgegebenen Stimmen für die Beibehaltung der Wehrpflicht

Reinhold Mitterlehner
 Bundesparteiobmann von 2014–2017



Geb. 10. Dezember 1955 in Helfenberg (OÖ)

Reinhold Mitterlehner absolvierte das Studium der Rechtswissenschaften in Linz. Von 1980 bis 1992 arbeitete Mitterlehner bei der Wirtschaftskammer Oberösterreich. Von 1992 bis 2000 war er Generalsekretär des Österreichischen Wirtschaftsbundes, danach bis 2008 Generalsekretär-Stellvertreter der Wirtschaftskammer Österreich. Zudem war Mitterlehner von 2000 bis 2008 Mitglied des Nationalrates. Von Dezember 2008 bis Jänner 2009 war er Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, von 2009 bis 2014 Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend. Ab März 2014 war Mitterlehner Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft und von September 2014 bis 2017 auch Vizekanzler der Republik Österreich.

Beim Reformparteitag im Mai 2015 beschloss die Volkspartei im Rahmen der Bewegung „Evolution Volkspartei“ ein neues Grundsatzprogramm und neue Organisationsstatuten. Im Arbeitsprogramm der Bundesregierung „Für Österreich“ (2017) konnte Mitterlehner wichtige Forderungen der Volkspartei verankern, von Investitionsprämien für die Wirtschaft über den Beschäftigungsbonus bis zu einem umfangreichen Sicherheitspaket samt Integrationsgesetz.

Die Ergebnisse der „Evolution Volkspartei“ führten zu einem neuen Grundsatzprogramm und einem neuen Bundes-Organisationsstatut

Evolution Volkspartei
 Was ist das Ziel?
 Erneuerung
 Struktur
 Freiheit
 Mach mit!

Sebastian Kurz Bundesparteioobmann von 2017–2021

Geb. 27. August 1986 in Wien



Sebastian Kurz ist seit 2003 Mitglied der Jungen Volkspartei und war von 2008 bis 2012 Obmann der JVP-Wien. Im Dezember 2013 wurde Kurz mit nur 27 Jahren jüngster Außenminister in der österreichischen Geschichte. Am 1. Juli 2017 wurde Kurz beim Bundesparteitag in Linz mit 98,7 Prozent der Delegiertenstimmen zum neuen Vorsitzenden der neuen Volkspartei gewählt.

Bei der Nationalratswahl 2017 erreichte die Liste Sebastian Kurz – die Volkspartei 31,5 Prozent der Stimmen und wurde damit erstmals seit 2002 wieder stimmenstärkste Partei. Nach Sondierungsgesprächen einigten sich Sebastian Kurz und Heinz-Christian Strache von der FPÖ auf eine Koalition. In den Regierung Kurz I wurden große Reformvorhaben wie der „Familienbonus Plus“ und die „Flexibilisierung der Arbeitszeit“ verwirklicht. Die erfolgreiche Regierungsarbeit wurde durch die Ibiza-Affäre im Mai 2019 beendet. Bei der deswegen notwendig gewordenen Neuwahl am 29. September konnte die Volkspartei ihr Ergebnis auf 37,5 Prozent verbessern. Am 7. Januar 2020 wurde die türkis-grüne Bundesregierung Kurz II angelobt. Die ersten zwei Jahre der Regierung Kurz II standen ganz im Zeichen der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie und einer ökosozialen Steuerreform, die 18 Milliarden Euro Entlastung brachte.

Angesichts unbewiesener Vorwürfe trat Kurz am 9. Oktober 2021 als Bundeskanzler zurück und zog sich am 2. Dezember komplett aus der Politik zurück.



Mit der ökosozialen Steuerreform wurde eine ordnungspolitische Wende eingeleitet, die Österreich in eine klimafreundliche Zukunft führt und gleichzeitig Beschäftigte und Wirtschaft entlastet.

Karl Nehammer Bundesparteioobmann seit 2021

Geb. 18. Oktober 1972 in Wien



Karl Nehammer maturierte 1992 und begann seine Berufslaufbahn als Einjährig-Freiwilliger beim österreichischen Bundesheer mit nachfolgender Weiterverpflichtung bis 1996. 1997 musterte er als Leutnant aus. Der zweifache Vater arbeitete anschließend als Trainer für strategische Kommunikation für verschiedene Einrichtungen wie das Berufsförderungsinstitut (BFI) und die Politische Akademie der Volkspartei.

Seine politische Laufbahn begann Nehammer im Oktober 2015 mit der Berufung zum Generalsekretär-Stellvertreter und Bundesorganisationsreferenten des Österreichischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbundes (ÖAAB). Von 2016 bis Jänner 2018 diente Nehammer als Generalsekretär des ÖAAB. Ab April 2017 war er Bezirksparteioobmann der Volkspartei in Wien-Hietzing. Im Januar 2018 wurde Nehammer Generalsekretär der Volkspartei. Zwischen 7. Januar 2020 und 6. Dezember 2021 war Nehammer Bundesminister für Inneres. Nach dem Rücktritt von Sebastian Kurz am 3. Dezember 2021 wurde er geschäftsführender Bundespartei-vorsitzender der Österreichischen Volkspartei. Seit 6. Dezember 2021 ist er Bundeskanzler der Republik Österreich.



Inhaltlich verkörpert Nehammer eine wertorientierte Politik und er möchte sein Amt im Dialog mit Wissenschaft, allen Parteien und der Bevölkerung ausüben.

© Dragan Tatic

c) Struktur und Organisation

Ziel der Österreichischen Volkspartei war und ist die politische Repräsentanz und Vertretung ALLER österreichischen Bürgerinnen und Bürger. Aus diesem Grund betont die „Volkspartei“ in ihrem Namen nicht etwa eine ideologische Ausrichtung (wie die Sozialdemokratische Partei Österreichs) oder einen politischen Grundwert (wie die Freiheitliche Partei Österreichs), sondern stellt den Menschen und die Gemeinschaft in den Vordergrund. Für die Organisation und Struktur einer Partei ist die ausgewogene Berücksichtigung der Interessen aller Bürgerinnen und Bürger eine große Herausforderung. Immer dann, wenn man für die Interessen einer bestimmten Gruppe, sei es territorial (Bundesländer, Gemeinden, Ortsgruppen) oder funktional (Wirtschaftstreibende, Arbeitnehmer, Senioren), eintritt, kann sich eine andere übervorteilt fühlen. Um diesen Spagat zwischen der Vertretung aller Bürgerinnen und Bürger und dem Interessenausgleich unterschiedlicher Gruppierungen zu schaffen, hat die Volkspartei eine Organisationsstruktur, wie sie in Österreich und den meisten anderen Demokratien einzigartig ist: die funktionale Organisation nach Teilorganisationen. Die Volkspartei ist eine mittelbare Partei. Das bedeutet, dass die Mitgliedschaft bei der Volkspartei hauptsächlich durch die Mitgliedschaft bei einem der Bünde erworben wird. Derzeit hat die Volkspartei insgesamt rund 600.000 Mitglieder. Zum Vergleich: Die SPÖ hat rund 160.000, die FPÖ ca. 60.000 und die Grünen 7.000 Mitglieder (jeweils nach eigenen Angaben, Stand 2021). Die Zahl der Mitglieder der Volkspartei ist zu den aufsummierten Zahlen der Bünde unterschiedlich, weil einige bei zwei oder mehr Teilorganisationen Mitglieder sind.

Territoriale Organisationsstruktur

Entsprechend der inhaltlichen Gliederung durch die Bünde spiegelt sich in der Volkspartei auch die föderale Struktur Österreichs wider. In der Bundespolitik vertritt die Bundes-Volkspartei die Interessen ihrer Mitglieder. Auf der Ebene der Bundesländer vertreten die neun Landesparteiorganisationen die Ideen der Volkspartei. Bezirks-, Gemeinde- und Ortsparteiorganisationen kümmern sich um die Anliegen jeder Bürgerin und jedes Bürgers vor Ort.

Funktionale Organisationsstruktur

Die Teilorganisationen der Volkspartei

Die drei ältesten Teilorganisationen sind der Österreichische Bauernbund, der Österreichische Wirtschaftsbund und der Österreichische Arbeiternehmerinnen- und Arbeitnehmerbund. Diese drei Bünde wurden 1945 gegründet, haben aber zum Teil eine Geschichte, die bis weit vor ihre Gründung zurückreicht. Die drei weiteren Teilorganisationen der Volkspartei sind die ÖVP Frauen, die Junge Volkspartei (JVP) und der Österreichische Seniorenbund (ÖSB). Alle sechs sind gleichberechtigte Teilorganisationen. Diese bilden die politische DNA der Volkspartei, da es ihr Anspruch ist, sämtliche Bürger Österreichs politisch zu vertreten.

Bauernbund



bauernbund.at

Die Vorgängerorganisationen des Österreichischen Bauernbundes gehen schon auf den Beginn der Ersten Republik zurück. So entstand 1919 der Österreichische Reichsbauernbund aus verschiedenen Vorläuferorganisationen wie dem 1899 gegründeten Katholisch-konservativen Verein in der Steiermark. In der gegenwärtigen Form besteht der Bauernbund seit der Neugründung der Volkspartei im Jahr 1945. Heute hat der Bauernbund etwa 300.000 Mitglieder. Wichtige Vertreter des Bauernbundes sind Leopold Figl, Karl Schleinzer, Josef Riegler, Wilhelm Molterer und Josef Pröll.

Wirtschaftsbund



wirtschaftsbund.at

Der Österreichische Wirtschaftsbund wurde am 8. Mai 1945 gegründet. Erster Obmann war Julius Raab. Der Wirtschaftsbund versteht sich als Interessenvertretung der Unternehmer, vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen (sogenannte KMUs). Zur Wirtschaftskammer,

wo der Österreichische Wirtschaftsbund in allen Bundesländern die Mehrheit stellt, bestehen enge personelle Verbindungen. Herausragende Proponenten des Österreichischen Wirtschaftsbundes sind Julius Raab, Erhard Busek und Wolfgang Schüssel.

ÖAAB



oeaab.com

Der Österreichische Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmerbund (früher: Arbeiter- und Angestelltenbund) hat, wie der Bauernbund, eine Geschichte, die bis in das 19. Jahrhundert zurückreicht. So gründete Leopold Kunschak den ersten christlich-sozialen Arbeiterverein bereits 1892. Der ÖAAB vertritt die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Derzeit hat der ÖAAB rund 200.000 Mitglieder. Bekannte Vertreter des ÖAAB sind Leopold Kunschak, Josef Taus, Alois Mock und Michael Spindelegger.

Seniorenbund



seniorenbund.at

Der Seniorenbund versteht sich als gemeinnützige Interessenvertretung der älteren Generation. Er ist mit über 300.000 Mitgliedern und etwa 2.000 Bezirks- und Ortsgruppen einer der größten Bünde der Volkspartei. Bekannte Vertreter des Österreichischen Seniorenbundes sind Hermann Withalm und Andreas Khol.

Junge ÖVP



junge.oevp.at

Die Junge Volkspartei ist die politische Jugendorganisation der Volkspartei. Die Junge Volkspartei hat über 100.000 Mitglieder. Sie vertritt die Interessen junger Menschen bis zu einem Alter von 35 Jahren. Bekannte Vertreter der Jungen Volkspartei sind Othmar Karas und Sebastian Kurz.

ÖVP Frauen



frauen.oevp.at

Die Volkspartei Frauen definieren ihre Aufgabe in der Aktivierung politischen Interesses der Frauen in Österreich. Sie vertreten die Interessen und politischen Forderungen der Volkspartei Frauen in der Öffentlichkeit und wirken an dortigen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen mit. Bekannte Vertreterin der Volkspartei Frauen sind Marilies Flemming, Grete Rehor und Waltraud Klasnic.



In der Vielfalt liegt die Stärke der Volkspartei. Sechs Teilorganisationen und neun Landesorganisationen bilden das Rückgrat für eine territorial flächendeckend sowie in allen gesellschaftlichen Schichten fest verankerten Partei.

d) Mitglied der Europäischen Volkspartei

Zu den Grundüberzeugungen der Volkspartei gehört ihre Europaorientierung. Europa ist auch im tagespolitischen Geschäft der Partei fest verankert.

Die 1976 gegründete Europäische Volkspartei (EVP) ist eine politische Partei auf europäischer Ebene, die sich aus christlich-demokratischen und konservativ-bürgerlichen Mitgliederparteien der gesamten Europäischen Union zusammensetzt. Die EVP hat sich während der letzten 30 Jahre in ihrem Selbstverständnis von einer christlich-demokratischen europäischen Partei zu einer mitte-rechts stehenden Sammelpartei entwickelt. Das im Oktober 2012 verabschiedete Grundsatzprogramm der EVP steht klar in der christlich-demokratischen Tradition. Die EVP folgt dem Leitbild einer „Union der Werte“ und ist dem europäischen Erbe verbunden, welches sich aus jüdischen, christlichen, aufklärerischen, aber auch modernen Versatzstücken zusammensetzt. Die EVP stellt zurzeit 9 Regierungschefs in EU-Mitgliedstaaten, 9 Mitglieder der Europäischen Kommission (einschließlich der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen) und ist mit 178 Mitgliedern die größte Fraktion im Europäischen Parlament. Zu den Mitgliedern der EVP zählen die Volkspartei, die französischen Les Républicains (deutsch: Die Republikaner), die deutsche CDU und die CSU sowie der spanische Partido Popular. Die Mitgliedschaft ist gestaffelt in Vollmitglieder, assoziierte Mitglieder und Parteien mit Beobachterstatus. Vollmitglieder stammen aus EU-Mitgliedstaaten. Assoziierte Mitglieder stammen aus EFTA-Staaten oder EU-Beitrittskandidatenstaaten und beteiligen sich nicht an Abstimmungen zu EU-Fragen. Parteien mit Beobachterstatus stammen meist aus Mitgliedstaaten des Europarats und nehmen an den EVP-Treffen ohne Stimmrecht teil. Durch diese Heterogenität kann die EVP aufgrund ihrer gewachsenen ideologischen Breite auf eine Vielzahl unterschiedlicher intellektueller und politischer Traditionen zurückgreifen und deren Impulse für eine neue Politik nutzbar machen.

→ 7. Parteien in Österreich

7. Parteien in Österreich

a) Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)

Gründung	1889
Farbe	Rot
Vorsitzender	Pamela Rendi-Wagner
Mitglieder	158.000
Europapartei	Sozialdemokratische Partei Europas

Geschichte

Der erste Parteitag der Sozialdemokraten fand 1874 in der burgenländischen Gemeinde Neudörfel, ehemals Ungarn, statt. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich allerdings noch nicht alle Strömungen der Arbeiterbewegung zur Partei bekannt. Erst 1888/89 konnte Viktor Adler auf dem Hainfelder Parteitag eine Einigung erreichen, wo er die Partei nach marxistischem Vorbild prägte. Eine wichtige Funktion kam der sozialdemokratischen Presse zu, vor allem der „Arbeiterzeitung“. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges trat die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, vor allem in der Person Otto Bauers, für den Anschluss an Deutschland ein. An der Regierung beteiligte sich die SDAP in der Zwischenkriegszeit bis Juni 1920, dann war sie bis März 1933 in der Opposition. Während dieser Oppositionszeit auf Bundesebene hatte die SDAP in Wien und in den meisten großen Städten und Industriegemeinden die Mehrheit und stellte dort die Gemeindeverwaltung. Nach den Februarkämpfen 1934 kam es zur völligen Verdrängung aus den politischen Institutionen und dem öffentlichen Leben. Am 14.2.1934 wurde die SDAP verboten, alle ihre Mandate aberkannt und ihre Organisationen aufgelöst.

Am 14.4.1945 wurde die Partei als „Sozialistische Partei Österreichs“

von ehemaligen Funktionären aus der Ersten Republik wiedergegründet und konnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch im selben Jahr eine gesamtösterreichische Organisation aufbauen. Aufgrund der Erfahrungen in der Ersten Republik, der Bemühungen um den Wiederaufbau sowie der Unabhängigkeit Österreichs und der Ausbreitung des Kommunismus in Osteuropa, forcierte die SPÖ in einer Großen Koalition mit der Volkspartei, die Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Lager und unterstützte die 1957 institutionalisierte Sozialpartnerschaft. Nach kurzzeitiger Opposition (1966-70) gelang dem neuen Bundesparteivorsitzenden Bruno Kreisky (ab 1967) eine Öffnung gegenüber bürgerlichen Wählerschichten und die Übernahme der Regierungsverantwortung (Minderheitsregierung 1970-71 mit Unterstützung der Freiheitlichen Partei Österreichs, 1971-83 Alleinregierung mit absoluter Mehrheit). Die Phase der SPÖ-Alleinregierung von 1971 bis 1983 war stark von ideologischer Politik geprägt (Verschuldungspolitik, Milliarden-Spritzen in die verstaatlichte Industrie, gesellschaftspolitische Interventionen usw.). 1970-2000 stellte die SPÖ ohne Unterbrechung den Bundeskanzler (1983-87 Koalitionsregierung mit der FPÖ, 1987-2000 mit der Volkspartei) und bis 1986 auch alle Bundespräsidenten der Zweiten Republik. Zudem stellt die SPÖ seit 1945 die Landeshauptleute von Wien und seit 1964 des Burgenlands. Sie nimmt auch heute noch eine dominierende Stellung in vielen Industriegemeinden und mehreren großen Städten ein. Die SPÖ ist auf Bundesebene die größte Oppositionspartei. Seit November 2018 ist Pamela Rendi Wagner Parteivorsitzende der Sozialdemokraten.

Struktur

Die SPÖ ist eine zentralistisch organisierte Partei, deren Basis die Mitglieder sind. Die Mitgliederzahl sinkt tendenziell (1979: 721.000, 1990: 583.000, 1995: 487.500, 1999: 430.000, 2014: 205.000, 2021: 158.000). In mehr als 3.000 Lokalorganisationen bzw. Sektionen betreuen zirka 55.000 Funktionäre die Mitglieder. Weitere Ebenen sind Bezirks-, Landes- und Bundesorganisationen. Obwohl der Mitgliederanteil in Wien längerfristig stärker abgenommen hat als in den anderen Bundesländern, ist Wien nach wie vor mit 30 Prozent aller Mitglieder die wichtigste Landesorganisation.

Programme

- 1926 „Linzer Programm“: geprägt vom Bekenntnis zum Klassenkampf („Befreiungskampf der Arbeiterklasse“, „Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung“); Androhung der Diktatur des Proletariats als Verteidigungsmaßnahme; Enteignung von Großgrundbesitz, Baugelände, Bergbau und Industrie (auch ohne Entschädigung); Anschluss an Deutschland; antiklerikal.
- 1947: Aktionsprogramm
- 1958 „Das Parteiprogramm“: Der Versuch der Distanzierung von marxistischen Inhalten, um der SPÖ auch in agrarisch-industriell gemischten Gebieten bessere Chancen zu eröffnen, gelang nicht; Kompromiss zwischen beiden Parteiflügeln.
- 1978 „Das Neue Parteiprogramm“ (Maiprogramm): nach wie vor Bekenntnis zur „klassenlosen Gesellschaft“; Grundwerte sind Freiheit (defensiv; Freiheit von statt Freiheit zu), Gleichheit (Gleichmacherei), Gerechtigkeit (Umverteilung), Solidarität (als „Waffe im Kampf gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit“); Sozialismus definiert als Aufgabe zur ständigen Gesellschaftsveränderung; permanente Reform mit dem Ziel der Überwindung des Kapitalismus; Betonung des verstaatlichten Sektors.
- Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei 1998 („Wir SozialdemokratInnen“): deutliche Abkehr vom noch leicht marxistisch determinierten Programm 1978; Annäherung an die Volkspartei-Programmatik (der Verantwortungsgedanke taucht immer wieder auf); Ziel ist eine Gesellschaft, in der sich die menschliche Person frei entfalten kann.
- Grundsatzprogramm 2018: Die Sozialdemokratie will eine Gesellschaftsordnung, deren Ziel die freie Entfaltung jeder und jedes Einzelnen innerhalb der Gemeinschaft ist. Ihre Vision der „sozialen Demokratie ist, die Klassengegensätze zu überwinden, alle Lebensbereiche mit Demokratie zu durchfluten und den Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit gerecht zu verteilen“. Freiheit, Gleichheit,

Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte der SPÖ. Die Sozialdemokraten fordern eine soziale Demokratie statt einer Postdemokratie. Die SPÖ sieht sich als Partei „aller Menschen, deren Arbeitseinsatz die Grundlage für den eigenen Lebensunterhalt ist.“

b) Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Gründung	1955
Farbe	Blau
Vorsitzender	Herbert Kickl
Mitglieder	60.000
Europapartei	Identität und Demokratie Partei

Geschichte

1949 gründeten zwei Nicht-NSDAP-Mitglieder (Herbert Kraus und Viktor Reimann) in Salzburg den „Verband der Unabhängigen“ (VdU). Der VdU zielte auf ehemalige Großdeutsche, Nationalsozialisten, Liberale und antiklerikale Bürgerliche ab – quasi ein Sammelbecken des „Dritten Lagers“. An die Stelle des schon bald auseinanderbrechenden Konglomerats trat 1956 die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die sich antiklerikal und antisozialistisch sowie wirtschaftsliberal und deutschnational positionierte. Zunächst schwach organisiert und programmatisch deutschnational orientiert, gelang es Bundesparteiobmann Friedrich Peter ab Mitte der 1960er Jahre, die Partei aus ihrer Isolation herauszuführen. 1970/71 unterstützte die FPÖ die SPÖ-Minderheitsregierung. Unter Norbert Steger war die FPÖ erstmals an der Regierung beteiligt (SPÖ-FPÖ-Koalition 1983-1987). Die parteiinterne Unzufriedenheit führte 1986 allerdings zu einem Wechsel an der Parteispitze mit der Wahl Jörg Haider zum Bundesparteiobmann. Mit der Machtübernahme Jörg Haider orientierte sich die Partei radikal um. An die Stelle der deutschnationalen, europafreundlichen, bürgerlich geprägten Partei,

trat nun eine populistische Protestpartei, die auf antieuropäische und zuwanderungskritische Positionen setzte und sich österreichisch-patriotisch sowie vielfach als „bessere“ sozialistische Gruppierung positionierte.

Die Partei war seit jeher von Spannungen zwischen liberalen und nationalen Traditionen geprägt. Dies änderte sich auch durch die Machtübernahme Jörg Haider nicht. Das von Haider 1993 initiierte „Ausländervolksbegehren“ („Österreich zuerst“) war letztlich auch Anlass für die Abspaltung eines Teils der FPÖ unter der bisherigen Obmannstellvertreterin Heide Schmidt und der Gründung des Liberalen Forums. 2005 kam es schließlich zur nächsten Abspaltung: Jörg Haider selbst kehrte der FPÖ den Rücken und gründete das BZÖ. Im Oktober 2008 verunglückte Haider bei einem Verkehrsunfall tödlich. Nach der Parteispaltung der FPÖ führte deren Geschäfte interimistisch der Wiener Klubobmann Hilmar Kabas, bis im April 2005 Heinz-Christian Strache zum neuen Parteiobmann gewählt wurde. Unter seiner Führung erstarkte die FPÖ wieder und positionierte sich als Oppositionspartei. Der kantige Auftritt fand bei den Wählern Anklang: Bei den NR-Wahlen 2006 erreichte die FPÖ 11 Prozent, bei der NR-Wahl 2008 17,5 Prozent, bei der NR-Wahl 2013 20,51 Prozent und 2017 bereits 25,97 Prozent, womit die FPÖ fast gleich viel Wählerstimmen wie die zweitplatzieren Sozialdemokraten gewann.

Kurz nach der Wahl 2017 nahm die Volkspartei Koalitionsverhandlungen mit der FPÖ auf. Am 18. Dezember 2017 wurde die Bundesregierung Kurz I von Bundespräsident Alexander Van der Bellen angelobt. Vizekanzler wurde Heinz-Christian Strache. Nach der Veröffentlichung des sogenannten „Ibiza-Videos“ am 17. Mai 2019, welches den damaligen Vizekanzler Heinz-Christian Strache und den damaligen FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus im Sommer 2017 beim Verhandeln über die fragwürdige Vergabe von Staatsaufträgen zeigte, traten Strache und Gudenus von ihren Regierungs- bzw. Parteiämtern zurück. Bei der deshalb notwendigen Neuwahl 2019 verlor die FPÖ mit Spitzenkandidat Norbert Hofer fast zehn Prozent Stimmenanteil. Heinz-Christian Strache wurde im Dezember 2019 aus der FPÖ ausgeschlossen. Straches Nachfolger Norbert Hofer trat am 1. Juni 2021 überraschend als Bun-

desparteioobmann der Freiheitlichen zurück. Am 19. Juni wurde Herbert Kickl zum neuen Parteichef der Freiheitlichen gewählt.

Als wichtigste Forderungen ihres Wahlprogramms 2019 nannte die FPÖ den Ausbau der direkten Demokratie nach Schweizer Vorbild, eine Entbürokratisierung und eine Senkung der Lohnnebenkosten.

Struktur

Verzeichnete die Partei 1959 einen Mitgliederstand von 22.000 Mitgliedern, konnte dieser bis 2021 auf knapp 60.000 Mitglieder anwachsen. Drei Viertel der Mitglieder kommen aus den Landesgruppen Kärnten, Oberösterreich, Steiermark und Salzburg, die innerparteilich starkes Gewicht haben. Nach der unter Haider erfolgten Zentrierung auf den Bundesparteioobmann, errang die FPÖ ab 1989 auch bei den Landtagswahlen Erfolge; in Kärnten wurde 1999 beispielsweise die FPÖ stärkste Partei und Haider Landeshauptmann. Zu den Vorfeldorganisationen der FPÖ zählen unter anderem: der Ring Freiheitlicher Studenten (RFS), der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW), der Allgemeine österreichische Bauernverband und der Verband Freiheitlicher Akademiker.

Programme

- 1949 Programm des VdU: Bejahung der Demokratie, Ablehnung der Diktatur; Bekenntnis zum deutschen Volkstum; Kritik an der Gesetzgebung der Nationalsozialisten.
- 1968 „Bad Ischler Programm“: gewisses Zurücktreten des deutschen nationalen Gedankenguts; Betonung des Europa-Gedankens.
- Parteiprogramm 1998: deutliche Kurskorrektur, Anpassung an Realpolitik Haiders (Haider war auch am Deckblatt); Freiheit als höchstes Gut, definiert als „Höchstmaß an verantwortlicher Selbstbestimmung“; Menschenwürde: Sinn des Menschen liegt in sich selbst; Österreich-Patriotismus; letzter Rest der deutschnationalen

Tradition: Die „überwiegende Mehrheit der Österreicher“ gehört der „deutschen Volksgruppe“ an; eigener Punkt „Christentum“; Absage an den historischen Antiklerikalismus; Europa wird als „christlich-abendländische Wertegemeinschaft“ definiert.

- Parteiprogramm 2011: Freiheit, Sicherheit, Frieden und Wohlergehen für Österreich und seine Bevölkerung als politische Leitlinien, Bekenntnis zum Heimatland Österreich als Teil der deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft, Freiheit gilt den Freiheitlichen als höchstes Gut.

c) Die Grünen – Die Grüne Alternative

Gründung	1986
Farbe	Grün
Vorsitzender	Werner Kogler
Mitglieder	7.000
Europapartei	Europäische Grüne Partei (EGP)

Geschichte

Seit den 1970er Jahren entstanden neue soziale Bewegungen, die Inhalte und Formen etablierter Politik infrage stellten (Anti-Atom-Bewegung, Bürgerinitiativen, Umweltschutz). In Zeiten der Vollbeschäftigung und einer relativ sorgenfreien Zeit entstand so das Phänomen des Postmaterialismus. Der Geologe Alexander Tollmann, durch sein Engagement gegen das Kernkraftwerk Zwentendorf bekannt geworden, gründete 1982 die erste grüne Partei, die eher konservativ ausgerichteten „Vereinten Grünen Österreichs“ (VGÖ). Stärker links orientiert war die 1983 ins Leben gerufene „Alternative Liste Österreich“ (ALÖ). Da keine Einigung zwischen beiden Gruppen gelang, kandidierten sie bei den Nationalratswahlen 1983 auf getrennten Listen und verfehlten den

Einzug ins Parlament. Erst vor der Nationalratswahl 1986 konnte man sich – gestärkt durch den erfolgreichen Widerstand gegen das Donaukraftwerk Hainburg (Hainburger-Au-Besetzung 1984) – auf die Gründung einer einheitlichen Partei unter dem Namen „Grüne Alternative“ (GA) und die prominente Grünpolitikerin Freda Meissner-Blau als Spitzenkandidatin einigen: Mit acht Mandaten zog die GA ins Parlament ein; seit 1995 ist die offizielle Bezeichnung der Partei „Die Grünen – Die Grüne Alternative (Grüne)“.

Seit 7. Jänner 2020 sind die Grünen Koalitionspartner der neuen Volkspartei in der Bundesregierung Kurz II. Bundessprecher der Grünen ist Werner Kogler.

Struktur

Die Grünen hatten im Jahr 2021 bundesweit etwa 7000 Mitglieder, wobei es keine bundesweit einheitlichen Regelungen für Mitgliedschaften gibt. Das höchste Gremium ist der Bundeskongress, welcher mindestens einmal jährlich einberufen wird. Und dorthin entsenden alle Landesorganisationen ihre Delegierten, wobei auch die Migrantinnen- und Migrantenorganisation als „zehntes Bundesland“ Delegierte entsenden kann. Innerhalb und insbesondere im Umfeld der Grünen sind heute verschiedene Organisationen tätig, die sich als grün bzw. grün-nah verstehen. Dazu zählen unter anderem die Grünalternative Jugend (GAJ), „Grüne & Alternative StudentInnen“ (GRAS) oder die „Alternativen und Unabhängigen GewerkschafterInnen“ (AUGE/UG).

Programme

→ 1990 „Leitlinien Grüner Politik“: sehr heterogenes Programm mit stark ordnungspolitischer Ausrichtung, v. a. im Umweltbereich; Vorrangstellung der Ökologie; grüne Politik als „kultureller Widerstand, der auf allen Ebenen der Gesellschaft geleistet werden muss“; Aufruf zum zivilen Ungehorsam, Abschaffung des Bundesheeres; Bevorzugung von Minderheiten (Quoten, positive Diskriminierung).

→ 2001 „Grundsatzprogramm der Grünen“: Ziel ist kein ideologischer „Endzustand“, sondern eine „solidarische Gemeinschaft freier Menschen in einer intakten Umwelt“; Grüne sehen sich in Bezug zum gesellschaftlichen Liberalismus (Toleranz, Freiheit) und zum Sozialismus (Gerechtigkeit, Solidarität); Wunsch nach „radikaler Veränderung“, die von einem „aufgeklärten Egoismus“ (Auswirkungen unseres Tuns auf uns, Menschen anderswo und Menschen in der Zukunft) und einer „Abkehr vom anthropozentrischen Weltbild“ (Mensch nicht allein im Mittelpunkt) getragen wird; „Komplexität“ und „Vernetzung“ sind sehr häufig gebrauchte Vokabeln; auch das Menschenbild der Grünen ist ein „komplexes“ (selbstbestimmt, frei von Rollenzuschreibungen, Recht auf Selbstentfaltung verknüpft mit Verantwortung – „individuelle Freiheit und solidarische Verantwortung bedingen einander ...“); Aufgabe der Gesellschaft ist die Veränderung der Gesellschaft; Utopie einer „ökologisch orientierten Systemveränderung“; es gibt keine absoluten Werte (Naturrecht); Grundwerte: ökologisch, solidarisch, selbstbestimmt, basisdemokratisch, gewaltfrei, feministisch.

d) NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum

Gründung	2012
Farbe	Pink
Vorsitzender	Beate Meinl-Reisinger
Mitglieder	7.000
Europapartei	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa

Geschichte

Die Partei NEOS wurde im Oktober 2012 unter dem Parteinamen NEOS – Das Neue Österreich gegründet und trat erstmals zur Nationalratswahl in Österreich 2013 in einem Wahlbündnis mit dem Libe-

ralen Forum an, mit dem die NEOS im Jänner 2014 dann fusionierten. Die neue Partei schaffte beim ersten Antritt mit 5,0 Prozent den sofortigen Einzug in den Nationalrat und erreichte bei der Nationalratswahl 2019 8,1 Prozent der Stimmen. Parteivorsitzende der NEOS ist Beate Meisl-Reisinger.

Struktur

Wie in einem Verein ist die Mitgliederversammlung das höchste Organ der Partei. Von der Mitgliederversammlung ist der Vorstand der Partei bestellt, dem die operative Leitung zwischen den Mitgliederversammlungen obliegt.

Inhaltliche Positionen werden bei NEOS in sogenannten „Themengruppen“ erarbeitet, denen mehrere Parteimitglieder angehören können und innerhalb derer Diskussionen zur Positionierung der Gesamtpartei stattfinden.

NEOS haben in den Bundesländern keine eigenständigen Landesparteien, sondern gehören jeweils der österreichweiten Gesamtpartei an. Für jedes Bundesland gibt es einen sogenannten Landessprecher, der die Koordination der Tätigkeiten im Bundesland übernimmt.

Programme

- Das Parteiprogramm der NEOS heißt „Pläne für ein neues Österreich“ mit den Schwerpunkten Bildung, Europa und direkte Demokratie.

→ 8. Grundsatzprogramme im Vergleich

8. Grundsatzprogramme im Vergleich

Die Grundsatzprogramme der einzelnen Parteien zu vergleichen, ist manchmal schwierig – zumeist werden dieselben Begriffe (Freiheit, ...) verwendet, aber Definition und Zugang zu diesen Begriffen sind verschieden. Daher: Die Programme und Werte der einzelnen Parteien lassen sich nicht auf Schlagworte reduzieren!

a) Volkspartei-Grundwerte

Das aktuelle Grundsatzprogramm 2015 wurde beim 37. außerordentlichen Parteitag am 12. Mai 2015 beschlossen. Die Volkspartei lebt die sieben Grundwerte Freiheit, Verantwortung, Nachhaltigkeit, Leistung, Solidarität, Subsidiarität und Gerechtigkeit. Jeder Mensch besitzt von Natur aus ein unauflösbares Recht auf Leben und freie Entfaltung. Der Anspruch auf menschliche Freiheit, individuelle Selbstbestimmung und gesellschaftliche Mitwirkung ist für die Volkspartei unveräußerlich und damit nicht verhandelbar. Die Achtung des Menschen und der Menschenwürde findet ihren Wiederhall nicht nur in den international anerkannten Menschenrechten, sie ist auch Fundament der österreichischen und europäischen Leitkultur und Ausgangspunkt des christdemokratischen politischen Denkens und Handelns.

Die Würde des Menschen ist in allen Phasen des Lebens unverletzlich und kommt jedem Menschen, unabhängig von Alter, Rasse, Geschlecht, Besonderheiten oder Fähigkeiten, von Umständen oder Situationen zu, da sie eine Konsequenz des Menschseins ist. Der Mensch ist in Gemeinschaften eingebunden, die für ihn Verantwortung tragen und für die er Verantwortung trägt. Die erste und wichtigste Gemeinschaft für Menschen ist die Familie. Wichtige Verantwortungsgemeinschaften für Menschen sind aber auch religiöse, kulturelle, soziale, politische und wirtschaftliche Gemeinschaften. Verantwortliches Handeln, kreative Gestaltungskraft und kritische Reflexion sind bestimmende Merkmale menschlichen Denkens und Handelns.

b) SPÖ-Grundwerte

Das Grundsatzprogramm der SPÖ stammt aus dem Jahr 2018. Schon in den ersten Zeilen des Grundsatzprogramms der SPÖ erkennt man die Unterschiede zum Parteiprogramm der Volkspartei. Steht im Grundsatzprogramm der Volkspartei von Beginn an der Mensch im Mittelpunkt, so ist die SPÖ „in ganz Europa mit einem mehr oder weniger erfolgreichen Abwehrkampf gegen die neoliberale Demontage des Sozialstaats sowie gegen die Aushöhlung der Demokratie beschäftigt.“ Die zugrunde liegende Einschätzung der Gesellschaft ist negativ: „Entgrenzte kapitalistische Systeme, die die Interessen der Menschen ignorieren, müssen überwunden werden; mit dem Ziel, ein soziales, inklusives und ökologisches Wirtschaftssystem der Zukunft zu schaffen.“

So unterschiedlich also die Ausgangsprämissen sind, so ähnlich erscheinen zunächst die Grundwerte von SPÖ und Volkspartei: Auch die SPÖ beansprucht die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität für sich. Dass die Freiheit, die die Volkspartei meint, jedoch nicht unbedingt die Freiheit ist, von der die SPÖ spricht, zeigt sich im Vergleich.

c) FPÖ-Grundwerte

Das Parteiprogramm der FPÖ unterscheidet sich insofern von denen der anderen Parteien, als es sehr konkrete Handlungsanleitungen für die Tagespolitik enthält. Diese für Parteiprogramme ungewöhnliche tagespolitische Aktualität hat mit der wechselvollen Geschichte und den innerparteilichen Grabenkämpfen der FPÖ zu tun. Die Abspaltungen des Liberalen Forums und des BZÖ sind die sichtbarsten Zeichen ständiger Flügelkämpfe in der FPÖ, vor allem zwischen dem nationalen und dem liberalen Lager. Je nachdem, welcher Flügel in der Partei die Oberhand hatte, wurde das Parteiprogramm schwerpunktmäßig verändert. Die Grundwerte der FPÖ sind Freiheit, Unantastbarkeit der Menschenwürde sowie Österreich und Heimat.

d) Grüne-Grundwerte

Das Parteiprogramm der Grünen stammt aus dem Jahr 2001. Dort beziehen sich die Grünen vor allem auf eine „solidarische Gesellschaft“. Das Hauptaugenmerk der Grünen liegt auf einer aktiven Umweltpolitik. Das Parteiprogramm der Grünen enthält, vor allem wenn es um gesellschafts- und sozialpolitische Fragen geht, einige Positionen, die inhaltlich sehr nahe der Sozialdemokratie liegen. Mit ihrem Eintreten für Quoten und positive Diskriminierung hebeln sie das Grundrecht der Vertragsfreiheit aus. Bezüglich der Verantwortung des Menschen für die Natur greifen die Grünen Positionen auf, die die Volkspartei bereits in den 1970er Jahren festgeschrieben hat. Folgende Grundwerte prägen die Grünen: ökologisches Denken, solidarisches Handeln, selbstbestimmtes Leben, Basisdemokratie, Gewaltfreiheit und Feminismus.

e) NEOS-Kernwerte

Die NEOS sehen sich als eine liberale Bürgerbewegung und sehen im Menschen den zu freiem und verantwortungsbewusstem Handeln befähigten Gestalter seiner eigenen Lebensverhältnisse. Die NEOS formulieren in ihrem Programm den Anspruch, Österreich zu verändern.

Die fünf NEOS Kernwerte: freiheitsliebend, wertschätzend, eigenverantwortlich, nachhaltig und authentisch.



Bücher
online bestellen
www.politische-akademie.at/buechershop

Unsere Publikationen im Buechershop

Die Herausgabe von Publikationen gehört zu den Aufgaben der Politischen Akademie. Monografien und Sammelbände behandeln unterschiedlichste politische Themen – von der jährlichen Dokumentation des politischen Jahres bis zur grundsätzlichen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen.



Jetzt reinhören!
Der Podcast „grundsatz“ ist auf Spotify, Apple Podcasts und allen anderen gängigen Plattformen zu finden!

„grundsatz“ der Podcast

Lasst uns über Werte reden. Dieses Ziel hat sich „grundsatz“, der Podcast der Politischen Akademie, gesetzt. Präsidentin Bettina Rausch und ihr Team wollen Politik grundsätzlich und abseits des politischen Tagesgeschäfts betrachten – und genau das macht auch dieser Podcast regelmäßig: tiefgründige Gespräche mit Expertinnen und Experten führen, immer von einem konkreten Anlass ausgehend. Und all jenen neue Einblicke geben, die sich für mehr als nur die Schlagzeilen interessieren.

www.politische-akademie.at/grundsatz



→ 9. Anhang:
Grundsatzprogramm 2015

Grundsatzprogramm 2015

I) Auf einen Blick: Unsere Grundsätze

**Der Staat ist für die Bürgerinnen und Bürger da.
*Und nicht umgekehrt.***

Wir treten für Freiheit und Eigenverantwortung der Einzelnen und für die Stärkung ihrer Rechte ein. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger als Teil einer verantwortungsvollen Bürgergesellschaft mehr über ihr Leben in ihrem Umfeld, in ihrem Bundesland, in Österreich und in Europa entscheiden können. Staatliches Handeln muss den Bürgerinnen und Bürgern dienen und größtmögliche Wahlfreiheit gewährleisten.

**Wir schreiben den Menschen nicht vor, wie sie zu leben haben.
*Wir bieten Orientierung.***

Wie Menschen ihr Leben gestalten und welche Lebensentwürfe sie verfolgen, liegt in ihrer freien Entscheidung. Als christdemokratische Partei wollen wir Orientierungen für ein gelingendes Leben und eine erfolgreiche Gesellschaft bieten. Familien mit Kindern sind — in ihren vielfältigen Formen — für die Zukunft der Gesellschaft unverzichtbar und daher unser Leitbild. Wir arbeiten für eine familienfreundliche Gesellschaft. Das Wohl der Kinder hat Vorrang vor allen anderen Interessen. Wir treten auch für die verantwortungsbewusste, aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am öffentlichen Leben ein.

**Wir sehen für jeden Menschen eine Aufgabe in unserer Gesellschaft.
*Und erwarten Respekt für unsere Gesellschaft und ihre Werte.***

Jede und jeder kann einen Beitrag für eine lebenswerte Gesellschaft leisten: in den Familien, im Beruf, in Vereinen und in anderem ehrenamtlichen Engagement. Wir wollen die Verantwortung für die Gemeinschaft

stärken, weil sie Voraussetzung für starke Demokratie, gegenseitigen Respekt und lebendige Solidarität im Land ist. Wer die in der Verfassung verankerten Werte der Gesellschaft und damit unsere Leitkultur grundsätzlich ablehnt, soll auch nicht von ihren Leistungen profitieren.

Wir sind die Partei der Ökosozialen Marktwirtschaft.

Weil es ohne unternehmerisches Denken und Leistung weder nachhaltigen Wohlstand noch soziale Sicherheit gibt.

Wirtschaftliche Leistungskraft, die von Arbeitnehmern und Unternehmern partnerschaftlich erarbeitet wird, ist das Fundament unseres Gesellschaftsmodells. Wir wollen sie fördern — und nicht bestrafen. Das Wirtschafts- und Sozialmodell der Ökosozialen Marktwirtschaft verbindet größtmögliche wirtschaftliche Freiheit und Leistung mit sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Unternehmerisches Denken und Handeln bringt uns in allen Bereichen der Gesellschaft weiter. Arbeit und Sparen müssen sich lohnen. Wir wollen sozialen Aufstieg, Chancengerechtigkeit und den Erwerb von Eigentum fördern. Eigentum ist der Schlüssel für Unabhängigkeit und Wirtschaftskraft. Unser Ziel ist ein starker und breiter Mittelstand in der Gesellschaft.

Wir denken und handeln als Österreichische Volkspartei europäisch.

Weil ein besseres Europa besser für Österreich ist.

Wir waren die treibende Kraft für den Österreichischen Staatsvertrag 1955 und für Österreichs Beitritt zur Europäischen Union 1995. Die Liebe zur Heimat Österreich und die Begeisterung für ein geeintes Europa sind keine Gegensätze. Wir wollen Europa verantwortungsbewusst weiterentwickeln und vertiefen, weil das auch besser für Österreich ist. Europa muss sich verstärkt mit den großen Aufgaben beschäftigen, für die Regionen und Staaten im globalen Wettbewerb zu klein sind. Ziel ist ein geeintes, demokratisches und sicheres Europa, das stark in der Welt ist.

II) Wer wir sind: Unser Menschenbild und Selbstverständnis

Unser Menschenbild

Grundlage unserer Politik ist das christlich-humanistische Menschenbild. Jeder Mensch besitzt von Natur aus ein unaufhebbares Recht auf Leben und freie Entfaltung. Der Anspruch auf menschliche Freiheit, individuelle Selbstbestimmung und gesellschaftliche Mitwirkung ist für uns unveräußerlich und damit unverhandelbar. Die Achtung des Menschen und der Menschenwürde findet ihren Widerhall nicht nur in den international anerkannten Menschenrechten, sie ist auch Fundament der österreichischen und europäischen Leitkultur und Ausgangspunkt unseres politischen Denkens und Handelns.

Die Würde des Menschen ist in allen Phasen des Lebens unverletzlich und kommt jedem Menschen unabhängig von Alter, Rasse, Geschlecht, Besonderheiten oder Fähigkeiten, von Umständen oder Situationen zu, da sie eine Konsequenz des Menschseins ist. Daher gibt es keinen Zustand, der einem Menschen seine Würde verleiht oder ihn dieser beraubt. Der Mensch ist in Gemeinschaften eingebunden, die für ihn Verantwortung tragen und für die er Verantwortung trägt. Die erste und wichtigste Gemeinschaft für Menschen ist die Familie. Wichtige Verantwortungsgemeinschaften für Menschen sind aber auch religiöse, kulturelle, soziale, politische und wirtschaftliche Gemeinschaften. Verantwortliches Handeln, kreative Gestaltungskraft und kritische Reflexion sind bestimmende Merkmale menschlichen Denkens und Handelns.

Aus unserem Menschenbild leiten wir die Kernwerte unseres politischen Denkens und Handelns ab: Freiheit, Verantwortung, Nachhaltigkeit, Leistung, Solidarität, Subsidiarität und Gerechtigkeit. Wir bieten Orientierung für ein gelingendes Leben und eine erfolgreiche Gesellschaft.

Wir sind uns dessen bewusst, dass die Unvollkommenheit des Menschen sowie die Begrenztheit seiner Planungs- und Gestaltungsfähigkeit auch der Politik Grenzen setzen. Auch aus diesem Grund haben ideologischer Extremismus und ein totalitäres Politikverständnis keinen Platz in der Volkspartei.

Freiheit

Jeder Mensch ist eine freie und deshalb auch für sein Handeln verantwortliche Person. Freiheit bedeutet Selbstbestimmung, die sich auf das Gewissen und die Vernunft jedes Einzelnen stützt. Freiheit entfaltet sich in Gemeinschaft: Die Freiheit des einen endet dort, wo die Freiheit des anderen beginnt. Die wichtigste Aufgabe des liberalen Rechtsstaates ist es, die Freiheit des Menschen zu schützen. Wir treten gegen jede Form staatlicher Bevormundung und für den konsequenten Schutz privaten Eigentums als Ausdruck persönlicher Freiheit ein. Freiheits- und Eigentumsrechte sowie die Privatsphäre müssen auch angesichts technologischer Entwicklungen gesichert und weiterentwickelt werden.

Verantwortung

Es gibt keine Freiheit ohne Verantwortung. Durch seine Freiheit ist der Mensch für sich und für die Gemeinschaft verantwortlich. Die Herausforderungen der Zukunft sind nur dann lösbar, wenn wir Verantwortung im Privatleben, im Beruf, in Gesellschaft und Politik ernst nehmen. Wir treten für eine aktive Bürgergesellschaft ein, die Verantwortung nicht abgibt, sondern wahrnimmt. Soziales Verantwortungsbewusstsein sowie Gestaltungs- und Veränderungsbereitschaft gehen Hand in Hand. Wir vertrauen zuallererst auf die Fähigkeiten der Menschen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln.

Nachhaltigkeit

Unser Verständnis von Verantwortung für die Schöpfung reicht über die Gegenwart hinaus. Wir bekennen uns mit dem Wert der Nachhaltigkeit zur Verantwortung für die Umwelt sowie die Zukunftschancen der künftigen Generationen. Nachhaltigkeit steht für Denken und Handeln, das Bedürfnisse der Gegenwart deckt, ohne dadurch künftige Entwicklungschancen zu schmälern. Wir setzen uns in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik für zukunftsverträgliche Entwicklungen ein. Die Politik soll den Anforderungen und Bedürfnissen der nächsten Generation entsprechen. Der nachhaltige Umgang mit der Natur und eine erfolgreiche wirt-

schaftliche Entwicklung sind keine Gegensätze, sie bedingen einander. Eine Politik des geprüften Fortschritts ist gerade mit Blick auf den Nachhaltigkeitsgedanken wichtig: Neues muss in der Gesellschaft die Chance bekommen, sich auch unter dem Nachhaltigkeitsaspekt zu bewähren. Im Sinn der Wahrung der Schöpfung ist uns auch der Schutz der Tiere ein Anliegen.

Leistung

Leistung ist selbstverständlicher Teil persönlicher Entfaltung und Kreativität. Leistung wird in vielfältigen Zusammenhängen erbracht: in den Familien, in Bildung und Beruf, im Wirtschafts- und Arbeitsleben, in Vereinen, im Ehrenamt. Die Leistungs- und Entwicklungsbereitschaft des einzelnen Menschen ermöglicht und erhöht die Gestaltungs- und Zukunftsfähigkeit der Gemeinschaft. Deshalb fördern wir Fleiß und Leistungswillen und die Bereitschaft zum unternehmerischen Risiko. Unternehmerisches Denken und Handeln im Sinn des „ehrbaren Kaufmanns“ soll in allen gesellschaftlichen Bereichen Leitbild sein: Nachhaltig denken und handeln, den anderen respektvoll zu behandeln und Verantwortung für das eigene Tun zu übernehmen sind allgemein gültige Prinzipien. Leistung muss sich lohnen und darf nicht bestraft werden. Wer Leistung nicht oder nicht mehr erbringen kann, hat Anspruch auf Hilfe der Solidargemeinschaft.

Solidarität

Der Wert der Solidarität fußt auf dem Wissen um unsere gegenseitige Abhängigkeit als Menschen und findet im christlichen Grundsatz der Nächstenliebe seinen besonderen Ausdruck. Wir sehen für jeden Menschen, unabhängig von seiner Leistungsfähigkeit, eine Aufgabe und einen Platz in der Gesellschaft. Wer die Hilfe der Gemeinschaft braucht, soll sie auch bekommen. Solidarität ist keine ausschließlich staatliche Aufgabe. Eigenvorsorge und staatlich verbürgte Solidarität müssen im Gleichgewicht sein. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Uns ist nicht nur die Solidarität mit jenen wichtig, die soziale Leistungen in Anspruch nehmen müssen, sondern auch mit jenen, die soziale Leistungen finanzieren und

erbringen. Der Einzelne darf von der Gemeinschaft nur das fordern, was er aus eigener Kraft nicht leisten kann. Wir lehnen eine Trittbrettfahrer-Mentalität in allen Bereichen ab. Wer sich gegen die in der Verfassung verankerten Werte der Gesellschaft grundsätzlich stellt, soll auch nicht von ihren daraus abgeleiteten solidarischen Leistungen profitieren.

Subsidiarität

Subsidiarität bedeutet Vorrang für Eigenverantwortung und die kleinere Einheit. Die Einzelnen und kleine Gemeinschaften sollen befähigt werden, ihre Aufgaben möglichst eigenverantwortlich zu lösen. Größere Einheiten sollen jene Aufgaben und Kompetenzen übernehmen, die nur von ihnen zu bewältigen sind. Subsidiarität fördert lebensnahe Lösungen und entlastet übergeordnete Gemeinschaften und den Staat. Dem Subsidiaritätsprinzip soll daher die Aufgabenteilung zwischen lokaler, regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene folgen. Daher treten wir für selbständige Länder und leistungsfähige Gemeinden ein. Subsidiarität ist ein Schlüsselwert im gemeinsamen Europa. Sie ist auch Garant gegen zentralistische Tendenzen in der Europäischen Union.

Gerechtigkeit

Basis der Gerechtigkeit ist die Gleichheit der Menschen in ihrer Würde und Freiheit. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und müssen den gleichen Zugang zum Recht besitzen. Ungleich sind die Menschen in ihren Anlagen, Fähigkeiten, Begabungen und Interessen. Das ist Ausdruck der Einmaligkeit und Individualität des Menschen. Die große Herausforderung liegt für uns darin, Chancengerechtigkeit für alle Menschen zu fördern. Wir versprechen nicht gleiche Ergebnisse, sondern arbeiten für gerechte Chancen. Wir treten für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf allen Ebenen ein.

Unser Selbstverständnis

Wir verstehen uns als moderne christdemokratisch geprägte Volkspartei. Wir haben christlich-soziale, konservative und liberale Wurzeln. Aus ihrer ideengeschichtlichen Relevanz und Vielfalt leiten wir den Anspruch ab, erfolgreiche Politik für eine pluralistische Gesellschaft entwickeln und gestalten zu können.

Wir sind und ergreifen Partei für Bürgerinnen und Bürger. Wir verstehen Politik als Dienstleistung, die bestmögliche Rahmenbedingungen für Entwicklungschancen, Wahlfreiheit und Verwirklichung von Lebensentwürfen schaffen soll. Staat und Politik müssen für die Menschen da sein – und nicht umgekehrt. Als Partei, die in Österreichs Gemeinden stark verankert ist, arbeiten wir seit jeher nah am Bürger. Wir leben Bürgernähe auf allen Ebenen.

Wir sind die Partei der modernen Demokratie. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger als Teil einer verantwortungsvollen Bürgergesellschaft mehr über ihr Leben in ihrem Umfeld, in ihrem Bundesland, in Österreich und in Europa entscheiden können. Deshalb wollen wir das bewährte System der repräsentativen Demokratie um moderne Mitbestimmungs- und Partizipationsformen ergänzen sowie politische Bildung und ehrenamtliches Engagement fördern.

Wir sind die Partei der politischen und gesellschaftlichen Mitte. Wir stehen für eine politische Kultur der Mäßigung und Vernunft. Wir lehnen jede Form von Extremismus ab. Unser Ziel ist eine möglichst starke politische und gesellschaftliche Mitte in Österreich. Das ist die beste Grundlage für eine stabile, zukunftsfähige Entwicklung Österreichs.

Wir sind die Partei des unternehmerischen Denkens und Handelns. Wir sind davon überzeugt, dass dies in allen Bereichen unserer Gesellschaft bessere Problemlösungen, eine effizientere Verwendung von Ressourcen und damit mehr Handlungsspielräume bringt. Arbeit und Sparen sichern die Zukunft und müssen sich für Arbeitnehmer und Selbständige lohnen. Wir wollen sozialen Aufstieg, Chancengerechtigkeit und den Erwerb von Eigentum fördern. Nur eine starke Wirtschaft ist Grundlage für Arbeit und soziale Sicherheit.

Wir sind als Volkspartei eine soziale Integrationspartei. Wir bündeln unterschiedliche Interessen und Anliegen in der Gesellschaft und setzen uns für einen fairen Ausgleich im Interesse des Gemeinwohls ein. In diesem Sinn wollen wir auch unsere Teilorganisationen sowie andere Formen der politischen Mitwirkung gezielt weiterentwickeln.

Wir stehen als Partei der Ökosozialen Marktwirtschaft für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Sozialordnung. Die Ökosoziale Marktwirtschaft setzt den richtigen Rahmen und die richtigen Anreize, um Innovationskraft, Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit mit einer nachhaltigen, klima- und umweltschonenden Entwicklung zu vereinbaren. Wir vertreten die Ökosoziale Marktwirtschaft offensiv als wegweisendes politisches Leitbild für Europa und die Welt.

Wir sind Österreichs Familienpartei. Das Wohl der Kinder hat Vorrang vor allen anderen Interessen. Unser Leitbild sind Familien mit Kindern (Vater, Mutter, Kind) als Grundlage und Kern der Gesellschaft, wo Generationen füreinander Sorge tragen. Wir schreiben den Menschen aber nicht vor, wie sie zu leben haben. Daher respektieren und anerkennen wir auch andere Formen des Zusammenlebens, in denen Verantwortung und Sorge füreinander getragen wird und die einen Beitrag zu einer stabilen und verantwortungsbewussten Gesellschaft leisten – wie Patchwork-Familien, Alleinerziehende, gleichgeschlechtliche Partnerschaften und andere.

Wir verstehen uns aus Verantwortung gegenüber heutigen und künftigen Generationen heraus als Reform- und Modernisierungspartei. Die rechtzeitige, berechenbare Weiterentwicklung und Anpassung staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen an veränderte Gegebenheiten ist kein Selbstzweck. Wir verändern aus Verantwortung, um Gutes und Wichtiges für alle Generationen zu bewahren. Das entspricht auch unserem Verständnis von Gerechtigkeit.

Wir sind die Partei, welche die Chancen der digitalen Welt für Österreich aktiv gestalten will. Es gibt keinen Gegensatz zwischen „realer“ und „digitaler“ Welt. Die Digitalisierung ist eine weitere Dimension des modernen Lebens. Sie ist der Innovationsmotor unserer Zeit. Die digitale Durchdringung aller Lebensbereiche steht erst am Anfang. Sie bedeutet

für Gesellschaft, Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik grundlegend neue Herausforderungen. Wir stellen die einzigartigen Chancen der Digitalisierung für wirtschaftlich nachhaltiges Wachstum, Lebensqualität und menschliche Entwicklung in den Mittelpunkt unserer Politik. Österreich soll nicht Zuschauer, sondern Akteur der digitalen Welt sein. Bürgerinnen und Bürger sollen kompetente Gestalter der digitalen Welt sein. Wir setzen uns dafür ein, dass grundlegende Regeln und Werte der Gesellschaftsordnung, wie Freiheit, Verantwortung, Sicherheit und Eigentum, auch in der digitalen Welt gelten.

Wir bekennen uns als Österreich-Partei zu einer Politik für Stadt und Land. Städtische und ländliche Regionen sind für uns gleichermaßen Heimat, Orte von Identität und Zukunft, von Werten und neuen Wegen. Wir treten für den partnerschaftlichen Ausgleich der Interessen von städtischen und ländlichen Räumen ein.

Wir sind Österreichs Europapartei. Als treibende Kraft für den Österreichischen Staatsvertrag 1955 und für Österreichs Beitritt zur Europäischen Union 1995 wissen wir, dass ein geeintes Europa die beste Zukunftsversicherung für Frieden, Stabilität und Wohlstand in Österreich ist. Mit all unserer europapolitischen Kompetenz und Kraft arbeiten wir für ein demokratisches, verantwortungsvolles und sicheres Europa, das stark in der Welt ist.

Wir sind offen für alle Menschen, die sich auf Basis christlicher oder anderer Wertequellen zu unserem Menschenbild und unseren Werten bekennen. Es kommt nicht darauf an, woher jemand kommt, sondern darauf, wofür ein Mensch eintritt und arbeitet. Wir wollen die Chancen der Vielfalt bestmöglich für Österreich nützen. Wir laden Bürgerinnen und Bürger ein, gemeinsam Verantwortung für unser Land, seine Menschen und seine Zukunft zu übernehmen. Denn wir sind die Volkspartei.

III) Was wir wollen: Unsere Ziele und Anliegen

Demokratie und Staat: Mehr Partizipation, weniger Bürokratie

Wir bekennen uns zur parlamentarischen Demokratie und zum konstruktiven Wettbewerb der politischen Parteien zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen. Politische Parteien sind unverzichtbare Elemente der repräsentativen Demokratie, von denen die Bürgerinnen und Bürger Sachverstand, Lösungsorientierung und Konstruktivität erwarten.

Wir wollen unsere demokratische Kultur weiterentwickeln, um mehr Menschen die Möglichkeit zu geben, Verantwortung für das politische Geschehen zu tragen. Neben einer Stärkung der direkten Demokratie insbesondere bei lokalen Entscheidungen sprechen wir uns auch für den Einsatz moderner Partizipationsverfahren unter Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien aus.

Wir sehen im Ehrenamt einen wichtigen Ausdruck politischen und gesellschaftlichen Engagements. Das Ehrenamt dient der Entfaltung des Einzelnen und dem Gemeinwohl. Freiwilligenarbeit soll zeitgemäß gefördert und unterstützt, aber nicht überreguliert werden.

Wir bekennen uns zur Verantwortung der gewählten Abgeordneten gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern. Das Wahlrecht soll den Bürgerinnen und Bürgern mehr Möglichkeiten geben, Kandidatinnen und Kandidaten direkt zu unterstützen. Wir sprechen uns für ein Wahlrecht aus, das klare Regierungsverhältnisse unterstützt, aber auch die demokratischen Rechte der Opposition sichert.

Wir bekennen uns vorbehaltlos zum modernen Rechtsstaat, der den Bürgerinnen und Bürgern Schutz gibt und ihre Chancen sichert. Der demokratische Rechtsstaat muss im Sinn einer wehrhaften Demokratie verlässlich die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten, sie vor inneren und äußeren Gefahren bewahren sowie Minderheiten, Volksgruppen und die Erhaltung der Lebensgrundlagen schützen. Die in Österreich anerkannten, alteingesessenen Volksgruppen bereichern

unsere Kultur und verdienen besonderen Schutz sowie entsprechende Förderung.

Wir vertreten und verteidigen die Werthaltungen und Prinzipien unseres Rechtsstaates aktiv und fördern rechtsstaatliches Bewusstsein. Die staatlich verankerten Rechte und Pflichten gelten ausnahmslos für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Dies ist auch im Bildungssystem zu verankern.

Wir wollen ein Staatswesen, das im Dienst der Menschen schlank und leistungsfähig ist. Zu viel Bürokratie bedeutet zu wenig Freiheit. Die zu hohen bürokratischen Lasten müssen für Menschen und Unternehmen auf ein notwendiges Mindestmaß verringert werden. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass mit ihrem Steuergeld sparsam und effizient umgegangen wird. Eine automatische Auslaufklausel für Gesetze und Verordnungen (Sunset-Legislation) soll beschlossene Maßnahmen kontinuierlich auf ihre Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit überprüfen. Wo – insbesondere wirtschaftliche – Leistungen besser durch Private erbracht werden, setzen wir uns für die Privatisierung staatlicher Unternehmungen ein, die nicht der Daseinsvorsorge dienen. Die Gewährleistung von Leistungen durch den Staat bedeutet nicht, dass er diese selbst erbringen muss. Staatliches Handeln soll durch ein Höchstmaß an Transparenz gekennzeichnet sein. Der Ausbau digitaler Dienste soll bestmögliche Service-Qualität staatlicher Leistungen unterstützen. Eine moderne, leistungsfähige Verwaltung fördert bürgernahe, kompetente und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wir vertreten einen modernen Föderalismus. Unser Ziel ist eine effiziente Aufgabenteilung zwischen den unterschiedlichen staatlichen Ebenen. Deshalb setzen wir uns für eine zeitgemäße Neuordnung der staatlichen Aufgaben und Kompetenzen unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips sowie für transparente Finanzflüsse ein. Starke, leistungsfähige Länder und Gemeinden sind entscheidend für bürgernahe staatliches Handeln.

Wir fordern und fördern eine unabhängige, vielfältige und qualitativ hochwertige Medienlandschaft in Österreich. Freie Meinungsäußerung und freie Medien sind Voraussetzungen für eine lebendige

Demokratie und die Stärkung österreichischer Identität in einer durch Markt- und Machtkonzentration gekennzeichneten internationalen Medienwelt. Wir bekennen uns zur zielgerichteten, qualitätsorientierten Medienförderung, zur Idee des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und zu dessen fairem Miteinander mit privaten Medien in den unterschiedlichen Mediengattungen.

Wir setzen uns für eine moderne Netz- und Datenpolitik ein. Unser Ziel ist es, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, ihre informationelle Selbstbestimmung und Privatsphäre sowie die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Alle Generationen sollen von den digitalen Möglichkeiten profitieren können. Netz- und Datenpolitik sollen auf Basis einer bürgergesellschaftlich erarbeiteten Vision für ein digitales Österreich gestaltet werden. Die Bekämpfung von Cyberkriminalität erfordert staatliches Handeln und Prävention durch die Nutzerinnen und Nutzer.

Wir setzen uns für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als Voraussetzung für gelebte Freiheit ein. Wir bekennen uns zum Gewaltmonopol des Staates und zu einer starken Exekutive. Gewaltanwendung und Kriminalität sind mit allen Mitteln des Rechtsstaates konsequent und wirkungsvoll zu bekämpfen.

Wir bekennen uns zu einer unabhängigen Justiz. Der Weg zum Recht muss für die Bürgerinnen und Bürger rasch und einfach möglich sein. Rechtsverletzungen und Strafen sollen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.

Wir treten für die allgemeine Wehrpflicht und ein leistungsfähiges Bundesheer mit Miliz-Charakter ein. Die personelle und materielle Ausstattung des Bundesheeres muss die Erfüllung klarer Aufgaben in den Bereichen äußere Sicherheit, friedenserhaltende Maßnahmen und Katastrophenschutz ermöglichen. Wir anerkennen die große Bedeutung des Zivildienstes für Österreich. Unsere Zivildienstler leisten wertvolle Arbeit für unser Land und seine Menschen.

Wir anerkennen die Bedeutung von Kirchen und Religionsgemeinschaften für Sinnstiftung und die Sehnsucht nach Transzendenz sowie für Bildung und karitatives Engagement. Der moderne, säkulare

Staat lebt von Werthaltungen und ideellen Ressourcen, die er nicht selbst hervorbringen kann: Kirchen und Religionsgemeinschaften können in diesem Sinn wichtige Beiträge leisten. Alle Aktivitäten der Kirchen und Religionsgemeinschaften haben im Rahmen von Verfassung, Gesetzen und Verträgen zu erfolgen. Religionen, die Staat und Menschenrechte nicht anerkennen oder zu Gewalt aufrufen, treten wir konsequent entgegen. Religiöse Bildung soll auch in der Schule erfolgen. Wir bekennen uns zum konfessionellen Religionsunterricht. Kinder und Jugendliche, die den Religionsunterricht nicht besuchen, sollen verpflichtend an einem Ethik-Unterricht teilnehmen.

Ökosoziale Marktwirtschaft: Wohlstand und Zukunft für alle

Wir bekennen uns dazu, dass das Maß des Wirtschaftens stets der Mensch sein muss. Die Wirtschaft soll dem Menschen dienen, nicht umgekehrt.

Wir wollen für die Zukunft wirtschaften und nicht auf ihre Kosten. Unser Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft sehen wir als ordnungspolitisch richtige Antwort auf wirtschaftliche, soziale und ökologische Herausforderungen. Anreize im Sinn einer innovativen Ökosozialen Marktwirtschaft ermöglichen die notwendige Balance zwischen leistungsfähiger Wirtschaft, gesellschaftlicher Solidarität und ökologischer Nachhaltigkeit. Das ist die Grundlage für breiten Wohlstand, soziale Sicherheit und eine lebenswerte Umwelt.

Wir wollen die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich mit seinem starken industriellen Kern verbessern. Die Chancen der Globalisierung zu nutzen, ist erfolgsscheidend für Wachstum und Arbeit im Land. Dies erfordert bestmögliche Bedingungen in Bildung, Aus- und Weiterbildung, Forschung, Entwicklung und Innovation sowie mehr Unternehmergeist, ein leistungsfreundliches Steuersystem und die Beseitigung unnötiger bürokratischer Hürden. Als kleine Volkswirtschaft müssen wir unsere großen Chancen im Export gezielt weiterentwickeln.

Wir stärken mit unserer Wirtschaftspolitik alle Unternehmen. Ein-Personen-Unternehmen, Klein- und Mittelbetriebe, industrielle Leitbetriebe: Für uns ist die Wirtschaft unteilbar. Der unternehmerische Mittelstand ist die wichtigste Säule des Wirtschafts- und Arbeitsstandortes Österreich. Er muss in seinen unverzichtbaren Leistungen für Wachstum und Beschäftigung tatkräftig unterstützt werden.

Wir verstehen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht als Gegner, sondern als wirtschaftliche Erfolgsgemeinschaft. Ein modernes Arbeitsrecht, mehr Flexibilität und neue Formen der Mitarbeiterbeteiligung fördern den gemeinsamen Erfolg von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Wir vertrauen insbesondere der betrieblichen Sozialpartnerschaft, die besten Lösungen für den gemeinsamen wirtschaftlichen Erfolg zu entwickeln. Die überbetriebliche Sozialpartnerschaft und auch die Sozialpartner der Generationen sorgen für verlässliche Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherheit in Österreich.

Wir wollen die Potenziale des urbanen Raums in Österreich besser nützen. Städte sind wichtige Chancenräume für Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wollen die Leistungskraft unserer Städte für Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität aktivieren. So sollen Städte eine Schlüsselrolle für eine innovative Gründer-Kultur in der Wissensgesellschaft spielen. Leistbares Wohnen, gesunde Umwelt und eine ausgewogene Verkehrspolitik sind wichtige Anliegen unserer Stadtpolitik.

Wir stärken mit einer nachhaltigen Agrarpolitik den Bauernstand. Ein Fundament des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in unserem Land sind freie und unabhängige Bäuerinnen und Bauern. Wir unterstützen eine flächendeckende Land- und Forstwirtschaft als Rückgrat wirtschaftlich erfolgreicher Regionen.

Wir sehen den ländlichen Raum als wichtigen Lebens- und Wirtschaftsraum für Österreich. Wir wollen den Markt für regionale Produkte aus Österreich mobilisieren und die Wachstums- und Arbeitsmarktchancen im ländlichen Raum stärken. Der Erfolg der österreichischen Wirtschaft wird gerade auch durch die Leistungen der regionalen Betriebe ermöglicht. Der Erhalt moderner und zukunftsorientierter Betriebe in den Regionen ist für uns unverzichtbar. Die Dorferneuerung

und die Förderung der Dorfkultur unterstützen gemeinsam mit einem starken Bildungswesen im ländlichen Raum die Entfaltung unserer Regionen.

Wir wollen eine leistungsfähige Infrastruktur für Österreich. Diese reicht von der Mobilität (Straße, Schiene, Wasser, Luft) über Informations- und Kommunikationstechnologien bis zur Energie. Bei der Energieinfrastruktur legen wir nicht nur auf Versorgungssicherheit Wert. Wir wollen auch die Chancen der Energiewende für Österreich nutzen. Investitionen in Umwelttechnologien und erneuerbare Energien stärken den Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb. Beim Infrastrukturausbau muss auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in städtischen und ländlichen Gebieten geachtet werden.

Wir arbeiten daran, dass Österreichs Wirtschaft den digitalen Strukturwandel aktiv mitgestaltet. Die Digitalisierung ermöglicht neue Wertschöpfungsketten und die vollständige Vernetzung unserer Wirtschaft – vom Kleinunternehmen bis hin zum Industriebetrieb – mit globalen Wirtschaftsräumen. Dafür sind laufend die notwendigen infrastrukturellen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu erarbeiten.

Wir setzen uns dafür ein, dass Österreich seine Position als bedeutendes Tourismusland weiterentwickelt. Qualität soll Vorrang vor Quantität haben. Österreichs Natur- und Kulturschätze müssen auch mit Blick auf den Tourismus für die Zukunft geschützt und bewahrt werden.

Wir wollen sicherstellen, dass Österreich künftig die Fachkräfte hat, die wir für unseren wirtschaftlichen und sozialen Erfolg brauchen. Die duale Ausbildung ist ein internationales Erfolgsmodell. Sie soll zielgerichtet weiterentwickelt werden. Um den stark steigenden Fachkräftebedarf zu befriedigen, braucht es auch wirksame Anreize, damit sich internationale Fach- und Spitzenkräfte in Österreich niederlassen.

Wir wollen Österreich zum innovation leader in Europa machen. Innovationskraft ist die beste Zukunftsversicherung. Große und kleine Unternehmen sollen mit innovativen Produkten und Dienstleistungen erfolgreich sein. Innovationskraft, Wirtschaftswachstum und die Stei-

gerung der Lebensqualität der Menschen sind für uns untrennbar verbunden.

Wir treten für eine nachhaltige steuerliche Entlastung der Menschen und der Unternehmen ein. Privatinitiative, Leistungsorientierung und Investitionsfreude dürfen nicht durch eine zu hohe steuerliche Belastung gemindert werden. Das Steuersystem soll einfach, transparent und gerecht gestaltet sein. Eine ökosoziale Steuerpolitik entlastet Arbeit und fördert einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen.

Wir setzen uns dafür ein, die Neuverschuldung nachhaltig zu stoppen und den Schuldenstand unseres Landes abzubauen. Zu hohe Staatsschulden schränken die Handlungsfähigkeit des Staates ein. Sie belasten nachfolgende Generationen und schaden dem Wirtschafts- und Arbeitsstandort. Einsparungen des Staates haben grundsätzlich Vorrang vor der Erschließung neuer Einnahmen.

Wir wollen den Erwerb von Eigentum in Österreich fördern. Eigentum macht die Bürgerinnen und Bürger unabhängig und erhöht ihre Handlungsspielräume. Der Schutz der Privatautonomie ist uns wichtig. Wir bauen wirtschaftliche Zukunft nicht auf Schulden, sondern auf Eigentum. Der Eigentumsaufbau von Arbeitnehmern, Unternehmern und Landwirten ist uns ein wichtiges Anliegen.

Gesellschaft und Generationen: Für Wahlfreiheit und Chancengerechtigkeit

Wir stehen für eine Gesellschaftsordnung, die dem Einzelnen bestmögliche Entfaltung durch ein Höchstmaß an Wahlfreiheit ermöglicht. Wie Menschen ihr Leben gestalten und welche Lebensentwürfe sie verfolgen, muss in ihrer freien Entscheidung liegen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen im Sinne des Gemeinwohls soziale Aufgaben und Lasten gemeinsam tragen und gerecht aufteilen. Dies erfolgt im Rahmen staatlich verbürgter Solidarsysteme, aber auch durch das ergänzende Engagement gesellschaftlicher Initiativen. Das ist für uns auch Ausdruck einer freien, verantwortungsbe-

wussten Bürgergesellschaft. Die Sicherung von Generationenvertrag und Generationensolidarität ist uns ein besonders wichtiges Anliegen.

Wir sehen für jeden Menschen eine Aufgabe. Jeder und jede kann einen Beitrag für eine lebenswerte Gesellschaft leisten: in der Familie, in der Nachbarschaft, im Beruf, im Verein und in anderem ehrenamtlichen Engagement. Wir wollen die Verantwortung für die Gemeinschaft stärken, weil dies Voraussetzung für starke Demokratie, gegenseitigen Respekt und lebendige Solidarität in unserem Land ist. Die Förderung der Freiwilligentätigkeit ist uns deshalb ein besonderes Anliegen. Unser Land lebt in vielen Bereichen – wie Sport, Soziales, Kultur, Politik – davon, dass Menschen mehr tun, als sie müssen. Um das im internationalen Vergleich hohe ehrenamtliche Engagement aufrechtzuerhalten, wollen wir die Vereinskultur in Österreich stärken, neue Formen der Freiwilligenarbeit unterstützen und neue Zielgruppen für ehrenamtliches Engagement gewinnen.

Wir berücksichtigen den gesellschaftlichen Wandel in unserer Politik. Als wesentliche Treiber von gesellschaftlichen Veränderungen sehen wir Demografie, Migration, neue Lebensbedingungen und Lebensstile, technischen Wandel, Digitalisierung und den internationalen Wettbewerb von Gesellschafts- und Wirtschaftsmodellen. Diese Veränderungen stellen Herausforderungen insbesondere an die Wirtschafts- und Arbeitswelt und an die Finanzierung des Sozial- und Wohlfahrtsstaates. Wir wollen neue Wege gehen, um Richtiges und Wichtiges für unsere Gesellschaft zu sichern.

Wir stehen für ein gleichberechtigtes, partnerschaftliches Miteinander von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen. Dies reicht von der Familie und den damit verbundenen Erziehungs- und Betreuungsleistungen, über die Arbeitswelt bis hin zur Politik. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist für uns selbstverständlich. Sie darf kein Schlagwort bleiben und auch nicht durch kulturelle oder religiöse Vorstellungen in Frage gestellt werden. Wir stehen für gleiche Entlohnung bei gleichwertiger Arbeit und für die Selbstbestimmung von Frauen im Beruf, in der Familie und in der Gesellschaft. Wir setzen uns aktiv für die gleichberechtigte Vertretung von Frauen in der Politik ein und fördern ihr Engagement.

Wir anerkennen und schätzen die unersetzbaren Aufgaben der Familien für den Einzelnen und für die Gesellschaft. Die Familie ist der erste Ort für Sozialisation und Erziehung: In der Familie werden Individualität, Gemeinsinn und Werthaltungen vermittelt. Von diesen Voraussetzungen leben Gesellschaft und Demokratie. Wir setzen uns für eine familienfreundliche Gesellschaft ein, in der die Bedürfnisse der Familien Gestaltungsprinzip der relevanten Politikbereiche sind. Wir wollen Mütter und Väter mit Kindern bestmöglich unterstützen. Deshalb treten wir für die Entlastung der Familien ein. Es soll Wahlfreiheit für Familien geben, wie sie Kinder betreuen und wie sie Familie und Beruf vereinbaren. Die Kinderbetreuung innerhalb der Familie darf gegenüber der institutionellen Kinderbetreuung nicht schlechter gestellt werden. Wir setzen uns für qualitativ hochwertige, bedarfsorientierte Kinderbetreuung ein.

Wir bekennen uns uneingeschränkt zum Wohl des Kindes und zu den Kinderrechten. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt, aber auch ihre Versorgung mit Wohn- und Lebensraum, Bildung oder Betreuung sind uns zentrale Anliegen. Kinder brauchen Geborgenheit und Orientierung an Werten, die ihnen in erster Linie von Müttern und Vätern vermittelt werden. Eltern sollen bestmöglich dabei unterstützt werden, ihre Verantwortung für Kinder wahrzunehmen.

Wir stehen für eine kinder- und jugendfreundliche Politik, die Maß an den Zukunftsaussichten der jungen Menschen nimmt. Wir wollen ihnen keine Schuldenberge hinterlassen, sondern neue Chancen eröffnen. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Chancengerechtigkeit ist zentrales Ziel in Bildung und Beruf. Mit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre haben wir einen wichtigen Schritt gesetzt, um die Mitbestimmung junger Menschen in der Gesellschaft zu verbessern. Ein eigenes Unterrichtsfach „Politische Bildung“ an den Schulen soll junge Menschen dabei unterstützen, ihren Beitrag zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaft zu leisten. Nur eine Politik, die auch die Interessen der Kinder und Jugendlichen miteinbezieht, ist wirklich zukunftsfähig.

Wir sehen im Zusammenwirken der Generationen in Familien und in der Gesellschaft eine besondere Qualität des Zusammenlebens. Dabei spielen die Leistungen von Frauen für Familienarbeit, Pflege und Freiwilligentätigkeit eine Schlüsselrolle. Wir sehen in dem wachsenden

Anteil der älteren Menschen keine Bedrohung, sondern eine Chance. Der Platz älterer Menschen ist in der Mitte unserer Gesellschaft und nicht an ihrem Rand. Ein modernes Bild des Alterns stellt ältere Menschen mit ihren Fähigkeiten in den Mittelpunkt. Die steigende Lebenserwartung sehen wir als Chance auf Selbstentfaltung im Alter, von welcher der Einzelne und die ganze Gesellschaft profitieren sollen. Ältere Menschen sollen in unserer Gesellschaft Schutz, Sinn und Lebenserfüllung finden. Menschen aller Altersstufen sollen die Chancen der digitalen Welt und alle Möglichkeiten der Weiterbildung nutzen können.

Wir bekennen uns zur Würde des Menschen unabhängig von Leistung, Alter und Gesundheitszustand. Menschen mit Behinderung sind selbstverständliche und gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft. Wir wollen bestmögliche Rahmenbedingungen schaffen, damit sie ein selbstbestimmtes Leben führen können. Dazu gehören insbesondere die Barrierefreiheit und ein Bildungssystem, das ihnen gleichberechtigte Chancen in der Gesellschaft und der Arbeitswelt eröffnet. Sie sollen in allen Bereichen des Lebens teilhaben können. Wir wollen keine Gesellschaft, die Menschen mit Behinderung verdrängt, diskriminiert, ausschließt oder selektiert.

Wir setzen uns für eine Zuwanderungspolitik ein, die sich an den Bedürfnissen unseres Landes orientiert. Zur Sicherung unseres Wirtschafts- und Sozialmodells braucht Österreich qualifizierte Zuwanderung. Sie soll auf Basis eines transparenten Kriteriensystems gemäß den wirtschaftlichen Bedürfnissen unseres Landes erfolgen. Mit der Rot-Weiß-Rot-Karte haben wir dafür eine Grundlage geschaffen.

Wir treten für eine wirksame Integrationspolitik ein, die sich an den Werthaltungen unseres Landes orientiert. Wir anerkennen den Beitrag von bereits zugewanderten Menschen für Österreich. Es geht nicht darum, woher jemand kommt, sondern darum, was jemand in und für Österreich zu leisten bereit ist. Die möglichst rasche und zielgerichtete Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern verbessert ihre Lebenschancen und nützt ganz Österreich.

Wir fördern Toleranz und gegenseitigen Respekt. Das Leben in einer vielfältiger gewordenen Gesellschaft erfordert Toleranz gegenüber

anderen Lebenszielen und kulturellen Ausdrucksformen. Maßstab der Toleranz sind die Menschenrechte. Unsere Toleranz lässt daher Verstöße gegen Humanität und Menschenrechte nicht zu, sondern tritt ihnen entschieden entgegen. Das unterscheidet Toleranz von Beliebigkeit oder Gleichgültigkeit.

Wir sehen es als wichtige Aufgabe von Staat und Gesellschaft, für gerechte Verhältnisse zu sorgen. Nur das sichert den sozialen Zusammenhalt und auch die Bereitschaft, Solidarität zu üben. Wir lehnen die Gleichsetzung von sozialer Gerechtigkeit mit Gleichheit ab und betonen die unterschiedlichen Dimensionen von Gerechtigkeit: Bedarfsgerechtigkeit als Ausdruck der Menschenwürde, Leistungsgerechtigkeit zur Anerkennung individueller Leistung und Teilhabegerechtigkeit für Familien und andere soziale Institutionen sind politisch zu berücksichtigen. Zentral für bürgerliche Sozialpolitik ist der Wert der Chancengerechtigkeit. Auf die Ermöglichung von sozialem Aufstieg, insbesondere durch Bildung, muss mehr Wert gelegt werden. Mehr Chancen für alle bedeutet mehr Wohlstand für die gesamte Gesellschaft.

Wir bekennen uns zu einer solidarischen Gesellschaft und zu einem klaren Rahmen für Sozialpolitik. Richtschnur für unser sozialpolitisches Handeln sind die Grundsätze:

- Leistung muss sich lohnen.
- Wir lassen niemanden zurück, der Hilfe braucht.
- Hilfe soll nach Möglichkeit stets „Hilfe zur Selbsthilfe“ sein.
- Erarbeiten kommt vor Verteilen.

Grundsätzlich muss auch im Sozialwesen Vorsorge Vorrang vor Fürsorge haben. Wohlstand ist stets Ergebnis von Arbeit – und nicht von Umverteilung. Bürgerliche Sozialpolitik erfordert stets auch Solidarität mit jenen, die Hilfe möglich machen.

Wir treten für einen modernen Sozial- und Wohlfahrtsstaat ein, in dem Rechte und Pflichten zwischen Personen und Institutionen transparent und in Balance sind. Das sichert den notwendigen Grundkonsens für sozialen Zusammenhalt. Der Einzelne trägt als Erster die Verantwortung für sein Leben – soweit seine Möglichkeiten reichen und Eigenleistung zumutbar ist. Der moderne Sozialstaat definiert und evalu-

iert daher Lebensrisiken. Er verbindet deren Bewältigung mit sozialstaatlicher Hilfe auch mit zumutbaren Eigenleistungen. Die sozialstaatliche Grundversorgung in Schicksalsfällen (z.B. Krankheit, Unfallfolgen) ist ebenso unverzichtbar wie Beistand in bestimmten Lebensphasen (z.B. Kindererziehung, Alter). Unterstützungen Einzelner oder sozialer Institutionen sind im Sinn der Stärkung von Eigenverantwortung und Selbstermächtigung auf Zeit anzulegen. Der Sozialstaat soll keine Strukturen und Verhältnisse andauernder Alimentierung und daraus resultierender Abhängigkeit schaffen. Sozialstaatliches Handeln muss für die Betroffenen effektiv und für die Gesellschaft effizient sein.

Wir sehen in der Sozialpolitik kein Monopol des Staates. Die in Österreich vielfältige und stark entwickelte Kultur von sozial engagierten Institutionen der Bürgergesellschaft zeigt, welche große Bedeutung und Wirkung freiwilliges Engagement zur Lösung sozialer Herausforderungen hat. Soziale Hilfswerke und Non-Profit-Organisationen sind integraler Bestandteil der sozialen Infrastruktur Österreichs. Sie sind künftig verstärkt als Dienstleister staatlich garantierter Leistungen einzusetzen.

Wir wollen soziale Sicherheit und Lebensqualität auch für künftige Generationen erhalten. Die Finanzierung der Pensionen muss gesichert sein. Dafür ist die laufend steigende Lebenserwartung im Pensionssystem angemessen zu berücksichtigen. Dieses Ziel wollen wir mit der Einführung eines Sicherungsmechanismus im Pensionssystem gewährleisten, der die langfristige Finanzierbarkeit der Pensionen ermöglicht. So verhindern wir auch, dass junge und ältere Menschen auf populistische Weise gegeneinander ausgespielt werden können. Zusätzlich zum staatlichen Pensionssystem sollen die betriebliche und die private Vorsorge den Lebensstandard im Alter erhöhen.

Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Menschen als Teil der sozialen Sicherheit auf eine qualitätsvolle Pflege im Alter verlassen können. Mit der steigenden Lebenserwartung steigt auch der Pflegebedarf in einer alternden Gesellschaft. Menschen sollen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben können. Ambulante Pflegedienste sind auszubauen. Wir wollen vielfältige und flexible Pflegearrangements möglich machen, um pflegende Angehörige zu entlasten.

Leben und Umwelt: Ein lebenswertes Österreich

Wir haben eine uneingeschränkte Achtung vor dem menschlichen Leben – dem geborenen und dem ungeborenen. Die Menschenwürde ist für uns in keiner Lebensphase verhandelbar. Wir lehnen den Schwangerschaftsabbruch ab. Politik und Gesellschaft haben jene Bedingungen zu schaffen, die Abtreibungen vorbeugen. Daher ist auch eine umfassende anonymisierte Statistik über die Zahlen und Motive der Abtreibungen zu schaffen. Beratung und Hilfe für Schwangere in Konfliktsituationen ist die Grundlage jeder glaubwürdigen Politik zum Schutze des ungeborenen Lebens. In der strafrechtlichen Verfolgung betroffener Frauen erblicken wir jedoch keine geeignete Lösung. In der derzeit geltenden Fristenregelung muss krankes oder behindertes Leben geschützt werden.

Wir suchen Lösungen für die neuen, komplexen Fragen, welche die Biotechnologie am Beginn des menschlichen Lebens stellt. Neuen Chancen für den Kampf gegen Krankheiten stehen ethische Herausforderungen gegenüber. Wir bekennen uns zu einer offenen und fundierten Diskussion dieser Fragen. Unser Ziel sind rechtliche Rahmenbedingungen, die der Menschenwürde und der Freiheit der Wissenschaft im Dienst der Menschen gerecht werden. Kein Mensch darf in seiner Existenz zu einem bloßen Zweck für einen anderen Menschen gemacht werden. Nicht alles, was technisch möglich ist, ist ethisch richtig. Wir unterstützen verantwortungsvolle Familienplanung. Unser Ziel sind Rahmenbedingungen, die Abtreibungen vorbeugen.

Wir bekennen uns zur Würde jedes Menschen am Ende des Lebens. Jeder Sterbende ist ein Lebender – bis zuletzt. Niemand darf am Ende seines Lebens allein gelassen werden. Dies bedeutet für uns, ein Klima der Mitmenschlichkeit zu fördern und insbesondere die Hospiz- und Palliativversorgung flächendeckend auszubauen. Als Instrumente der Selbstbestimmung fördern wir die Patientenverfügung und die Vorsorgevollmacht. Es darf keine Übertherapierungen gegen den Willen eines Patienten geben. Sterbehilfe lehnen wir hingegen entschieden ab. Einen Menschen zu töten oder die gesetzliche Rechtfertigung dafür zu liefern, hat für uns nichts mit Barmherzigkeit zu tun.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu Gesundheitsleistungen gesichert ist. Dies muss in Österreich für jede und jeden unabhängig von finanzieller Situation, sozialem Status und Wohnort gewährleistet sein. Die gesetzliche Krankenversicherung ist für uns ebenso unverzichtbar wie die freie Arztwahl. Wir unterstützen die Weiterentwicklung medizinischer Erkenntnisse und Verfahren zur Bekämpfung von Krankheiten durch Wissenschaft und Forschung.

Wir setzen uns für ein Gesundheitssystem ein, das die Eigenverantwortung der Menschen für ihre Gesundheit aktiviert und unterstützt. Wer sich für die eigene Gesundheit aktiv engagiert, soll belohnt werden. Dies fördert u.a. die Einführung von Selbsthalten bei gleichzeitiger Reduktion der Sozialversicherungsbeiträge. Wir halten es zudem für sozial, auf die eigene Gesundheit zu achten, um der Solidargemeinschaft der Versicherten nicht unnötige Kosten aufzubürden. Wir lehnen die Freigabe von Drogen ab, um die Hemmschwelle gerade bei Jugendlichen nicht herabzusetzen, und setzen uns für Aufklärung und Prävention ein.

Wir setzen uns im Gesundheitssystem für Transparenz und Qualitätswettbewerb im Interesse der Patienten ein. Damit können unnötige Mehrkosten eingebremst oder reduziert und die Lebensqualität erhöht werden. Mit einem Gesundheitssystem, das viel kostet, aber wenig effizient ist, lassen sich die enormen gesundheitspolitischen Herausforderungen des Bevölkerungswandels nicht lösen.

Wir stellen sicher, dass sich die Bevölkerung mit gesunden, hochwertigen, regionalen Lebensmitteln versorgen kann. Unverzichtbare Grundlage dafür ist unsere heimische Landwirtschaft. Für die Konsumentinnen und Konsumenten muss sichergestellt sein, dass die Herkunft der Lebensmittel einwandfrei nachweisbar ist. Transparente Kennzeichnungen sollen Orientierung für regionale Kaufentscheidungen geben.

Wir bekennen uns im Interesse eines lebenswerten Österreich zu einer nachhaltigen Klima- und Umweltpolitik. Wir zielen insbesondere auf die Reduktion von Treibhausgasen, den Ausbau der erneuerbaren Energieträger und verstärkte Anstrengungen im Bereich der Energieeffizienz ab. Der bewusste und respektvolle Umgang mit der Natur ist nicht nur Ausdruck unserer Verantwortung für die Schöpfung, sondern auch

unsere Pflicht uns und den nächsten Generationen gegenüber. Ökosoziales Handeln ermöglicht wirtschaftliche Nachhaltigkeit, verbessert die Lebensqualität, verringert die Belastung durch Schadstoffe und Lärm, erhält biologische Vielfalt, baut erneuerbare Energie aus und steigert die Energie- und Ressourceneffizienz.

Wir nehmen unsere globale Verantwortung auch durch eine ambitionierte Klima- und Anti-Atomkraft-Politik wahr. Erfolgreicher Klima- und Umweltschutz erfordert weltweite Anstrengungen. Moderne Umwelt-, Natur- und Klimaschutzpolitik steht – ganz im Sinne der Ökosozialen Marktwirtschaft – nicht im Widerspruch zu Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum. Für uns ist die Energiewende hin zu nachwachsenden, regenerativen Rohstoffen nicht nur eine klima- und umweltpolitische Notwendigkeit. Investitionen in den Umwelt- und Klimaschutz sowie in die Ressourceneffizienz erhöhen unsere Wettbewerbsfähigkeit und stärken unsere Wirtschaft.

Wir bekennen uns zum ländlichen Raum, in dem sich wesentliche Bereiche unserer Zukunft entscheiden. Der ländliche Raum ist Lebens-, Arbeits-, Natur-, Kultur- und Erholungsraum zugleich. Wir setzen uns für gleichwertige Entwicklungschancen der Menschen im ländlichen Raum ein und bekennen uns zum Prinzip der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land. Im Rahmen einer aktiven Regionalpolitik gilt es, neue, innovative Berufsfelder zu eröffnen, moderne Infrastrukturen zu gewährleisten, aber auch soziale Dienstleistungen, Kinder- und Altenbetreuung sowie Armutsbekämpfung sicherzustellen.

Wir setzen uns für eine multifunktionale, wettbewerbsfähige und flächendeckende Land- und Forstwirtschaft ein. Ihr Herzstück sind und bleiben unsere bäuerlichen Familienbetriebe, die Teil unserer kulturellen Identität sind. Sie sorgen für sichere, qualitativ hochwertige, gesunde Lebensmittel, für funktionierende Natur- und Kulturlandschaften, eine intakte Umwelt und für nachhaltige Rohstoff- und Energieproduktion. Wir unterstützen unternehmerisches Denken und Handeln der Bäuerinnen und Bauern. Wir wollen sicherstellen, dass landwirtschaftliche Betriebe profitabel wirtschaften können und ihre Leistungen angemessen honoriert werden.

Wir wollen das Wohneigentum insbesondere für junge Menschen fördern. Die Eigentumsbildung darf nicht durch zusätzliche Eigentumssteuern erschwert werden, sondern muss durch Steuer- und Abgabensenkungen unterstützt werden. Das erleichtert das Ansparen von finanziellen Mitteln für den Erwerb von Wohneigentum. Bei der Wohnbauförderung müssen ein wirksamer Einsatz von Förderungsmitteln, soziale Treffsicherheit und eine angemessene Regelung der Rückzahlungsverpflichtungen gewährleistet sein. Wohnen muss für die Menschen leistbar sein. Sozialer Wohnbau soll in erster Linie sozial bedürftigen Menschen vorbehalten sein.

Wir sehen Freizeit als wichtigen Aspekt persönlicher Freiheit und als elementares Lebensbedürfnis. Dazu gehören Erholung, Unterhaltung, Sport, Reisen, Bildung, Kunst und Kultur, die auch eine wichtige Grundlage zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeit sind. Als erfolgreiches Tourismusland soll Österreich sein vielfältiges, kreatives, natur- und umweltschonendes Angebot zur Freizeitgestaltung weiterentwickeln.

Wir wollen Sport für mehr Lebensqualität, Gesundheit und Integration fördern. Der Sport spielt im Freizeitangebot eine besondere Rolle. Mehr Bewegung steigert das persönliche Wohlbefinden und ist für alle Generationen wichtig. Sport von Kindesbeinen an ist die beste Investition in die Zukunft der Gesundheit. Familien sollen möglichst viele Sportmöglichkeiten nutzen können. Spitzensport und Breitensport sind Grundsäulen des Sports und sollen gefördert werden. Sportvereine geben zahlreichen Menschen die Möglichkeit, Werte wie Leistung und Fairness zu erleben. Sie fördern damit die gesellschaftliche Integration.

Bildung und Kultur: Neue Chancen, neue Perspektiven

Wir bekennen uns zum uneingeschränkten Recht auf Bildung. Bildung ist Grundlage umfassender persönlicher Entwicklung. Sie ist Schlüssel zur Welt. Bildung fordert und fördert ein begründetes Weltbild und Wertesystem, Kritikfähigkeit, eigenverantwortliche Entscheidungen sowie die Fähigkeit, persönliche Entfaltung und Gemeinwohl anstreben zu können. Zugang zu Bildung für Menschen jeder Altersstufe ist für uns unverzichtbare Grundlage einer chancengerechten Gesellschaft.

Wir setzen uns für eine vielfältige Bildungslandschaft in Österreich ein, die von öffentlichen und privaten Einrichtungen gestaltet wird. Sie soll der Vielfalt der Menschen und ihren Begabungen und Interessen, aber auch der Vielfalt der Anforderungen entsprechen, die heute an Bildung gestellt werden. Bildung ist Basis für eine erfolgreiche individuelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft. Vor diesem Hintergrund muss Bildungspolitik Klarheit über vorrangige Bildungsziele in den einzelnen Bereichen schaffen. Der Staat hat für wertebezogene Bildungsziele, für gesetzliche Rahmenbedingungen der Bildungseinrichtungen, für finanzielle Mittel und für professionell ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer zu sorgen. Kompetente, motivierte Lehrende spielen aus unserer Sicht die Schlüsselrolle für den Erfolg von Bildungseinrichtungen. Ihrer qualitätsorientierten Auswahl, Aus- und Weiterbildung kommt entscheidende Bedeutung zu.

Wir sind für den Kindergarten als erste, wichtige Bildungseinrichtung. Der Kindergarten soll Eltern bei der Vermittlung von Werten und Regeln für das Zusammenleben unterstützen sowie Sprach- und Grundkenntnisse auf spielerische Weise fördern. Sollten die Kenntnisse noch nicht ausreichend für die Schullaufbahn sein, wollen wir den Kindern durch gezielte Lern-Angebote den Weg in die Schule ermöglichen. Wir gehen dabei von einer guten Kooperation mit den Eltern aus, denn Chancengerechtigkeit für Kinder liegt nicht nur in der Verantwortung des Staates. Wer die Zukunftschancen seiner Kinder jedoch nicht unterstützt und zusätzliche Bildungsmaßnahmen für sie ablehnt, soll mit staatlichen Sanktionen rechnen müssen.

Wir bekennen uns zum Leistungsprinzip und zu einem differenzierten Schulsystem, das den unterschiedlichen Talenten und Interessen der Kinder gerecht wird. Daher bekennen wir uns auch zum Gymnasium und allen anderen Schularten in einem differenzierten Schulwesen und setzen uns für die Erweiterung der Schulautonomie ein. Jede Bildungseinrichtung soll auf Grundlage bundesweit einheitlicher Rahmenbedingungen und Bildungsziele selbst entscheiden, mit welchen pädagogischen Instrumenten und personellen Ressourcen diese Ziele erreicht werden. So wollen wir gewährleisten, dass die Mittel für das Schulwesen wirksam und effizient eingesetzt werden und sicher im Klassenzimmer ankommen. Wir fördern die Weiterentwicklung schuli-

scher Vermittlungsformen und das optimale Nutzen digitaler Medien. Wir treten für die Weiterentwicklung des Fächerkanons ein, der auf neue Bildungsherausforderungen zukunftsorientierte Antworten geben muss. Wir unterstützen den Ausbau von Finanz- und Wirtschaftsbildung.

Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des erfolgreichen dualen Systems ein. Es eröffnet seinen Absolventinnen und Absolventen attraktive Aussichten als Fachkraft oder Unternehmer und ist damit für den Erfolg eines innovativen Wirtschafts- und Arbeitsstandortes Österreich zukunftsentscheidend. Gerade als kleines Land kann sich Österreich im internationalen Wettbewerb nur mit bestens ausgebildeten Fachkräften und überzeugender Innovationskraft durchsetzen. Eine Verbesserung des Images der Lehre, eine Stärkung der Durchlässigkeit zu anderen Bildungsangeboten und Möglichkeiten zur Höherqualifizierung auf akademischem Niveau sind uns wichtige Anliegen.

Wir bekennen uns zu einem exzellenten, international sichtbaren Wissenschafts- und Forschungsstandort Österreich. Unabhängigkeit und Freiheit des Forschens und Lehrens sind für eine fortgeschrittene Wissensgesellschaft unverzichtbare Voraussetzungen. Dies garantiert auch die von uns forcierte universitäre Autonomie. Wir bekennen uns zur Einführung von Studienbeiträgen und zu flächendeckenden Zugangsregelungen. Ein modernes Stipendiensystem sorgt dafür, dass niemandem ein Studium aus finanziellen Gründen verwehrt bleibt. Die gemeinsame Planung und Abstimmung des universitären Angebots mit Blick auf Schwerpunkte und Profile ermöglicht einen effizienten Einsatz der finanziellen Mittel und Erfolg im internationalen Wettbewerb. Die Fähigkeiten der Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, innovative Antworten auf komplexe Herausforderungen und Problemstellungen zu geben, fördern und fordern wir gleichermaßen. Als Leitprinzipien gelten dabei Exzellenz und Wettbewerb. Zusätzlich zur staatlichen Verantwortung für Wissenschaft und Forschung setzen wir uns dafür ein, durch die Aktivierung des gemeinnützigen Stiftungswesens mehr private Mittel für Forschungszwecke zu mobilisieren.

Wir sehen die erfolgreiche Entwicklung der Fachhochschulen als wichtige und notwendige Ergänzung des universitären Sektors. Die Praxisorientierung der Fachhochschulen sowohl in Lehre wie auch in

Forschung sorgt für qualifizierte berufliche Bildung auf akademischem Niveau. Wir wollen die Erfolgsgeschichte der Fachhochschulen mit Blick auf die Anforderungen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt gezielt weiterentwickeln.

Wir sehen in der Weiterbildung angesichts des raschen technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels eine große Aufgabe des gesamten Bildungssystems. Wir wollen das Bewusstsein für die Bedeutung lebenslangen Lernens für individuellen und beruflichen Erfolg sowie gesellschaftliche Integration fördern. Erfolgreiche berufsbezogene Weiterbildung basiert darauf, dass Arbeitsmarkt und Bildungssystem eng miteinander verbunden sind und hohe Durchlässigkeit gegeben ist. Wir unterstützen die Entwicklung neuer Formen und Formate der Weiterbildung durch private und staatliche Anbieter.

Wir betrachten die digitale Welt als wichtiges Gestaltungsfeld für die Bildungspolitik. Um die Chancen der digitalen Durchdringung aller Lebensbereiche für Wachstum, Lebensqualität und menschliche Entwicklung nutzen zu können, muss sich das Bildungssystem laufend weiterentwickeln. Digitale Kompetenz muss als Schlüsselkompetenz und Kulturtechnik so früh wie möglich gefördert werden. Unser Ziel ist, dass Österreich im europäischen Verbund auf Basis erstklassiger Ausbildung und infrastruktureller Rahmenbedingungen eine führende Rolle in der Entwicklung digitaler Medien einnimmt.

Wir fördern den kritischen und überlegten Umgang mit digitalen Produkten und Anwendungen und sehen dies als Teil bürgergesellschaftlicher Kompetenz. Wir bekennen uns jedoch zum Bargeld als verbreitetem Zahlungsmittel. Wir wollen die demokratischen und partizipatorischen Potenziale digitaler Medien auch für die Weiterentwicklung unserer Demokratie nutzen. Digitale Medien sind unverzichtbarer Bestandteil unseres Bildungs- und Kulturverständnisses.

Wir verstehen Kunst und Kultur als perspektivenerweiternd und identitätsstiftend. Freiheit und Vielfalt von Kunst und Kultur sind Grundlage und wesentliche Voraussetzung für unsere Gesellschaft. Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur fordert und fördert Bereitschaft und Kompetenz zur persönlichen Veränderung und Weiterent-

wicklung. Kulturausgaben sind deshalb auch nachhaltige Investitionen in Kreativität und Innovationsfähigkeit der Gesellschaft. Breitenwirksame, identitätsstiftende kulturelle Ausdrucksformen, etwa in Film, Fernsehen oder Architektur, spielen dabei eine besondere Rolle. Österreich ist ein Land der Literatur, der bildenden und darstellenden Künste und der Musik. Die Musik ist in Stadt und Land in all ihren Formen zu fördern. Wir bekennen uns dazu, dass Österreich seine international bedeutende Stellung als Kulturnation sichert und ausbaut.

Wir schätzen künstlerische Positionen zu Fragen unserer Zeit auch als Beiträge zur Diagnose gesellschaftlicher Herausforderungen. Wir wollen unabhängiges künstlerisches Schaffen bestmöglich fördern. Wir lehnen es ab, dass staatliche Kulturförderung zu politischen Abhängigkeiten der Kulturschaffenden führt. Wir wollen privatem Engagement in der Kunst- und Kulturförderung mehr Raum geben, u.a. durch steuerliche Erleichterungen. Private Initiativen sind ein wichtiger Faktor für Vielfalt in Kunst und Kultur.

Europa und die Welt: Modell Österreich

Wir gestalten Europa. Die Österreichische Volkspartei versteht sich als Europapartei, weil Österreichs Zukunft untrennbar mit der Zukunft Europas verbunden ist. Die Europäische Union basiert auf unseren gemeinsamen Werten und lebt vom Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Österreich soll bei jedem weiteren Integrationsschritt eine aktive, die Gemeinschaft fördernde Rolle einnehmen. Wir wollen damit die Überwindung der Teilung Europas konsequent vollenden. Ziel ist es, die Staaten Europas zu vereinen und die Europäische Union zur Sprecherin Europas in der Welt zu machen.

Wir vertrauen der Jugend in Europa. Die Europäische Union ist ein historisch junges, zukunftsoffenes Projekt. Wir vertrauen vor allem den jungen Menschen, es tolerant, weltoffen und engagiert weiter zu entwickeln. Objektive Information und offene Diskussion über Österreichs Rolle in der EU, Mitgestaltungsmöglichkeiten, Entscheidungsmechanismen, Resultate der Zusammenarbeit und Zukunft der EU sind uns wichtige Anliegen. Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler die

europäischen Institutionen und die vielfältige Geschichte Europas kennenlernen.

Wir bekennen uns zu einem Europa der Einheit in der Vielfalt. Europas Einheit gründet auf gemeinsamen Werten, Zielen und Herausforderungen, aber auch auf der reichen Vielfalt seiner verschiedenen Kulturen, Religionen, historischen Erfahrungen und Traditionen. Wir sind – wie die christdemokratischen Gründerväter der Europäischen Integration – der Überzeugung, dass die Einigung Europas der beste Schutz vor Nationalismus und Chauvinismus ist.

Wir sehen die Entwicklung der Europäischen Union als noch lange nicht abgeschlossen an. Zur Vertiefung des europäischen Einigungsprozesses und zur Erweiterung um die Westbalkanstaaten gibt es für uns keine Alternative. Europa soll jene Handlungsfelder vergemeinschaften, in welchen die Nationalstaaten alleine im globalen Wettbewerb für ihre Bürgerinnen und Bürger zu wenig bewegen können und wo es um Bedeutung und Stärke des Kontinents in der Welt geht. Subsidiarität und Solidarität sind wichtige Prinzipien für die Weiterentwicklung der EU zur Politischen Union. Starke Gemeinden und Regionen sind daher die Basis für ein starkes Europa. Die europäische Einigung hat nationalstaatliche Grenzen überwunden. So ist Südtirol heute Brücke zwischen Österreich und Italien. Die österreichische Volksgruppe in Südtirol und die Autonomie Südtirols stehen weiterhin unter besonderem Schutz unseres Landes.

Wir arbeiten gemeinsam für ein erfolgreiches Europa. Wir treten mit voller Überzeugung für ein besseres Europa ein, weil dies auch besser für Österreich ist. Wir arbeiten in der Europäischen Volkspartei für ein starkes Europa in der Welt, weil das auch unser Lebens- und Wertemodell in Österreich schützt. Daher wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit Europas gemeinsam erhöhen und den digitalen Binnenmarkt forcieren. Wir wollen die Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger bei europäischen Entscheidungsfindungsprozessen verbessern. Die Stärkung der europäischen Demokratie ist uns ein Anliegen. Deshalb treten wir für die Ermöglichung einer gesamteuropäischen Volksabstimmung, für ein europaweites Wahlrecht und für europäische Listen ein. Wir setzen uns für ein Europa ein, in dem die Stärkeren den Schwächeren zum beider-

seitigen Vorteil helfen. Solidarität in Europa muss auf klaren Spielregeln, gegenseitiger Verlässlichkeit und demokratischer Kontrolle beruhen.

Wir schätzen Europa als Garanten für Frieden, Stabilität und Sicherheit. Wir haben ein hohes Interesse an stabilen und sicheren Verhältnissen nicht nur bei unseren unmittelbaren Nachbarn, sondern auch in weiter entfernten Ländern. Die Europäische Union spielt dabei eine entscheidende Rolle. Eine zentrale Zukunftsfrage stellt daher die Weiterentwicklung hin zu einer Verteidigungsunion mit dem lang-fristigen Ziel einer gemeinsamen europäischen Armee dar.

Wir stehen zur gemeinsamen europäischen Währung. Der von radikalen Kräften geforderte Austritt aus dem Euro und aus der Europäischen Union wäre verantwortungslos gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land und Europa. Dies würde unsere Wettbewerbsfähigkeit, unsere wirtschaftliche Stärke, die Stabilität unserer Währung, unzählige Arbeitsplätze und die soziale Sicherheit in Österreich aufs Spiel setzen. Die gemeinsame europäische Währung nutzt uns und macht uns in der Welt stärker. Eine stabile, starke, glaubwürdige Währung bedingt eine gemeinsame Budget-, Steuer-, Wirtschafts- und Währungspolitik. Daher treten wir für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion ein.

Wir bekennen uns dazu, aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen verfolgten Menschen Schutz und Hilfe zu gewähren. Dies muss ein gesamteuropäisches Anliegen sein. Illegale Migration muss gleichzeitig wirksam und in Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten verhindert werden. Unabhängig davon braucht die Europäische Union eine transparente, auf Basis klarer Kriterien gesteuerte Migrationspolitik.

Wir bekennen uns zur Entwicklungszusammenarbeit. Sie ist für uns gemeinsames Anliegen und Handlungsfeld der Außen-, Wirtschafts-, Umwelt- und Stabilitätspolitik Österreichs und Europas. Wir wollen einen Beitrag zur Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern und zur Förderung einer umweltverträglichen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung leisten. Wir engagieren uns in der Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern auf Basis unseres christlich-humanistischen Menschenbildes und der Achtung der Menschenrechte. Jeder

Mensch hat ein unaufhebbares Recht auf Leben und freie Entfaltung. Dafür wollen wir weltweit die Voraussetzungen mitgestalten.

Wir sehen in der Entwicklungszusammenarbeit eine menschlich gebotene Unterstützung für jene, denen wir helfen wollen. Wir betonen, dass wirksame Entwicklungszusammenarbeit uns allen hilft, denn wir leben in einer globalisierten Welt. Erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit hilft vor Ort, stärkt Österreichs Ansehen in der Welt und erweitert unsere politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Handlungsspielräume.

Wir bekennen uns zu einer aktiven Außenpolitik. Unser Ziel ist eine Außenpolitik, die zu unserer Sicherheit beiträgt, Österreich als Qualitätsmarke positioniert und neue Chancen für die Wirtschaft eröffnet. Die schrittweise Ausdehnung des Raums des Rechts, der Sicherheit, der Freiheit und Prosperität auf unsere gesamte Nachbarschaft ist dabei ein vordringliches Ziel. Österreichs pro-aktives Engagement am Westbalkan ist und bleibt für uns ein Kernelement der österreichischen EU- und Außenpolitik. Stabilität in dieser Region bedeutet Sicherheit und bessere Wirtschaftsbedingungen für Österreich.

Wir treten für ein weltoffenes Österreich und eine österreichofene Welt ein. Wir wollen, dass Österreich seine Rolle in der Welt aktiv wahrnimmt und Mitverantwortung übernimmt. Besondere Bedeutung kommt dem Engagement in den Bereichen Friedenserhaltung, Konfliktprävention, Schutz der Menschenrechte, Herrschaft des Rechts, Eintreten für den Dialog, Energiesicherheit und Schutz der Umwelt zu. Wir bekennen uns dabei zum Grundsatz eines effektiven Multilateralismus und werden weiterhin die Arbeit der Vereinten Nationen, der OSZE und des Europarates aktiv unterstützen. In diesem Zusammenhang treten wir für eine konsequente Amtssitzpolitik ein, um Österreich als Ort des internationalen Dialogs und der Vermittlung zu stärken und gezielt neue Institutionen und Vertretungen anzusiedeln.

Wir stehen für eine aktive Nachbarschaftspolitik. Wir wollen das Potential unserer Lage im Zentrum Europas nützen durch den Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf allen Ebenen sowie der gezielten Förderung und Umsetzung makroregionaler Strategien der EU

für den Donaauraum und den Alpenraum. Im Zusammenhang mit einer aktiven Nachbarschaftspolitik bekennen wir uns auch zur besonderen Rolle und Verantwortung Österreichs gegenüber altösterreichischen Volksgruppen.

Wir wollen globale Wettbewerbsfähigkeit für Österreich und Europa sichern. Wir wollen die Globalisierung aktiv mitgestalten, um von ihren Chancen zu profitieren. Wichtige Instrumente dafür sind Handelsabkommen, die auf Grundlage des europäischen Rechtsverständnisses, unserer Werte und hoher Standards abgeschlossen werden. Das Ordnungsmodell der Ökosozialen Marktwirtschaft setzt den richtigen Rahmen und die richtigen Anreize, um nachhaltiges Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit auch im globalen Rahmen zu schaffen. Dafür soll Österreich ein internationales Modell sein.

Gelebte Grundsätze und handwerkliches Können der Funktionärinnen und Funktionäre sind für den Erfolg einer Partei Voraussetzung. Nur so kann man glaubwürdig beim Bürger auftreten. Gerade die Volkspartei versteht sich als staatstragende Partei und will Österreich aktiv mitgestalten. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist es für alle Mitglieder der Volkspartei-Familie wichtig, sich aktiv weiterzubilden und genau über Ursache und Wirkung des eigenen politischen Tuns nachzudenken. Nur wenn wir wissen, woher wir als Partei kommen, welche Werte wir vertreten und welche Gesellschaft wir wollen, werden wir beim Wähler Vertrauen erwerben.

ISBN: 978-3-9504939-1-7

edition noir